2,50 €

Nr. 11

März04

incipito

Kundenmagazin der Leipziger Verkehrsbetriebe

"ICH BAU SCHEISSE!"

Themen

Über das Verhältnis von Antiamerikanismus und Antisemitismus • Von Studenten und ihrem Protest • Wie eine Baugenehmigung für ein jüdisches Gemeindezentrum Bürger auf die Barrikaden bringt

INHALT

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: H. Lauterbusch
Abonnement: incipito-abonnement@left-action.de
Druck: Eigendruck
Auflage: 12,5
Kontakt: incipito-kontakt@left-action.de oder c/o incipito | Bornaische Str. 3d | 04277 Leipzig

EDITORIAL

in gera, einer provinzstadt, die von zivilgesellschaft und vom antifa-sommer 2000 noch nie etwas gehoert zu haben scheint, braut die lokale gemeinschaft ihr eigenes, braunes sueppchen, welches stark nach den fruehen 90ern riecht. nachdem in der nacht zum 21.01. der 27jaehrige oleg von vier nazis ermordet wurde, reagierten presse, stadt und polizei unisono mit beispielsloser verharmlosung und verdrehung. nachdem die polizei einen „rechtsradikalen hintergrund“ ausschloss, weil die taeter aussagten, dass sie schliesslich vom opfer zuvor beleidigt wurden, auch wenn sich niemand so recht erinnern konnte, womit sie denn beleidigt wurden, ausser schlichtweg durch die anwesenheit des opfers, legt polizeidirektor kissel noch mal nach und redet ohne punkt und komma erst von den taetern und dem fehlenden „politischen hintergrund“ der tat, um dann eingeschlagene scheiben von nazitreffs bzw. –geschaeften, graffitis gegen nazis und deren politischen hintergrund zu skandalisieren und somit seine ganz persoenliche wertigkeit klarzumachen und um schließlich und endlich die geraer buerger aufzufordern sich nicht an einer antifaschistischen demonstration gegen den naziterror zu beteiligen, was diese dann auch befolgten (auch wenn sie den tipp vermutlich nicht noetig gehabt haetten). wie duester es mit der zivilgesellschaft in gera aussieht, zeigte dann auch noch beispielhaft die auslaenderbeauftragte der stadt, indem sie ihrer tochter verbot, an der demonstration teilzunehmen. und so trafen sich denn auch nur ca. 250 menschen, um am 01.02 ihrer wut und ihrer trauer oeffentlich ausdruck zu verleihen, was angesichts eines ueberdurchschnittlichen polizeiaufgebots (sprich wanderkessel), nazis am rande der demo und strassenbahnkontrolleuren im nazioutfit, die den demonstrantInnen demonstrativ geld fuer die nutzung oeffentlicher verkehrsmittel abnehmen wollten usw. nicht sonderlich erfolgreich war. und so zeichnet sich das bild einer verkackten ostdeutschen provinzstadt, in der nicht die nazis das problem sind, sondern menschen, die trotz der repressiven atmosphaere das uebernehmen, was aufgabe der zivilgesellschaft, so sie denn existiert, sein sollte: nazis scheiße finden.
wenig lustig, aber definitiv nicht auf gera-level, war es auch am 31.01. in Hamburg. der nun schon seit geraumer zeit tobende kampf zwischen antideutschen gruppen und traditioneller linken gipfelte auf der antifademonstration „faschismus ist keine meinung, sondern ein verbrechen!“, die sich gegen nazis wendete, die gegen die wehrmachtsausstellung demonstrierten, in dem rauswurf von menschen von der antifa nordost (aano), bahamas und kritik & praxis berlin, weil diese entgegen der demonstrationsabsprachen mit nationalflaggen, sprich mit israel- und us-flaggen auftauchten und im vorderen demoteil mitlaufen wollten. nun ist es nicht wirklich spannend, darueber zu diskutieren, wer wen womit zuerst wohin geschlagen hat (siehe dazu de.indymedia.org), aber der skandal bleibt. auf einer antifa-demo, die sich dem deutschen nachdenken darueber, dass die wehrmacht ja auch nur eine menge von befehlsausfuehrenden soldaten und die amerikaner bomben schmeissende irre waren und dass israel, als zuflucht fuer die vom wahnhaften, antisemitischen antikapitalismus bedrohten, mal wegen ihrer politik so richtig kritisiert gehoert, entgegenstellen sollte, israelfahnentragende menschen mit „intifada“-rufen aus der demo zu schmeissen und hinterher darueber zu philosophieren, „dass die starke mobilisierung und die große entschlossenheit, die trotz aller staatlichen und sonstigen angriffe am 31.januar zum ausdruck kam, ein hoffnungsvolles signal fuer die antifaschistische bewegung darstellt“ (www.hamburg-gegen-nazis.de.vu), ist vorsichtig gesagt einfach absurd. israel-solidaritaet und auch ein bewusstsein dafuer, dass sich der antiamerikanismus derzeit als spielart des antisemitismus ausweist, gehoeren einfach zu den in offenem widerspruch zu deutschem denken stehenden basics gerade einer sich antifaschistisch begreifenden demonstration, gerade auch im deutschen teil europas.
doch es gibt natuerlich auch noch die absurd lustigen geschichten auf dieser welt und so laedt der ostermarsch leipzig e.v. in diesem jahr ein, von „leipzig über bitterfeld – dessau – magdeburg in die colbitz – letzlinger heide“ zu radeln und ueber die fragen dieser zeit nachzudenken: „warum sparen die laenderregierungen nun an der bildung, obwohl allen nach pisa klar ist, dass deutschland im hintertreffen liegt? koennen eltern demnaechst die bildung ihrer kinder ueberhaupt noch bezahlen? und warum ist die wirtschaft globalisiert und die gewerkschaften nicht? viele fragen, wo sind die antworten?“ und da ist zumindest eine: „klar ist, dass die menschen gegeneinander ausgespielt werden zugunsten einiger weniger: ost gegen west, jung gegen alt, akademiker gegen arbeiter, orient gegen okzident, etc. es hilft nichts, alles hinzunehmen; dadurch wird es nur noch schlimmer. der einzige weg ist, sich gerade deshalb zu engagieren und gemeinsam für die gerechtigkeit einzutreten!“, sprich sich zusammen mit den anderen antwortsuchenden auf ein fahrrad zu schwingen und „erfahrungen zu sammeln, sich auszutauschen, zu diskutieren, zu demonstrieren“. weil: „frieden braucht mut – und dich!“
in diesem sinne, einen schoenen fruehlingsbeginn und lasst die fahrraeder noch ein wenig im keller.

laatsch (incipito)

(h)interprovinziell

Faschistische Realitäten I

„Bei einer Messerstecherei vor einer Disco im schwäbischen Heidenheim sind in der Nacht zum Samstag drei Spätaussiedler im Alter von 15, 16 und 17 Jahren getötet worden. Der dringend tatverdächtige 17-jährige Deutsche, der sich am Samstag stellte, wollte auch gestern keine Aussage machen, teilte die Polizei mit. Der Haftrichter ordnete gestern Untersuchungshaft an. Der verdächtige Berliner war vor wenigen Monaten in den Kreis Heidenheim gezogen und der Polizei bereits bekannt. Am 3. Oktober war er vor derselben Disco in eine Prügelei geraten. Ein Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung sei anhängig. „Wir rechnen den jungen Mann der rechten Szene zu", sagte ein Polizeisprecher. Es gebe jedoch noch keinen Hinweis auf einen rechtsextremen Hintergrund für das Tötungsdelikt." (TAZ, 22.12.03)

Faschistische Realitäten II

„Wegen versuchten Mordes muss sich vom kommenden Dienstag an ein 26-jähriger Mann aus Perleberg vor dem Landgericht Neuruppin verantworten. Der Beschuldigte, der sich selbst der rechten Szene zurechnet, soll im August 2003 bei einem Dorffest einen jungen Mann brutal zusammengetreten haben, weil dieser Anhänger von Techno-Musik ist, teilte das Landgericht Neuruppin am Donnerstag mit. Der Vorfall ereignete sich in Quitzöbel (Prignitz). Das Opfer erlitt ein schwere Gesichtsverletzungen und ein Schädelhirntrauma, überlebte aber.
Nach Angaben der Staatsanwaltschaft war der Beschuldigte mit einer Gruppe Gleichgesinnter auf dem Fest. Als das Opfer zugab, die bei Rechten verabscheute Musik zu hören, habe der mehrfach einschlägig vorbestrafte 26-Jährige ihn unvermittelt angegriffen, zu Boden gerissen und etwa 15 Mal mit Springerstiefeln auf Oberkörper und Kopf eingetreten." (Märkische Oderzeitung, 15.01.04)
„Nach der brutalen Misshandlung eines Techno-Musikfans ist ein 26-Jähriger aus Perleberg am Donnerstag zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Das Landgericht Neuruppin befand den Mann, der sich selbst der rechten Szene zurechnet, der gefährlichen Köperverletzung schuldig." (Tagesspiegel, 30.01.04)

Faschistische Realitäten III

„In Gera haben vier junge Männer, die möglicherweise zur rechten Szene zählen, einen Spätaussiedler getötet. Die Tat, die erst jetzt überregional bekannt wurde, geschah in der Nacht zum 21. Januar. Das Opfer, der 27 Jahre alte Oleg V., wurde von den Schlägern – zwei trugen Springerstiefel – in einem Wäldchen im Ortsteil Bieblach-Ost mit massiven Schlägen, Tritten und Messerstichen traktiert. Einer der Täter habe außerdem mit einem Hammer auf den Kopf von Oleg V. geschlagen, sagte Oberstaatsanwalt Ralf Mohrmann dem Tagesspiegel. Eine Spaziergängerin fand den Toten am Morgen des 21. Januar und alarmierte die Polizei. Diese konnte die vier Täter schon einen Tag später festnehmen. Die Schläger im Alter zwischen 14 und 19 Jahren seien im Wesentlichen geständig, sagte Mohrmann. Das Motiv ist der Staatsanwaltschaft nicht ganz klar. Die Täter hätten bei der ersten und bislang einzigen Vernehmung behauptet, das Opfer habe sie beleidigt, sagte Mohrmann. Was Oleg V. konkret von sich gegeben habe, hätten die vier jedoch nicht geäußert. Es sei „eine Denkmöglichkeit", dass die Täter den Mann misshandelten, weil er Spätaussiedler war, meinte Mohrmann. Ein politisches Motiv sehe die Staatsanwaltschaft aber nicht. Als Mordmerkmal komme Heimtücke in Frage. Linke Gruppen sprechen von einer rassistischen Tat und riefen für Sonntag zu einer Demonstration in Gera auf." (Tagesspiegel, 29.01.2004)

Faschistische Realitäten IV

„Es geht Schlag auf Schlag. Am Dienstag hat das Landgericht Neuruppin einen Neonazi zu sechs Jahren Haft verurteilt, weil er in Hennigsdorf einen Brandanschlag auf einen türkischen Imbiss verübt hatte. Gestern standen die nächsten Figuren aus der rechten Szene und ihrem Umfeld vor einer Strafkammer: Fünf junge Männer und eine Frau müssen sich wegen einer Prügelorgie verantworten, die beinahe einen Menschen das Leben gekostet hätte. (...) Aus Sicht der Anklage ist Folgendes passiert: In der Nacht zum 16. August fahren Thomas W. und Nicole K. eine Straße bei Glöwen entlang, einem kleinen Ort in der Prignitz. Auf der Fahrbahn torkelt Karsten B., ziemlich betrunken. Thomas W. muss ausweichen - und bekommt Wut. Er stoppt, steigt aus und greift an. Doch Karsten B. wehrt sich, ringt W. zu Boden. Nicole K. eilt herbei und tritt B. ins Gesicht. Thomas W. kann sich befreien, das erste Scharmützel ist vorbei.
W. und Nicole K. fahren nach Glöwen zu einer Party. Dort wird gefeiert, dass die NPD die nötigen Unterschriften zusammenbekommen hat, um an der Kommunalwahl im Oktober teilzunehmen. Partygäste haben der Partei beim Sammeln geholfen, zum Dank hat ein NPD-Mann das Bier spendiert. Doch Thomas W., der bei dem Angriff eine Kopfwunde abbekommen hat, will nicht Suff, sondern Rache. Er beordert die Glatzköpfe Enrico B. und Ronny M. zu sich. Die drei Männer und Nicole K. fahren los und suchen den alkoholisierten Karsten B. Der schwankt immer noch die Straße entlang. Enrico B. und Ronny M. fallen sofort über ihn her, treten mit ihren schweren Schuhen auf ihn ein. B. rappelt sich hoch und rennt in einen Wald. Nicole K. entdeckt das Opfer, wieder traktieren die beiden Skinheads den schreienden

und stark blutenden Mann. Dann lassen sie von ihm ab. Als die vier zur NPD-Sympathisanten-Feier zurückkehren, will der bislang unbeteiligte Jens K. auch mal prügeln. Jörg E. schließt sich an. Gemeinsam fahren sie mit Thomas W., Enrico B. und einem weiteren Kumpan zum alten Tatort. Da liegt das Opfer. Bis auf den Kumpan treten alle auf den Verletzten ein. Enrico B. holt mit seinen Stahlkappenschuhen aus und trifft mehrmals den Kopf. Und zerschlägt darauf eine Bierflasche. Als ein Polizeiwagen kommt, verzieht sich die Meute.
Dass Karsten B. überlebt hat, ist ein Wunder. Der 40 Jahre alte Arbeitslose erlitt eine Mittelgesichtsfraktur, Platzwunden am Kopf, ein Schädel-Hirn-Trauma und Blutergüsse am ganzen Körper. „Aufgrund der Schwere der Verletzungen lag eine temporäre Lebensgefahr vor", sagt der Staatsanwalt. Er wirft allen Angeklagten gefährliche Körperverletzung vor, Enrico K. auch versuchte Tötung." (Tagesspiegel, 14.02.04)

Faschistische Realitäten V

„Nach dem Fund eines toten Mannes in Burg sind die mutmaßlichen Täter überführt worden. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, gestanden fünf Jugendliche, den 46-jährigen umgebracht zu haben. Als Tatmotiv erklärten die 16 bis 22 Jahre alten Verdächtigen, das Opfer sei ein Kinderschänder gewesen, deshalb seien sie so brutal gegen ihn vorgegangen. Das Opfer ist tatsächlich wegen Kindesmissbrauchs vorbestraft. Weil er sich an seiner Stieftochter vergangen hatte, war der arbeitslose Maurer zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Seit einem Jahr war er wieder draußen. Nach bisherigen Erkenntnissen sind sich Opfer und Tatverdächtige in einem Tanzlokal begegnet. Einer der Jugendlichen erkannte demnach den Vorbestraften, dann schritten die fünf offenbar zur Selbstjustiz. Passanten fanden die Leiche des Mannes, die Gerichtsmedizin diagnostizierte später schwere Kopfverletzungen sowie massive Gewalteinwirkungen auf Hals und Brustkorb. Die herbeigerufene Polizei kam den Jugendlichen schnell auf die Spur und nahm sie in Gewahrsam - zwei der jungen Männer waren sofort geständig." (http://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/1186939.html)

Empirische Sozialforschung

„Der Aussage „Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind" stimmten im Osten 19 Prozent, im Westen aber 32 Prozent der Interviewten zu. (...) Besonders die Anhänger der Republikaner (36 Prozent), der PDS (30), der CDU/CSU (28) sowie der SPD (25) sehen in Juden die Urheber von Konflikten in der Welt. Wesentlich mehr Bundesbürger schreiben allerdings die Schuld daran den US-Amerikanern zu: 53 Prozent der Ost- und 37 Prozent der Westdeutschen." (LVZ, 30.12.03)

Verbrechensprävention auf christlich-sozial

„Die CSU fordert zur Bekämpfung von Kinderkriminalität drastische Mittel. Nach den Vorstellungen von Generalsekretär Markus Söder sollen Kinder unter 14 Jahren nach 20.00 Uhr nur noch in Begleitung Erwachsener das Haus verlassen dürfen. (...) Die zunehmende Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen sei erschreckend, sagte Söder. Während früher Ladendiebstahl das klassische Delikt von Kindern und Jugendlichen gewesen sei, griffen heute schon 14-Jährige immer öfter zur Waffen, begingen Körperverletzungen oder griffen zu Drogen." (http://www.phoenix.de/ereig/exp/18077)
Stellt sich doch eigentlich nur die Frage, warum der innovative Söder nicht einfach seinem Gedankengang bis zum Ende gefolgt ist und somit, genau wie sein Politkollege Schönbohm in Brandenburg, der jugendlichen Schulschwänzern elektronische Fußfesseln anlegen wollte, auf halbem Wege stehen geblieben ist. Also, liebe Herren Söder und Schönbohm: das konsequenteste Mittel gegen die Gewalt auf den Strassen mitten in den Herzen unserer geliebten Heimatstädte ist ein rigoros durchzusetzendes, allumfassendes Ausgehverbot für alle; na ja außer den PolizistInnen bzw. der Armee, die das Verbot überwachen. Denn, wo keine potentiellen Täter - aber auch keine Opfer - durch die Gegend rennen, kann es auch keine Gewalt geben; zumindest keine sichtbare.

Klage gegen Musikindustrie

„Im Streit um den illegalen Tausch von Musikstücken über das Internet hat der Betreiber der Online-Tauschbörse Kazaa von einem US-Bezirksgericht grünes Licht für einen Gegenangriff erhalten. Die Softwarefirma Sharman Networks will ihrerseits nun die Musikindustrie wegen Verletzung von Urheberrechten verklagen, teilte das Unternehmen mit. Die Musikindustrie habe in unzulässiger Weise die urheberrechtlich geschützte Software der so genannten Peer-to-Peer-Tauschbörse genutzt, um Nutzerdaten auszuspionieren und defekte Dateien in das Tauschnetzwerk zu schleusen. Der Verband der amerikanischen Musikindustrie RIAA (Recording Industry Association of America) hatte in den vergangenen Monaten Nutzer solcher Tauschbörsen ermittelt und vorwiegend Privatleute mit einer spektakulären Klagewelle überzogen." (http://www.n-tv.de/5208375.html)

Leipziger Kulturkritik

„Jeder Leipziger - dies als Credo vorweg - wird Olympische Spiele als große Chance sehen, für Region, Stadt und Menschen. Dass bis zu diesem Ziel viel Einsatz nötig ist, ja auch Entbehrungen nötig sind, wird niemand ernsthaft bestreiten. Doch worüber definiert sich eine Gesellschaft? (...) Leipzig ist - und dieser Ruf ist einer Entwicklung über mehrere Jahrhunderte gedankt - eine Kulturstadt, eine der ganz wenigen in Deutschland. Zu Zeiten, in denen Geschichte noch mehr war als vor allem die Aufarbeitung deutschen Unrechts, war auch klarer,

dass die Kultur unserer Nation ein Geschenk ist, eines um das uns die Welt verehrt und respektiert. Dies konnte auch die bornierteste Politik nicht vergessen machen. (...) Verbrechensprävention, Lebensweisheit, Sinn des Alltags, Wertevermittler, Ideal für kommende Generationen: All dies (und noch viel mehr!) kann nur Kultur leisten. Nun könnte die wiedergefundene Sportbegeisterung eine Facette der kulturellen Äußerungen sein, sich niveau- und respektvoll in die Balance einbringen. Das tut sie aber nicht. Die Prioritätenverschiebungen die - offen oder unmerklich - in den vergangenen Monaten stattgefunden haben, stimmen nachdenklich. Viele Vorhaben reißen gewaltige Löcher in das Budget unserer Stadt, sind überdimensioniert wie zuvor schon Messe und Flughafen oder schlecht geplant wie das Bildermuseum. (...) Die Leipziger Oper, einmal Inszenierungsvorbild für Bayreuth, wo steht sie heute? Weiß man in Leipzig, dass Richard Wagner ein Sohn unserer Stadt ist? Eine lebendige Auseinandersetzung mit diesen Potenzen gibt es schlicht nicht. Dem Intendanten werden die Hände gebunden." (LVZ, 30.01.04)
Wenn ich die Wahl hätte zwischen Olympia und dem Kulturkonzept, welches hier beschrieben wird und zwischen Wagner und autoritärer Wertevermittlung zu verorten ist, dann wäre mir jedeR verschwitzte SportlerIn, samt Fan- und Vermarktungsanhang lieber, als über den Untergang Leipziger Kulturvisionen und die „Kultur unserer Nation" als Geschenk nachzudenken. Welcome to Coca Cola, fuck off Wagner.

Indymedia – ohne Worte – Teil I

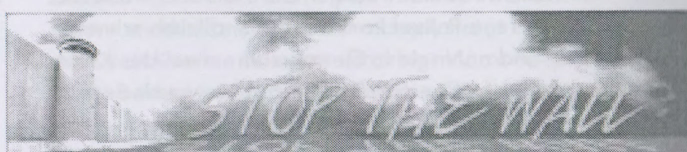
„Seit Montag, den 26.01.2004 befinden sich 3 Studenten und eine Studentin der Humboldt-Universität zu Berlin im Hungerstreik.
Um unseren Forderungen nach Neuverhandlung der Hochschulverträge durch den Universitätspräsidenten Prof. Dr. J. Mlynek Nachdruck zu verleihen, haben wir uns für die Gewalt gegen uns selbst und damit für den Hungerstreik entschieden. Seit nunmehr fast 5 Tagen sitzen wir von 8 bis 20 Uhr vor der Tür des Präsidenten und erinnern ihn daran, dass es einen Widerstand und konträre Meinungen zu seinen Vorstellungen der Humboldt-Universität gibt.
Konkret fordern wir:
- den Erhalt und die Ausfinanzierung aller existierenden Studienplätze
- eine Neuverhandlung der Hochschulverträge
- eine Demokratisierung sowie mehr studentische Mitwirkungsrechte bzw. Durchsetzung der Viertelparität an den Hochschulen
- die Ablehnung sämtlicher Studienkontenmodelle

Weiterhin haben wir einen Forderungskatalog erstellt, der über die durch einen Hungerstreik durchsetzbaren Ziele hinaus geht:
- gegen Sozial- und Bildungsabbau
- für eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Gelder
- gegen die Einführung von Studiengebühren, die nicht direkt in die Uni fließen und die nicht sozial verträglich sind
- für eine instanzbergreifende Überdenkung und Neustrukturierung des gesamten Schul- und Bildungssystems
- gegen die Einführung des Bachelor- und Mastersystems in den Geisteswissenschaften, damit das relativ hohe Niveau der deutschen Studienabschlüsse gewährleistet bleibt

Einer unserer Mitstreiter musste leider schon aus gesundheitlichen Gründen den Streik abbrechen. Wir Verbleibenden haben uns als erstes Ziel den 10.02.2004, den Termin der nächsten Sitzung des Akademischen Senats gewählt. Dort entscheidet sich alles und wir werden durchhalten." (http://de.indymedia.org/2004/01/73173.shtml)

Indymedia – ohne Worte – Teil II

„Eine Kundgebung gegen den Mauerbau in Israel/ Palästina am Samstag, den 7. Februar 2004 zwischen 16:00 und 18:00 Uhr am Checkpoint Charlie (Berlin), die von jüdischen, palästinensischen und deutschen Gruppen unterstützt wird, soll verboten werden.
Liebe Interessierte, liebe Freundinnen und Freunde, wie ihr vielleicht schon wisst, werden wir am Samstag, den 7. Februar 2004 zwischen 16:00 und 18:00 Uhr am Checkpoint Charlie eine Mauer errichten. Sie soll zeigen, dass derzeit in einem anderen Teil der Welt eine neue Mauer errichtet wird: in Palästina/ Israel.
Von der Polizei haben wir erfahren, dass diese Aktion verboten werden soll. Begründung: die Absperrung der Fahrbahn sei nicht gerechtfertig angesichts der „wenigen zu erwartenden TeilnehmerInnen".
Es ist daher unbedingt notwendig, dass wir zu Beginn der Aktion um 16:00 Uhr ganz viele Leute sind, damit wir das Recht auf unseren Protest gegen den Mauerbau in Palästina/ Israel bekommen."
http://de.indymedia.org/2004/02/73387.shtml



Logo der internationalen Anti-Mauer-Kampagne

Alternder Bauarbeiter

„Papst Johannes Paul II. hat Israel wegen des Baus der Sperranlagen im Westjordanland scharf kritisiert. Der Nahe Osten „braucht Brücken, keine Mauern", sagte er bei einem Gespräch mit dem palästinensischen Ministerpräsidenten Ahmed Kurei." (http://www.mdr.de/nachrichten/welt/1207306.html)
Brücken also, soso. Brücken, über die dann Tattergreise in ihren Papstmobilen kutschiert werden, um alle Menschen mit tatterigen Weisheiten zu beglücken. Na vielen Dank.

Abschiebepraxis

„Die 54-jährige Sängerin, die beim Zwischenstopp in Kairo den Lufthansa-Flieger verlassen wollte, saß in der vorletzten Reihe, schräg vor Aamir Ageeb, neben einem Beamten des Bundesgrenzschutzes (BGS). Zwei weitere Beamte flankierten den Abschiebehäftling. Alle drei müssen sich in Frankfurt wegen fahrlässiger Tötung verantworten.
Vor Gericht beschrieb die Zeugin, wie der Sudanese während des Startvorgangs unruhig geworden war. Sie habe Erschütterungen an ihrem Sitz gespürt, dann habe der Häftling geschrieen. Einer der Grenzschützer habe sie und ihre elfjährige Tochter mit den Worten „Wir machen ihn ruhig" zu beruhigen versucht. Alle drei hätten Ageeb in den Sitz gedrückt. Es sei zu einem mehrminütigen Kampf gekommen.
Der Sudanese war an Händen und Füßen gefesselt, die Beine zusätzlich mit einem Seil am Vordersitz festgebunden. Außerdem trug er einen Motorradhelm - die damals übliche Methode, um Selbstverletzungen zu verhindern. Als das Zeichen zur Aufhebung der Anschnallpflicht ertönte, war Ageeb vermutlich bereits tot. Das Herunterdrücken so Gefesselter war damals beim BGS durchaus üblich, um Schreien zu verhindern. Das berichtete am Montag ein weiterer Zeuge, der Leiter der für Rückführungen zuständigen BGS-Dienstgruppe 51, Reinhold A. Demnach hätten „alte Hasen", im BGS-Jargon „Altrückführer" genannt, diese Methode jüngeren Kollegen empfohlen. „Es war uns damals nicht bekannt, dass das Herunterdrücken lebensbedrohlich oder überhaupt gefährlich ist", erklärte A. im Zeugenstand. Dennoch betonte der Gruppenleiter mehrmals, dass er selbst diese Methode nie angewandt, sondern immer gewartet hätte, bis die Gefesselten von selbst zu Schreien aufhörten." (Frankfurter Rundschau, 10.02.04)

Die Probleme der LangzeitstudentInnen

„Langzeitstudenten haben überdurchschnittlich oft psychische Probleme. Ihr «Potenzial an psychosozialen Defiziten» ist nach einer Studie der Universität Göttingen höher als das von Kommilitonen, die ihr Studium in Normalzeit absolvieren. Langzeit- Studenten hätten einen deutlich größeren Leidensdruck und nähmen deshalb auch wesentlich häufiger ärztlich-psychologische Hilfe in Anspruch als andere, teilte die Hochschule mit. Die Probleme reichten bis hin zur Selbstmordgefährdung. Nach den Ergebnissen der Untersuchung haben Langzeitstudenten auch tendenziell mehr funktionelle Herz- und Kreislaufbeschwerden sowie Sexualstörungen als andere Studenten. Zudem haben sie ein geringeres Selbstwertgefühl und mehr Partnerprobleme. Für die Untersuchung wurden insgesamt 155 Studierende befragt, darunter 42 Langzeitstudenten. In der Studie fanden die Forscher der ärztlich-psychologischen Beratungsstelle der Göttinger Hochschule auch heraus, dass Langzeitstudenten Prüfungen sehr viel pessimistischer entgegen sehen als andere, dass sie seltener eine konkrete Berufsperspektive und eine zudem geringere Identifikation mit ihrem Studienfach haben." (http://www.lvz-online.de/ratgeber/karriere/4042.html)
Verdammt, diese LangzeitstudentInnen. Nicht nur, dass sie nicht arbeiten gehen wollen, jetzt sind sie auch noch Psychos. Dagegen muss wirklich mal was unternommen werden!

Was der GegenStandpunkt noch zu sagen hätte - Teil 3

„(...) Natürlich sind die USA nicht als Weltmacht Nr. I auf die Bühne der Weltpolitik getreten; um so weit zu kommen, bedurfte es immerhin zweier Weltkriege. (...) Zur Weltmacht sind die USA in zwei Kriegen geworden, die sie beide nicht angefangen, aber beide zum siegreichen Ende gebracht haben. Auch an den beiden Weltkriegen zeigt sich, daß die Amis sich ihren imperialistischen Weg aussuchen können. Welche Macht der Welt hätte sich sonst die Verrücktheit erlauben können, mitten in einem Krieg rein geschäftliche Interessen zu verfolgen (wie die USA im Weltkrieg I). Die Amis haben nicht deshalb in den ersten Weltkrieg eingegriffen, weil die Monopole den Staat zur Rüstungsproduktion gezwungen hätten; auch nicht deshalb, weil der amerikanische Reichtum in Europa (Verschuldung der Entente) gefährdet gewesen wäre. Entgegen allen revisionistischen Vermutungen war es gerade umgekehrt; das Ausmaß des amerikanischen Reichtums erlaubte es den Amis, sich lange Zeit aus der Geschichte rauszuhalten, also sich die Freiheit der Entscheidung herauszunehmen. Der Angriff auf die Einflußsphäre und die Souveränität der USA, durch einen recht unbedeutenden Anlaß wie die Versenkung der Lusitania indiziert, gab den Grund für den Kriegseintritt ab und nicht nur das: jetzt hieß es „aufs Ganze gehen". Derlei Kriege werden zu einem radikalen Ende gebracht. (...)
Am zweiten Weltkrieg läßt sich noch einmal zusammenfassend studieren, was den Unterschied ausmacht: ökonomisch so souverän zu sein, daß man es sich leisten kann, die Kriegswirtschaft als einen Teil der nationalen Industrie zu betreiben (gerade nicht alle nationalen Ressourcen dem einen und einzigen Zweck unterwerfen zu müssen); politisch so souverän zu sein, daß man auch hier sich den Zeitpunkt des Eintritts selbst bestimmen kann (es war Pearl Harbor!); militärisch so souverän zu sein, daß man den Krieg nicht nur zu einem totalen Ende bringen, sondern auch die souveräne Willkür einer ganz neuen Sorte Sieger praktizieren kann: Dresden und Hiroshima; moralisch so souverän zu sein, den Krieg als Demokratisierung der Welt zu propagieren. Kurz: es sich leisten zu können, inmitten im Krieg die Verantwortung für die Welt nach dem Frieden zu übernehmen."
(aus dem Buch „Imperialismus 2, Die USA – Weltmacht Nr. 1" des linken GegenStandpunkt-Verlag, www.gegenstandpunkt.com/vlg/imp/i2_1.htm)

MARK SCHNEIDER (BgR)

Eineiig oder zweieiig?

Über das vermeintliche Zwillingsverhältnis von Antisemitismus und Antiamerikanismus am Beispiel der deutschen Friedensbewegung

Nicht nur in der antideutschen Debatte wird oft eine strukturelle Gleichheit von Antisemitismus und Antiamerikanismus behauptet.[2] Dieses Behauptung dient bisweilen dazu, AntiamerikanerInnen pauschal als AntisemitInnen zu denunzieren, um sich weitere Kritik an ihnen zu sparen – und um sie so richtig hart zu treffen. Oft trifft es sie aber überhaupt nicht. Nicht nur, dass sie natürlich wie alle AntiamerikanerInnen nicht alle Amis hassen und vor allem als wichtigste Kronzeugen waschechte Amis vorweisen können. Neben diesen Standardausreden, die völlig verkennen, was mit dem Vorwurf des Antiamerikanismus gemeint ist, ist es wohl in der Tat so, dass antiamerikanische Äußerungen und Handlungen nicht antisemitisch intendiert sein müssen. D.h. für die politische Debatte wäre es hilfreicher, den Antiamerikanismus z.B. der deutschen Friedensbewegung zu analysieren und zu kritisieren, als ihn mit dem simplen Verweis auf deren vermeintlichen Antisemitismus abzutun. Und zwar nicht, um die aufklärungsresistente Bewegung zu bekehren, sondern um diejenigen zu überzeugen, die noch Hoffnungen in eben jene Bewegung setzen – was ja das erklärte Ziel aller antideutschen Interventionen ist.

Vorab ist noch zu betonen: Es ist unbestritten, dass die Mehrheit der Deutschen antisemitisch ist. Treffen sich also zwei Deutsche, ist in der Regel davon auszugehen, dass es sich um eine antisemitische Versammlung handelt. Analoges ließe sich allerdings auch über den Sexismus oder Rassismus behaupten. Die Friedensbewegung kann ohne Einschränkung als antisemitische Bewegung bezeichnet werden – die Frage ist nur: ist sie dies überdurchschnittlich und war dies handlungsanleitend? Diese Frage kann hier leider nicht beantwortet werden, da mir das Analyse-Instrumentarium dafür fehlt, nämlich Untersuchungen über deren AkteurInnen, Publikationen und andere Manifestationen.



„Bush kommt"

Somit trifft der Antisemitismusvorwurf gegen Deutsche meist ins Schwarze, nur ist damit eine Bewegung wie die Friedensbewegung nicht treffend analysiert. Und ihre Äußerungen und Motivationen müssen nicht notwendigerweise antisemitisch sein, nur weil sie antiamerikanisch oder sonstwie friedensbewegt sind. Niemand würde auf die Idee kommen, die Love-Parade wegen Antisemitismus zu verdammen oder gegen einen Naziaufmarsch aufgrund des Sexismus der Skinheads vorzugehen – berechtigt wäre beides, nur nicht besonders sinnvoll.

Eine zweite Frage ist, ob nicht jede Bewegung eine Gefahr in

[1] Eine Detailkritik an der Leipziger Friedensbewegung findet sich in: Mark Schneider: Frieden, Frieden über alles..., in: Incipito 07/2003

[2] siehe: Bahamas (http://www.redaktion-bahamas.org), CEE IEH Newsflyer (http://www.conne-island.de)

sich birgt, weil zwar die Einzelmitglieder nur durchschnittlich ressentimentgeladen sind, jedoch in ihrer Ballung eine „kritische Masse“ zusammenkommt, wo die/der deutsche SpießbürgerIn eben nicht nur so vor sich hin grübelt über die bösen Mächte dieser Welt, sondern sich die Bewegten gegenseitig befruchten und einem Ressentiment, was so latent vor sich hinwuchern mag, zum öffentlichen Durchbruch verhelfen.[3] Dies gilt natürlich besonders für Bewegungen, die für sich in Anspruch nehmen, politisch zu sein und die sich deswegen auch politisch artikulieren – darin besteht ja, um beim obigen Beispiel zu bleiben, die Ungefährlichkeit der Love-Parade für Außenstehende, die ja bis auf die Feststellung, eine politische Demonstration zu sein, keine weiteren politischen Aussagen getroffen hat.
Diese Argumentationsweise ist sicher nicht von der Hand zu weisen. Doch auch hier gilt zu prüfen, ob die antiamerikanische Friedensbewegung, die dem Antiamerikanismus einen enormen diskursiven Schub verpasst hat, auch für die Zunahme des Antisemitismus verantwortlich gemacht werden kann. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es u.a. mit der Entschädigungsdebatte, dem Walser-Grass-Möllemann-Komplex, der neuen deutschen Weltgeltung und dem damit einhergehenden Bedeutungsverlust des Holocaust als tabuisierendes Moment sowie der Universialisierung der historischen Schuld, dem Israel-Palästina-Konflikt und seiner medialen Aufbereitung viele weitere Faktoren gab, die es den Deutschen wieder erlauben, ihren Antisemitismus selbstbewusst zur Schau zu tragen – auch ganz ohne Friedensbewegung.

Die wichtigste Begründung für die strukturelle Gleichheit von Antiamerikanismus und Antisemitismus leitet sich aus einer spezifischen Analyse des Antisemitismus und Antiamerikanismus ab. Nach dieser sind beide Ideologien Ausdruck einer antimodernen Reaktion, die die vermeintlich negativen Seiten des Kapitalismus (Geldgier, Kulturlosigkeit, Kosmopolitismus etc.) von den angeblich positiven (ehrliche Arbeit, Standesdenken, Heimatverbundenheit) abspaltet und auf das Andere (die Juden, die USA) projiziert, um es dann bekämpfen zu können. Diese Feinderklärung funktioniert so gut, weil man sich durch die Abspaltung nicht selbst bekämpfen muss und weil das abstrakte, unverstandene Kapitalverhältnis personifiziert oder zumindest terrorialisiert wurde (Juden, Bonzen, USA) – und damit konkrete Schuldige benannt werden können. Beiden Ideologien ist inhärent, dass die jeweils anderen heimlich zur Weltherrschaft streben, weshalb der Kampf einer um Leben und Tod ist.[4]
Diese Herleitung ist an sich nicht falsch, allerdings abstrahiert sie von den Unterschieden der beiden Ideologien. Die Unterschiede liegen in der historischen Entwicklung, den konkreten (auch aktuellen) Ausformungen, den TrägerInnen der Ressentiments und den Zielen der Feinderklärung. Dazu kommt noch, dass der Antisemitismus an sich, aber auch der Antiamerikanismus kein einheitliches Weltbild ist, der nach bestimmten Kriterien zu diagnostizieren wäre. Gerade der Antiamerikanismus zeichnet sich durch eine Vielfalt von unterschiedlichen, sich oft auch widersprechenden Strömungen aus, dass sich eine Gleichsetzung mit dem Antisemitismus schon deswegen verbietet, weil es *den* Antiamerikanismus gar nicht gibt.
Hinzu kommt, dass es auch zu anderen Ideologien eine strukturelle Ähnlichkeit gibt. Auch im Sexismus und Rassismus spaltet das (männliche, weiße) bürgerliche Individuum Verdrängtes ab und projiziert es auf die Frauen oder die „unzivilisierten Wilden“. Der Unterschied liegt nun allerdings darin, was Inhalt der Projektion ist: Vormoderne Relikte, die man an sich selbst nicht mehr zulassen darf (kindliche Naturverfallenheit bei den „Wilden“ und Frauen), oder moderne Zukunftsvisionen, die einem (noch) zu weit gehen in ihrer Radikalität (Reduzierung aller Verhältnisse auf das Warenverhältnis im Antisemtismus und Antiamerikanismus).[5] Wer jedoch die Gleichheit von Antiamerikanismus und Antisemitismus postuliert, sollte zumindest auf die Ähnlichkeit zu anderen Ideologien eingehen und Unterschiede benennen können, anstatt – wie es in der antideutschen Debatte häufig der Fall ist – Rassismus und Sexismus als obsolet oder gar als reine Kampfbegriffe der Gegenaufklärung zu bezeichnen. Eine solche Betrachtungsweise würde auch ergeben, dass sich Elemente des Rassismus im Antisemitismus finden lassen und andersherum.[6] Dies zu konstatieren nivelliert nicht die Unterschiede, sondern schärft die Analyse.
Zwei weitere gängigen Argumentationsmuster seien noch ausgeräumt. Das eine kommt mit der soziologischen Empirie daher: Die 70% deutschen AntiamerikanerInnen sind fast deckungsgleich mit den 70% AntisemitInnen. Dies trifft einerseits auch auf die 70% der deutschen RassistInnen zu, andererseits belegt dies höchstens eine weitläufige Verwandtschaft. Aus der Vorliebe von RechtshänderInnen für IKEA-Möbel würde auch niemand tiefgreifende Schlüsse ziehen wollen – oder sich blamieren. Eine andere Variante der Empirie stellt die eingreifende Untersuchung in Form der Präsentation von Israel-Fahnen am Rande

[3] Der Gegeneinwand, dass soziale Bewegungen auch genau das Gegenteil bewirken können, nämlich Ressentiments einzudämmen, indem sich die AkteurInnen gegenseitig positiv beeinflussen, ist zwar theoretisch vorstellbar und in jedem Fall begrüßenswert, dürfte im deutschen Alltag allerdings selten nachzuweisen sein. Die Bemühungen diverser linke Gruppen innerhalb der Friedensbewegung, die genau eine solche Strategie für sich in Anspruch nahmen, blamierten sich an der Realität. Siehe auch: Bündnis gegen Rechts: Der große Perspektiven-Schwindel, in: Phase 2 10/2003

[4] Siehe: Stephan Truninger, Daniel Völk: Antiamerikanismus – Säkularisierter Antisemitismus, in: Risse 2/2002; ausführlicher in den Büchern, die in den Literaturhinweisen am Ende des Textes empfohlen werden

[5] Siehe: Martin D.: Die halbe Wahrheit ist die ganze Unwahrheit, in CEE IEH #84/2002

[6] Siehe: Antirassistische Gruppe Leipzig: Theorie und Praxis, in: CEE IEH #87/2002



„Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze"

von Friedensdemonstrationen dar. Der damit hervorgekitzelte geballte Hass soll Beweis genug sein. Fragt sich allerdings, ob ähnliche Interventionen schon bei einem Fußballspiel, in einer Dorfkneipe, auf dem Kölner Karneval, der Berliner IAA oder dem Münchner Oktoberfest ausprobiert wurden. Es sei hiermit versichert, dass sich die Reaktionen kaum unterscheiden dürften. Doch selbst wenn wir von der strukturellen Ähnlichkeit – und nicht Gleichheit, wie ich meinen würde – von Antiamerikanismus und Antisemitismus ausgehen, heißt das noch nicht, das automatisch jede antiamerikanische Äußerung gleichzeitig antisemitisch intendiert sein muss bzw. eine entsprechende Wirkung hat. Ist also zu beantworten, ob die Friedensbewegung in ihrer Gesamtheit eine antisemitische Bewegung gewesen sei, weil sie durch und durch antiamerikanisch war, ist einerseits mit ja zu antworten – sie war so antisemitisch wie ihre Mitglieder. Andererseits mit Jein. Sie ging nicht aus explizit antisemitischen Gründen auf die Straße und verhalf auch nicht vordergründig antisemitischen Vorstellungen zum Durchbruch. Dass sie es stellenweise doch tat, hat zwei Ursachen: Der erste ist geographischer Natur. Die USA führten Krieg in einer Region, in der auch Israel sicherheitspolitische Interessen hat. Das ist natürlich für alle AntisemitInnen ein gefundenes Fressen. Die Kriege der USA im lateinamerikanischen Hinterhof dürften hingegen schwerer antisemitisch, dafür einfacher antiamerikanisch aufladbar sein. Die zweite Ursache hängt nun mit der konstatierten Ähnlichkeit zusammen. Eine antiamerikanische Bewegung verfügt schon automatisch einen antisemitischen Konsens, über den sie sich nicht erst verständigen braucht – sondern der fröhlich kultiviert werden kann. Ein rassistischer Konsens ließe sich in der Friedensbewegung zwar herstellen, allerdings liegt das thematisch nicht auf der Hand und ergibt sich nicht von selbst. Wer jedoch vom schießwütigen Cowboy Bush und den geldgierigen Amis labert, landet früher oder später auch bei der „jüdischen Lobby" in der USA, dem „amerikanischen Vorposten" Israel und den ebenfalls geldgeilen Juden. Sollten deutsche Interessen mal gegen China verteidigt werden müssen, ist davon auszugehen, dass dann im deutschen Mainstream wieder der Rassismus auf der Hand liegt, während die Enttarnung der „jüdischen Lobby" in Shanghai und der geheimen Kooperation zwischen Peking und Tel Aviv den Nazis vorbehalten bleibt.

Was sind nun die Unterschiede? Historisch leitet sich der Antisemitismus aus einem Religionskonflikt ab, der ab dem Mittelalter langsam verweltlicht wurde, jedoch erst im 19. Jahrhundert mit völkisch-rassistischen Diskursen verknüpft und zu einer Weltverschörungstheorie aufgewertet wurde. Der deutsche Antisemitismus mündete in der Shoa, nach 1945 entwickelten sich zwei versteckte Spielarten des tabuisierten Antisemitismus: der

Antizionismus gegen Israel und der sekundäre Antisemitismus, der den Juden Auschwitz nicht verzeiht (Walser, Entschädigungsdebatte).
Mit der Wiedervereinigung kommt es zu einer Reaktivierung des bis dahin nur latenten Antisemitismus, der jedoch keinen Bedeutungsverlust der beiden Ersatz-Antisemitismen bedeutet, sondern deren weiteren Aufstieg. Die Verbreitung des Antisemitismus in außereuropäischen Gebieten ist nicht nur eine Folge der Durchsetzung des – dort jeweils noch krisenhafteren – Kapitalismus', sondern geht auch auf das direkte Wirken europäischer, insbesondere deutscher Kolonialherren, Außenpolitiker und nationalsozialistischer Strömungen zurück. Festzuhalten bleibt also, dass der Antisemitismus auf eine lange Geschichte zurückblicken kann, in der sich Fragmente früherer Formen bis heute gehalten haben. Wichtig ist weiterhin, dass der Antisemitismus bis zur Staatsgründung Israels immer eine innere Feinderklärung war, da er die eigenen StaatsbürgerInnen und nicht etwa fremde Nationen oder EinwanderInnen zum Gegenprinzip erklärte. Nie vergessen werden darf die dem Antisemitismus innewohnende Vernichtungstendenz, die in der Shoa ihren Höhepunkt gefunden hat, sich aber bis heute hält.
Der Antiamerikanismus ist hingegen neueren Datums. Er war ursprünglich eine Reaktion rückschrittlicher Schichten (Adel, Teile des Bürgertums) auf die revolutionären Entwicklungen in der ehemaligen britischen Kolonie. Zu dieser Zeit regte die Freizügigkeit der Lebenseinstellung und die Unerschlossenheit des Landes die Phantasie des europäischen ArbeiterInnen und BürgerInnen an – und Millionen wanderten aus.
Erst mit der Etablierung des Bürgertums in Deutschland verlagerten sich die antimodernen Ressentiments, die sich gegen den Erzfeind Frankreich richteten, auf die USA und der Antiamerikanismus wurde zur gemeinschaftsstiftenden Ideologie. Schon Reaktion auf die unverstandene Abstraktheit des Kapitalverhältnisses, war der Antiamerikanismus noch keine Weltverschwörungstheorie. Vielmehr wurden die anarchischen Zustände bemängelt, die nationalstaatlich gezügelt werden müssten (d.h. eher eine Form des kulturalistischen Rassismus'). Rassistisch-völkisch aufgeladen war der Antiamerikanismus nur an seinen Rändern: Schließlich handelte es sich um Menschen vom „eigenen Fleisch und Blute". Ein nicht so häufig bemühter Topos des Antiamerikanismus ist der von der „Bastardisierung" im Schmelztiegel der Kulturen, insbesondere durch lateinamerikanische und afrikanischen Einflüsse. Später wurde die Geschäftstüchtigkeit und die damit einhergehende Kulturlosigkeit der Amis angeprangert. Die USA hatten das Alte Europa überholt und die EuropäerInnen schauten neidisch und skeptisch auf das, was auch auf sie zukommen würde. In ihren Diskursen über die USA verhandelten sie ihre eigene Zukunft – und wehrten sie ab. Wenn damals davon die Rede war, dass die Amis nur an Geld denken, so hatte das mit dem gleichlautenden Vorwurf an die Juden nicht viel zu tun: Die Amis waren die erfolgreicheren Konkurrenten, die produktiver wirtschafteten, hingegen die Juden die schmarotzenden und unproduktiven Geldaussauger der Finanzsphäre. Erst in jüngerer Zeit findet sich der Vorwurf des „Auf-Kosten-anderer-leben" auch im Antiamerikanismus.
In Deutschland entwickelte sich eine spezifische Form des Antiamerikanismus, analog zum – aber nicht gleichzusetzen mit dem – sekundären Antisemitismus. Die Deutschen konnten es den Amis nie verzeihen, dass sie sie vom Nationalsozialismus befreit hatten. Einerseits wurde die Befreiung nicht als solche anerkannt, anderseits war die Schmach der Unterlegenheit zu groß. Dementsprechend musste das eigene Versagen nivelliert und gegen vermeintliche Fehler der Amis aufgerechnet werden: Auschwitz gegen Dresden oder Vietnam. Die USA waren trotzdem immer auch Vorbild, der große Bruder, gegen den man rebelliert, gegen den man aber nicht wirklich ankommt. Israel wurde diese Ehre nie zuteil – mal abgesehen von der Bewunderung der Springer-Presse für die Schlagkraft der israelische Armee, in der die Kriegsveteranen die Wehrmacht wiederzuerkennen glaubten. Der Antiamerikanismus ist eine Ideologie, die nicht auf Vernichtung zielt. Die AntiamerikanerInnen wollen genauso mächtig sein, dabei jedoch ihr gutes Gesicht nicht verlieren. Deswegen hetzen sie gegen die USA und geben vor, die Weltherrschaft besser bewerkstelligen zu können. Der Antisemitismus hingegen projizierte nie ein positives, zu erreichendes Bild vom Gegner. Die Hetze gegen die Spekulanten meinte in der Regel nicht, dass man selber Bankangestellter werden wollte, sondern dass man zwar Geld von der Bank haben wollte, um weiter sein Handwerk betreiben zu können, aber keine Zinsen zahlen wollte.

» Dementsprechend musste das eigene Versagen nivelliert und gegen vermeintliche Fehler der Amis aufgerechnet werden: Auschwitz gegen Dresden oder Vietnam «

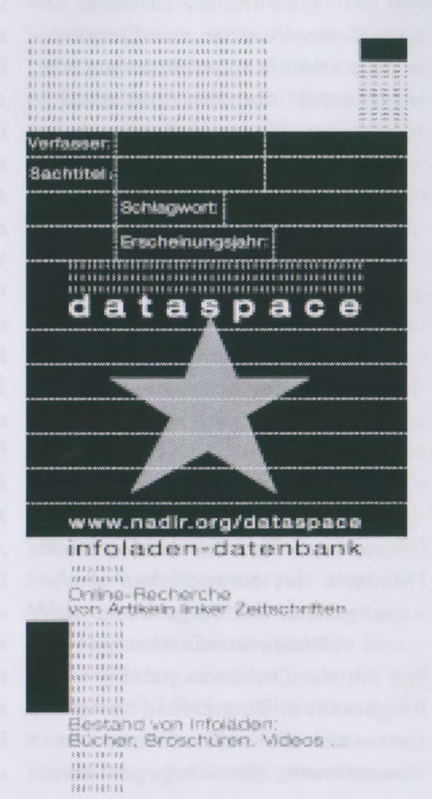
Der Antisemitismus war und ist allerdings nicht nur in seinen Taten bedrohlicher als der Antiamerikanismus, sondern auch wahnhafter. Der Antisemitismus des Mainstreams äußert sich deswegen oft nur verdruckst – der offene Antisemitismus ist heute in Weste-

uropa eine Randerscheinung. Antiamerikanisch hingegen kann man hingegen ganz offen und reinsten Gewissens sein. Antisemitismus verträgt sich nicht mit der herrschenden bürgerlichen Logik, auch wenn er ihr entspringt; Antiamerikanismus ist direkter Ausdruck dieser Logik. Der Antisemit beruft sich auf die „Protokolle der Weisen von Zion" oder erfindet Gräueltaten Israels. Der Antiamerikaner kann dagegen – ganz seriös – aus Michael Moore zitieren und auf die reale Macht der USA verweisen. Während der Antisemit gezwungen ist, zu fälschen und zu lügen, damit sein Weltbild Bestand hat (ohne dass er sich dessen bewusst ist), reicht für den Antiamerikaner nur die etwas eigenwillige Interpretation der Wirklichkeit.

»Während der Antisemit gezwungen ist, zu fälschen und zu lügen, damit sein Weltbild Bestand hat, reicht für den Antiamerikaner nur die etwas eigenwillige Interpretation der Wirklichkeit«

Neben der strukturellen Ähnlichkeit von Antisemitismus und Antiamerikanismus sind auch historische und politische Gründe dafür ausschlaggebend, dass es zu einer tendenziellen Aufhebung der soeben skizzierten Unterschiede kommt. Mit der Shoah und der Staatsgründung Israels wurde aus der innenpolitischen „Judenfrage" der Hass auf Israel, der sich jedoch nur verklausuliert zu artikulieren vermag. Die antisemitischen Zuschreibungen bezüglich Israel ähneln den antiamerikanischen hinsichtlich der USA. Nicht nur in der paranoiden Wahrnehmung der WeltverschwörungstheoretikerInnen gibt es viele Gemeinsamkeiten zwischen den USA und Israel: beides keine homogene, gewachsene und dem „Boden verhaftete Gemeinwesen", sondern „kolonialistische Projekte", die auf Vertreibung der Indianer und Palästinenser basieren. D.h., richtig gewendet: Multikulturelle, moderne Staaten, die von EmigrantInnen errichtet wurden, weil sie in ihren Ländern nicht mehr leben konnten oder wollten – Staaten also, die ursprünglich mit revolutionären bzw. sozialistischen Visionen gegründet wurden und heute deswegen alle Vorzüge des Kapitalismus in sich vereinen. Neben Israel ist die USA der einzig bekannte Staat der Welt, in dem Jüdinnen und Juden relativ sicher vor Antisemitismus sind – und die USA ist die einzige Weltmacht, die Israel einen gewissen Schutz garantiert. Es scheint also, als ob nicht nur Antiamerikanismus und Antisemitismus sich angenähert haben, sondern dass auch der Antiamerikanismus viele Leerstellen, die dem Antisemitismus durch die Shoa entstanden sind, besetzen konnte. Damit wird der Antiamerikanismus zur universellen Verschwörungstheorie und die USA zum absolut Bösen. Sie wären dies auch ohne Israel und die halluzinierte ZOG. Der Antisemitismus in Westeuropa mutiert immer mehr zu einer Mischung aus Reminiszenz an alte Zeiten, einer brauchbaren Folie zur Interpretation des Nahostkonflikts, einer Abwehr- und Bewältigungsstrategie für die eigene Vergangenheit und einem Reimport aus dem arabischen Raum – so meine abschließende These. Der Antisemitismus wird für die Betroffenen zwar immer gefährlicher bleiben als der Antiamerikanismus und auch für Israel steht mehr auf dem Spiel als für die USA; der Antiamerikanismus ist dagegen wahrscheinlich das dominantere und präsentere Modell für allgemeine Welt(v)erklärungen – und das nicht nur in der Friedensbewegung. Gerade im Zuge der Globalisierung projizieren die einzelnen Menschen ihre Ängste und ihren Hass nicht mehr auf die „Juden" und auch nicht auf Israel, welches zwar als *die* Bedrohung für den Weltfrieden bezeichnet wird, aber als wenig bedrohliche, greifbare, für sich selbst erfahrbare. Die Deutschen organisieren sich hingegen lieber in Vereinen zur Rettung der deutschen Sprache und Musik, in der „linken" wie rechten Szene, in der Antiglobalisierungsbewegung oder auf Friedensdemonstrationen – und dort geht es an erster Stelle gegen Amerikanisierung, McDonalds, Cross Border Leasing, Coca Cola, Bush und vermeintliches amerikanisches Weltmachtstreben.

Zum Ende soll noch einmal klar betont werden: Die Differenzierung zwischen Antiamerikanismus und Antisemitismus dient nicht der Inschutznahme der Friedensbewegung, sondern der generellen Kritik aller deutschen Bewegungen und Zustände.



Habermas und seine linken Freunde

Jürgen Habermas dürfte sich gefreut haben. Als anlässlich der Nato-Sicherheitskonferenz Anfang Februar mehrere Tausend Menschen demonstrierend durch München zogen, sah man ein großes blau-gelbes Transparent mit der Aufschrift: „Für ein soziales Europa" und kleiner: „Gegen eine EU-Militärmacht".
Hatten sich da ein paar voreilige Europafreunde in die ersten Reihen geschmuggelt und wurden dabei bloß vom der Rest der sonst kunterbunten Demo übersehen? Mitnichten. Europa ist bei der Linken angekommen. Als Habermas mit Jacques Derrida[1] im Mai letzten Jahres seinen Aufruf zur „Wiedergeburt Europas" startete, ahnte er wohl noch nicht welche Unterstützung er von Seiten der globalkritischen und friedensbewegten Linken erfahren würde.
„Aber, aber" mag so mancher linker Europafreund entgegnen: „Was wir wollen, ist doch etwas ganz anderes. Uns geht es um ein soziales Europa."
Dass sich dann aber doch wieder alle treffen, soll dieser Artikel belegen.

Revisited: Habermas und sein europäischer Nationalismus

Anstoß seines Aufrufes lag in dem Problem, dass sich doch ein paar europäische Länder – wider der Moral - dem europäischen Nein zum Irakkrieg widersetzten und stattdessen nach alter Maxime des nationalen Interesses zu kalkulieren, auf die Seite der USA schlugen. Dass dies einer, sich so sehr gewünschten, gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Außenpolitik im Wege stand, lag wohl nicht in Habermas' Interesse. Doch wie eine Einigung herstellen, wenn die Positionen so sehr auseinandergehen und eine Toleranz von Minderheiten gegenüber der Mehrheit von Nöten wäre.
Nach Habermas fehlt es an einem „Gefühl der politischen Zusammengehörigkeit" bzw. Eines „aufstocken" des vorhandenen Nationalismus „um eine europäische Dimension".
Nicht anderes also als eine europäische Identität.
Dass Nationalismen etwas „konstruiertes von Anfang an" sind weiß zwar auch Habermas, ist sich jedoch nicht zu dumm, Begründungen für die Richtigkeit seines Nationalismus zu suchen.
Identitäten lassen sich über ein gemeinsames Schicksal, eine gemeinsam erfahrene Geschichte herstellen, die man sich „bewusst aneignen" sollte.
„Die europäische Kultur musste unter Schmerzen lernen, wie Unterschiede kommuniziert, Gegensätze institutionalisiert und Spannungen stabilisiert werden". Aus dieser gemeinsamen Erfahrung hat Europa lernen können und viel wichtiger, ist Europa, nun endlich in der Zivilisation angekommen, befähigt, ja geradezu verpflichtet, mit dieser Verantwortung umzugehen. Und so kann dann auch aus Auschwitz eine „europäische Erfahrung", welche gleichzeitig als Argumentationshilfe für neue, sich „wegen Auschwitz" ergebene Verantwortungen verwendet werden. Man kennt das Argument ja bereits aus dem Kosovokrieg. Für Habermas ist die EU eine „weiche Macht", die nicht eben nicht gleich wie die Amis bombardieren, sondern verhandeln, den Dialog zu seinen Nachbarstaaten sucht und zivile Konfliktregelungen bevorzugt. Eine EU mit einer gemeinsamen Identität könnte sich dem „hegemonialen Unilateralismus der USA" zur Wehr setzen und sich gegenüber der ganzen Welt als Gegenpol profilieren. Eine Ansicht, die im Old Europe gerade ziemlich angesagt ist und auch bei der Linken einige Freunde findet.

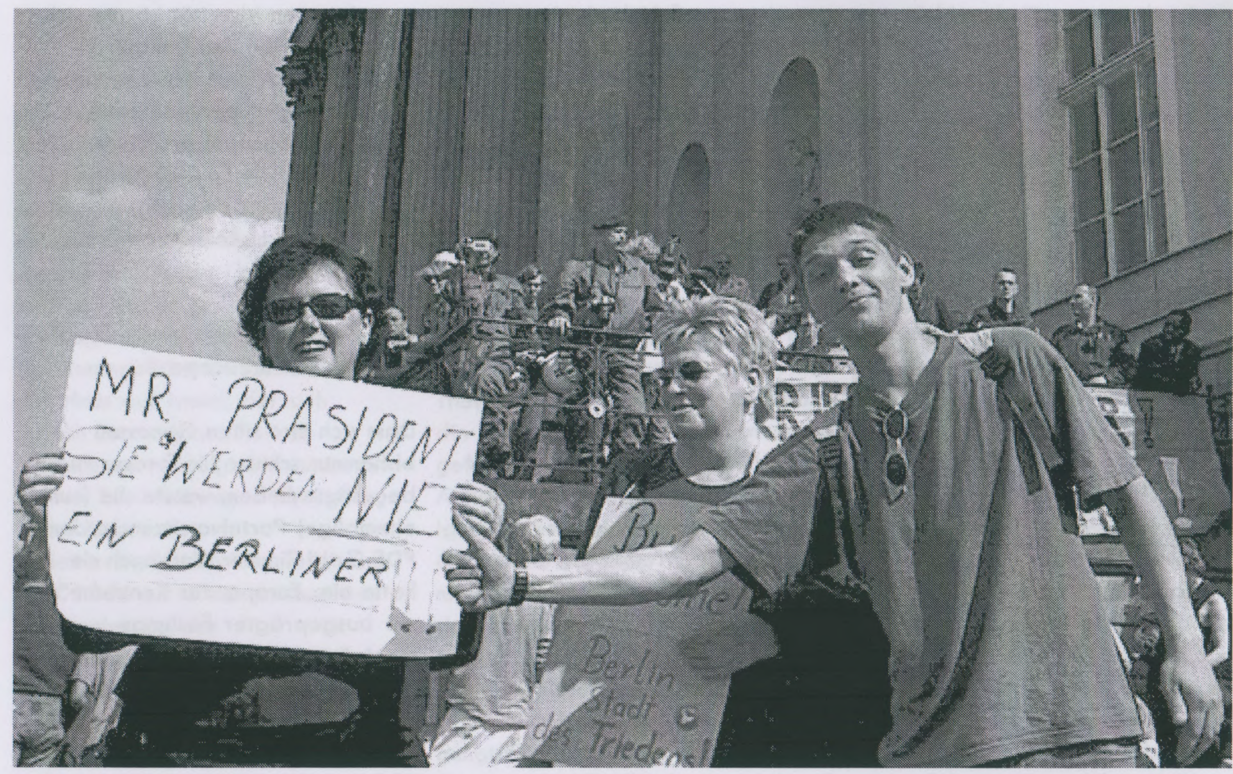
Aus der Schwäche in die Traufe – die Linke und Europa

Dass sich ihre alten Genossen bisher nur schwer für Europa zu begeistern ließen, wusste die (nun ehemalige) Parteivorsitzende der PDS Gabi Zimmer. Und auch sie hatte ein „Europa der Konzerne" mit ausgeprägter Festungsmentalität kennen gelernt. Doch jetzt ist alles anderes: „Europa, das ist heute die europäische Friedenspartei[2]." Und bevor die PDS komplett ins Altersheim

[1] Obwohl Derrida „aus persoenlichen Gruenden" nur seine Unterschrift unter das Pamphlet setzte, es aber nicht verfasste.

[2] Auf einem PDS Parteitag 2003

wandert, verkündet sich im Januar 2004 stolz, bei der Gründungsversammlung für eine Partei Europäische Linke (PEL) dabei gewesen zu sein. Auch wenn es noch große Unterschiede, aber natürlich keine unüberbrückbaren Gegensätze gibt, so konnte man schon mal einen vereinbarten Entwurf des Parteiprogramms präsentieren.
Und wenn es nach der PEL geht, ist endlich Schluss mit ausländischen (gemeint sind us-amerikanische) Militärbasen in Europa, sowieso muss Europa von der Hegemonie der USA unabhängig werden. Nun könnte man der PDS unterstellen, sie suche ihre Rettung in der Weite, wäre sie einzige „linke Kraft" die nach Europa schielt. Doch dem ist nicht so. In großen Teilen der friedensbewegten alias globalisierungskritischen Linken steht Europa als „politisch zu besetzenden Raum" hoch im Kurs. So kann, noch kurz erwähnt, wer will mit dem Münchener Friedensbündnis auch zu Ostern „für ein soziales Europa" in eine bessere Welt radeln.
Doch was verbindet eine Linke mit einem „sozialen Europa", vor allem vor der Frage, was denn nun den Unterschied zu einem Europa als homogenisierten Wirtschaftsraum meint.
Europa steht in den Augen vieler Linker in einer wohlfahrtsstaatlichen Tradition. Im Gegensatz zu den USA, wo der Kapitalismus sich „ungefesselt" entfalten kann, der Markt also komplett vom Staat abgekoppelt ist, sehen Linke durch staatliche Eingriffe und soziale Abfederungen die Möglichkeit eines sozialeren, ja humanen Kapitalismus.
Dass die verständliche Ablehnung eines „aggressiven Neoliberalismus" jedoch in eine positive Projektion auf Europa umschlägt, ist mehr als naiv.
Die Europäische Union befindet sich, wie jeder anderer Wirtschaftsraum auch, in Konkurrenz zueinander. Um im Weltmaßstab, wie es so schön heißt, wettbewerbsfähig zu bleiben, werden sich auch immer nur die durchsetzen können, die ihre Produktion rationalisieren können, was nichts anderes bedeutet, als die Ausbeutung der Arbeitskräfte voranzutreiben und auszuweiten. Die ehemals errungenen sozialen Standards sind dabei eher ein Relikt der Geschichte, die in zu nehmenden Masse zurückgenommen werden (müssen). Agenda 2010 war dabei nur der erste Schritt.
Dabei ist es umso fragwürdiger, warum Linke überhaupt auf die Idee kommen, der Staat könnte den Schutz der Buerger gegenüber dem freien Markt garantieren. Nicht nur, dass sie damit die Rolle des Staates in einem kapitalistischem Gesellschaftssystem verkennen, sie wollen auch ihre eigene Freiheit durch die Delegation an einen höheren Repräsentanten geschützt sehen. Sehen so Individualisten aus, die sich dem Herrschaftssystem verweigern wollen?
Vielmehr noch als die Angst vor dem Verlust sozialer Standards



...und sie keine Greencard kriegen

stört sich die Linke wie fast der Rest der europäischen Gesellschaft auch vor der unkontrollierbaren Macht der USA, die nun bereit ist, ihre Interessen mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Daher ist ein Europa, welches aus seiner kriegerischen Geschichte gelernt hat, als friedlicher Gegenpol vorzuziehen.
Mit einer „Zivilmacht" (welch absurder Begriff), die lieber auf den Dialog setzt, mit Entwicklungshilfe auch mal einem schwächeren Land unter die Arme greift und vor allem dabei nur eins im Sinn hat – die Einhaltung und Durchsetzung der Völker- und Menschenrechte – muss sich in den Ohren verträumter Globalisierungskritiker so ziemlich emanzipativ anhören.
Dass Entwicklungshilfe aber nicht nur aus Nächstenliebe, die EU noch nicht militärisch auftritt, weil es noch nicht kann, eine EU-Eingreiftruppe jedoch schon längst beschlossene Sache ist, stört die Europafreunde wenig. Als kurz nach dem Irakkrieg, als noch Millionen gegen Krieg auf die Strasse gingen, die erste EU Mission im Kongo begann, interessierte sich dafür niemand. Wer glaubt, die europäischen Staaten hätten mit ihrer Macht etwas anderes vor als ihre eigenen Interessen durchzusetzen, glaubt wahrscheinlich auch an den Weihnachtsmann.
Wer sich indes bewusst, wenn auch aus angeblich taktisch-strategischen Gründen, auf ein „starkes Europa" setzt, mit dem Ziel der Weltmacht der USA in absehbarer Zeit etwas entgegenzusetzen, hat sich endgültig seines Antiamerikanismus' offenbart.

United they stand - Was alle eint

Wenn Habermas zu einer europäischen Identität aufruft und dies mit aufwendigen intellektuellen Geschwurbel zu begründen versucht, hat er vor allem eins im Sinn:
Den vorhandenen Antiamerikanismus[3] in der europäischen Gesellschaft zu mobilisieren und in einen europäischen Nationalismus fließen zu lassen.
In dem er von Europa als „weiche Macht" spricht und die gemeinsamen Erfahrungen aus der Geschichte als Vorteil anpreist, die Europa nun befähigen soll, moralischer und ziviler und damit vernünftiger aufzutreten, spricht er genau die an, denen die Supermacht USA schon immer ein Dorn im Auge war.
Die antiamerikanischen Linken nehmen dieses Angebot gerne an. Sie fallen damit zwar hinter längst geführte Nationalismusdebatten zurück, haben jedoch ein Ventil gefunden, ihren Antiamerikanismus auf institutioneller Ebene mit angeblich moralischen Gesichtspunkten auszuleben.
Dabei kann der Antiamerikanismus als Bindemittel die unterschiedlichsten von linken bis liberalen Positionen unter dem Projekt Europa zusammenführen.
Es ist daher nicht vermessen zu behaupten, mit Europa konstitutionalisiert sich ein antiamerikanischer Konsens, dessen Potenzial insofern besorgniserregend ist, da er sich nicht nur am Stammtisch äußert, sondern auch Wege in europäische Institutionen findet.
Dass sich damit europäische Identitäten schaffen lassen, die sich in einem europäischen Nationalismus widerspiegelt, wird von den meisten euroopafreundlichen Linken akzeptiert, wenn nicht sogar angestrebt. Europäische Patrioten wie Habermas dürfte das nur recht sein.

[3] **Warum viele Linke antiamerikanische Positionen mit sich herumtragen, soll an dieser Stelle nicht weiter ausgefuehrt werden.**

„Good Old Europe"

Ein zweitklassiges Staatenbündnis im Kampf um die Hegemonie mit den USA?

Die Zeiten der bipolaren Blockkonfrontation zwischen den Weltmächten USA und Sowjetunion sind spätestens seit dem Fall der Mauer vorbei. Als einzigster und letzter Hegemon sind die USA übrig geblieben. Doch mehren sich die Stimmen in bürgerlichen als auch in linken Kreisen, die am Horizont einen der USA ebenbürtigen Konkurrenten ausmachen wollen – Europa bzw. die Europäische Union. Vor allem in linken Kreisen sind die Erwartungen diesbezüglich gespalten: Erwarten viele Friedensbewegte eine friedlichere Welt vom Aufstieg des „alten Kontinents", so warnen Antideutsche vor einem starken Europa unter Führung Deutschlands. Dieser Text wird sich mit der Frage auseinandersetzen, ob eine Konkurrenz um die Weltmachtposition zwischen den USA und der EU als realistisch einzuschätzen ist oder ob da nicht eher verbrauchte Imperialismustheorien wieder hinter dem Ofen hervorgeholt werden, mangels einer Analyse der derzeitigen Entwicklungsstufe des Kapitalismus. Dabei werde ich einerseits die ökonomischen und militärischen Potenzen betrachten und mich andererseits auf die Krisentheorie der Nürnberger Gruppe Krisis beziehen. Die Differenzen innerhalb der Gruppe Krisis bezüglich der Perspektiven nach einem wahrscheinlichen Zusammenbruch der Weltmachtposition der USA werden dann am Ende des Textes thematisiert.

Vom Nationalimperialismus zum ideellen Gesamtimperialismus

Im gleichnamigen Incipito-Artikel habe ich anhand der Kriege der kapitalistischen Gesellschaft den historischen Prozess aufzuzeigen versucht, in dem sich die Konkurrenz um die Weltmachtposition weg vom polyzentristischen Kampf hin zur monozentristischen Struktur innerhalb *eines* kapitalistischen Weltsystems entwickelte. *„Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat sich die Weltlage tiefgreifend verändert. Zum ersten Mal in der Geschichte trat ein außereuropäischer Staat nicht nur als der Schiedsrichter eurasischer Machtverhältnisse, sondern als die überragende Weltmacht schlechthin hervor. Mit dem Scheitern und dem Zusammenbruch der Sowjetunion stieg ein Land der westlichen Hemisphäre, nämlich die Vereinigten Staaten, zur einzigen und im Grunde ersten wirklichen Weltmacht auf."* (Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht, Frankfurt (M.), 1999, S. 15) Die Sowjetunion konnte im bipolaren Wettrüsten mit den USA weder ökonomisch noch militärisch mithalten und mussten infolgedessen zusammenbrechen. Die USA waren die bei weitem fortgeschrittenere Gesellschaft auf dem Boden des warenproduzierenden Systems. Sie waren im Kalten Krieg unter dem Dach der „Pax Americana" in die Rolle eines „ideellen Gesamtimperialisten" hineingedrängt worden, der jenseits der bloßen nationalen Expansion operierte. Bestimmend war nicht mehr der Gedanke eines eigenen imperialen „Großraums" und einer dazugehörigen „Großraumwirtschaft" (wie im polyzentrischen Wettringen um die Weltherrschaft), sondern die globale Absicherung der kapitalistischen Produktionsweise als solcher. Die USA wurden insofern zur „Schutzmacht des Kapitals" in seiner privatkapitalistischen, westlichen Form gegen die als Störprinzip empfundene staatskapitalistische. Dieser Charakter konnte und kann eben nicht identisch sein mit einem nationalen Expansionsinteresse. Im Zeitalter der Globalisierung, also der Transnationalisierung des Kapitals, in dem die entstehenden multinationalen Konzerne sich aus ihrem nationalen Zusammenhang heraus verselbständigen, kann es eine stur national ausgerichtete, imperialistische Expansionspolitik nicht mehr geben, da sie wider dem Interesse des transnationalen Kapitals handeln würde. Oder zugespitzt formuliert: Was soll da noch expandieren, wenn sich das warenproduzierende System weltweit durchgesetzt hat und das

Kapital selbst schon transnationalen Charakter trägt – also bereits expandiert ist? Die Rolle, die einer Weltmacht heute noch zufällt, ist die eines „ideellen Gesamtimperialisten" - also die eines im nationalen Bezugsrahmen verhafteten Staates, der seine Interessen nunmehr allein dadurch vertreten kann, indem er stellvertretend den reibungslosen Ablauf der Verwertung für das transnationale Kapital schützt und durchsetzt. *„Was als 'nationales Interesse' der USA bezeichnet wird, ist in Wahrheit der unlösbare Widerspruch zwischen Globalismus und Nationalismus. Die USA müssen Funktionen eines Weltstaats übernehmen, ohne Weltstaat sein zu können."* (Robert Kurz: „Der Krieg gegen die Krise")

Wer ist der bessere „Gesamtimperialist"?

Derzeit gibt es somit eine Weltmacht in einem monozentristischen kapitalistischen Weltsystem, die darauf bedacht sein muss, dieses Weltsystem trotz aller Krisenhaftigkeit am Laufen zu halten - und dies immer mehr auch mit militärischen Mitteln.1 Stellt sich nun die Frage, ob Europa bzw. die EU in der Lage ist, den USA diesen Rang streitig zu machen. Dies muss es sowohl ökonomisch als auch militärisch sein.

Globale Krise und massive Verschuldung der USA

Die heutige Krise an den Finanzmärkten und die Krise der Weltwirtschaft hat eine völlig neue Qualität in der Geschichte des Kapitalismus. Die bisherigen Wirtschaftskrisen betrafen immer bestimmte Erdteile, stellten aber nie eine globale Bedrohung dar. Die heutige drohende Wirtschaftskrise hat jedoch globalen Charakter. Der Grund für den wirtschaftlichen Zusammenbruch in den südamerikanischen und asiatischen Ländern liegt einfach daran, dass diese Länder, wie auch alle noch halbwegs funktionierenden Staaten dieser Welt, ökonomisch von den USA abhängig sind. Die Weltwirtschaft hängt an dem seidenen Faden der Wallstreet. Seit zwei Jahren aber sehen wir, dass die Kurse nur noch eine Richtung kennen: nach unten. Wenn man die heutige Situation mit der vor zehn oder zwanzig Jahren vergleicht, dann sieht man, dass die US-Verschuldung unvorstellbare Dimensionen erreicht hat und keine Lösung in Sicht ist. Handels- und Leistungsbilanzdefizit der USA wachsen seit Ende der 70er Jahre stetig (mit ein paar konjunkturbedingten Unterbrechungen) an und haben bereits astronomische Größenordnungen von 38,0 Mrd. bzw. über 550 Mrd. US-Dollar erreicht (DekaBank, Januar 2004). Die Staatsverschuldung lag Ende 2003 bei über 6.400 Mrd US-Dollar (DekaBank, Januar 2004). *„Die USA konsumieren immer mehr, während sie immer weniger produzieren; sie kaufen auf Pump, ohne selber zu sparen."*(Robert Kurz: „Ein Schisma des Westens?") Das überschüssige Kapital der ganzen Welt, das aufgrund von globalen Überkapazitäten nicht mehr rentabel investiert werden kann, wird in den USA in Form von Aktien und Staatsschuldenpapieren angelegt. Mit den immensen Geldschulden im Ausland kaufen die USA die überschüssigen Waren derselben Länder auf. *„Sie saugen das Geldkapital der Welt auf, um damit die Warenströme der Welt aufzusaugen."* (Robert Kurz: „Ein Schisma des Westens?") Für jene würden sich sonst aufgrund von Kaufkraftmangel, Rationalisierung, Massenarbeitslosigkeit und -armut keine Käufer mehr finden. *„Die fällige Weltwirtschaftskrise wird damit gemildert und ständig weiter hinausgeschoben. Fast scheint es so, als hätte der globale Kapitalismus dank der Absorptionsfähigkeit der letzten Supermacht das ökonomische Perpetuum mobile erfunden."* (Robert Kurz: „Inflation des Dollar", 2003)
Robert Kurz gibt zu bedenken, dass die Export-Einbahnstraßen in die USA nach dem Lehrbuch ein Ding der Unmöglichkeit sind. *„Eine Nationalökonomie kann nicht auf Dauer derart viel importieren, als sie exportiert. Wenn die USA nicht durch gesteigerte Exporte nach Asien, Europa usw. selber den Ausgleich wieder herstellen, müssen die immensen Ungleichgewichte früher oder später zu einer gewaltsamen ökonomischen Kontraktion führen."* Der ständige Zufluss ausländischen Geldkapitals in die USA läuft auf nichts anderes hinaus, als auf eine „galoppierende Inflation", den Ruin des Geldes selbst: Die Dollarmenge wird durch das in Fremdwährungen zufließende und in Dollars gewechselte Geld



1„Je mehr Menschen durch die dritte industrielle Revolution als 'Überflüssige' stigmatisiert werden, je mehr Nationalökonomien und Nationalstaaten zusammenbrechen, und je mehr dadurch die Verwertung von Kapital an absolute historische Grenzen stößt, desto stärker werden die USA als nationale Weltmacht dazu gedrängt, auf einen globalen Notstand zu reagieren und eine Art Ausnahmezustand über den gesamten Planeten verhängen. Da jedoch die politische Regulation einer transnationalen Ökonomie unmöglich ist, wird das Verhalten der letzten Weltmacht immer irrationaler und gewaltsamer. " (Robert Kurz: „Der Krieg gegen die Krise")

permanent aufgebläht. Der inflationäre Mechanismus ist vorläufig gefiltert durch die Grenzen der Währungsräume (ausländische Gläubiger-Positionen). Da aber die Binnenkaufkraft einer Währung nicht unabhängig vom Außenwert derselben ist, so hat ein drastischer Verfall des Außenwerts eine starke Inflation auf der binnenökonomischen Ebene zur Folge. Hinzu kommt, dass bei weiter steigenden Außendefiziten der Geldkapitalfluss sehr wahrscheinlich ins Stocken geraten wird und somit der Außenwert des Dollars rapide absackt. *„Die dann unvermeidliche Dollarinflation wird allerdings nicht nur die Binnenökonomie der USA in die Knie gehen lassen,*

» Was soll da noch expandieren, wenn sich das warenproduzierende System weltweit durchgesetzt hat und das Kapital selbst schon transnationalen Charakter trägt – also bereits expandiert ist? «

sondern auch die Exportmaschine der übrigen Welt zum Stehen bringen.“ (Robert Kurz: „Inflation des Dollar, 2003) So schreibt auch die DekaBank in einer Prognose im Januar 2004: *„Der wahrscheinlichste realwirtschaftliche Effekt einer ‘Politik des schwachen Dollars’ der US-Administration ist eine tendenzielle Belastung der Nachfragedynamik in den USA im nächsten Jahr. ... Das hohe Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten schwebt als Damoklesschwert über der Weltwirtschaft.“*

Ein ökonomischer Rettungsanker für die USA ist allerdings nicht in Sicht. Die vermeintlich aus harten wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführten Kriege im Irak und in Afghanistan treiben die USA vielmehr weiter in die Verschuldung hinein. Schon der erste Irakkrieg hat die USA seit den 90ern wieder in eine Binnenverschuldung gestürzt. Die amerikanischen Unternehmen wagen wie jedes Unternehmen keinen Versuch, einen Standort in dem Irak aufzubauen. Das liegt erstens daran, dass es nicht rentabel genug wäre, dort ein Unternehmen zu eröffnen. Die Iraker haben nicht annähernd eine so hohe Kaufkraft, um die Nachfrage nach den Waren eines bestimmten Unternehmens in diesen Gebieten zu erhöhen. Zweitens bräuchte es eine staatliche Institution, die für die Sicherheit der amerikanischen Unternehmen garantieren würde, was eine funktionierende Wirtschaft voraussetzen müsste. Doch genauso wenig wie in Bosnien oder Afghanistan könnte ein irakischer Staat für die Sicherheit dieser Unternehmen garantieren. Und die US-Schutztruppen in diesen Ländern reichen beim besten Willen nicht aus, was nicht zuletzt die Ermordung des serbischen Präsidenten und die Attentate auf US-Soldaten in Afghanistan zeigen.

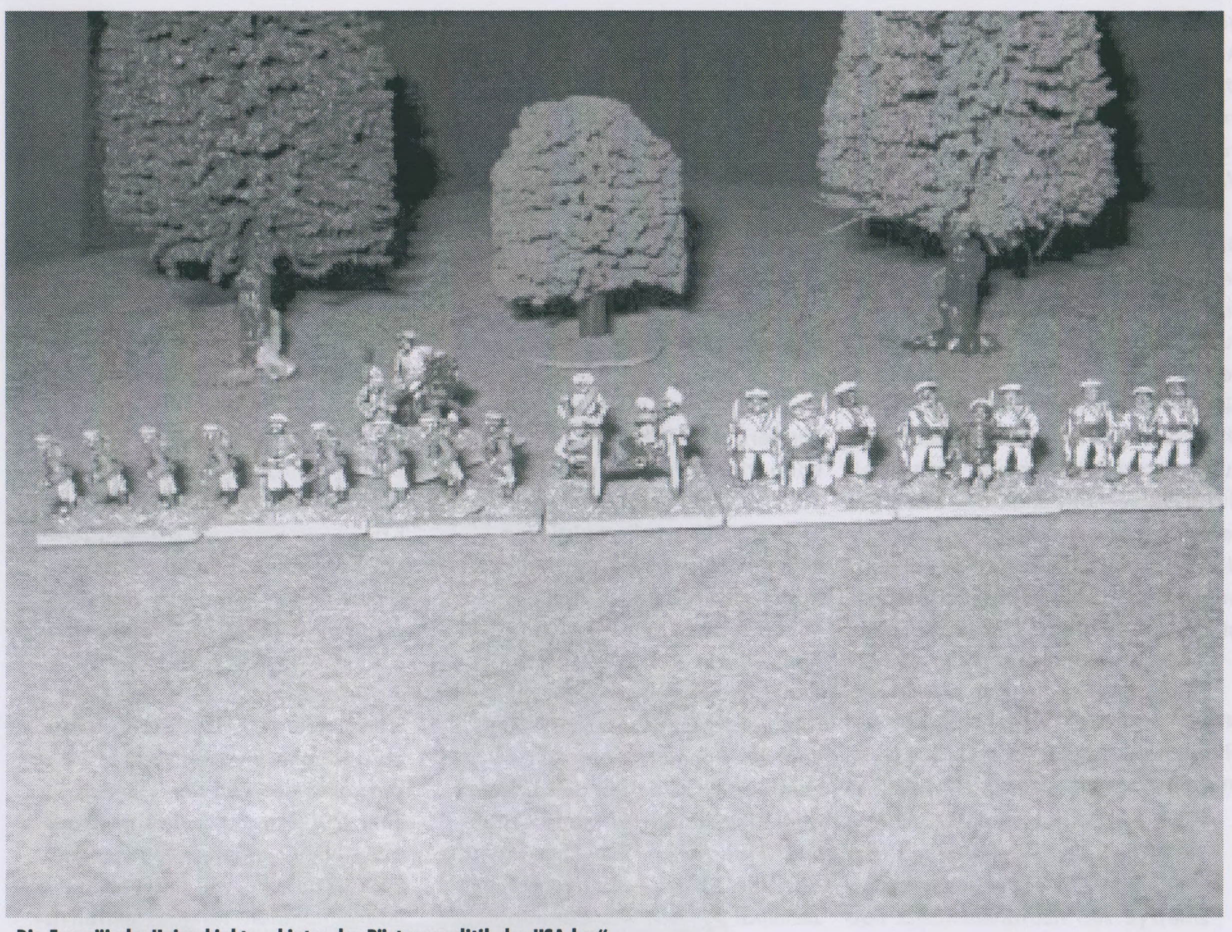
Die Weiterverschuldung der USA hat ihre Grenzen. Die USA werden als erste zusammenbrechen, eben weil sie so stark sind.

Als Frage steht nun an, ob die Europäische Union in der Lage ist, sich von der ökonomischen Abhängigkeit von den USA zu lösen und nun selbst mit den USA um die Vormachtstellung zu konkurrieren. Betrachten wir zunächst die ökonomischen Potenzen.

Ökonomische Potenzen der Europäischen Union

Die jüngsten Berechnungen des deutschen Wirtschaftsforschungsinstituts bezüglich der Wirtschaftsleistungen von USA und EU ergaben (www.politik-forum.de): *„Die USA ziehen der EU wirtschaftlich weiterhin davon. Die Wirtschaftsleistung der Amerikaner (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf) liegt nach den jüngsten Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstituts um satte 40 Prozent über der der EU-Bürger. Der Abstand vergrößert sich trotz aller von der EU proklamierten Aufholjagden noch. Und in allen Hochtechnologiesektoren - mit Ausnahme der Mobiltelefonie - haben die Amerikaner die Nase vorn.* „Dieser Abstand ist seit Jahrzehnten nahezu unverändert, so Karl Aiginger, Ökonom des Wirtschaftsforschungsinstituts. Aiginger weist darauf hin, dass von einem Aufholprozess des alten Kontinents weit und breit nichts zu sehen sei. Im Gegenteil: Bei der Produktivität haben die USA ihren ohnehin schon deutlichen Vorsprung in den letzten sieben Jahren noch einmal um die Hälfte vergrößert. Von Aiginger zusammengestellte Zukunftsindikatoren lassen darauf schließen, dass Europa weiter ökonomisch zurückfallen könnte. Von 16 für die wirtschaftliche Entwicklung relevanten Faktoren wie Bildung, Forschung oder Handy- und Internet-Dichte haben die USA bei 14 die Nase vorn. Allerdings sind laut dem Wifo-Forscher die Absturz-Risiken für die amerikanische Wirtschaft ebenfalls beträchtlich: Armut, ungleiche Einkommensverteilung, Analphabetismus, Obdachlosigkeit und Kriminalität bilden ein nicht zu unterschätzendes Drohpotential für die Prosperität.

Investment Communications Frankfurt/Luxemburg/Zürich gehen davon aus, dass die USA auch 2004 der größte Wachstumsmotor sein werden, allerdings bestünden für sie auch die größten Risiken. Die Rolle der USA als globaler Wachstumsmotor bedeute gleichzeitig ein Anhalten der Dollarschwäche, wobei die bereits erfolgten Kursrückgänge eine Besserung der Handelsbilanz und ein Nachlassen des Abwärtstrends erwarten lassen. Die Wirtschaftsdaten der Euro-Zone würden besser, blieben jedoch erheblich



„Die Europäische Union hinkt ... hinter der Rüstungspolitik der USA her"

hinter denen der USA zurück. Der Euro-Kurs wird bedingt durch Dollarkäufe weiter steigen. Die Gewinnaussichten für Aktien aus Europa sind weiterhin niedriger als aus den USA.

In einer Studie der *DekaBank* (Januar 2004) heißt es: *„Die bereits vollzogenen und weiter prognostizierte Aufwertung des Euro hat ernst zu nehmende Konsequenzen für die Wirtschaft Eurolands. Wenn man von den ständig neuen, vor allem von Verbandsvertretern genannten, 'Schmerzgrenzen' für den Euro absieht, so ist ... zu konstatieren, dass insbesondere von einer schnellen, kräftigen Aufwertung ein deutlicher Bremseffekt für den Außenhandel ausgeht."* Ebenso wird ein Rückgang der wirtschaftlichen Stimmung als auch des Industrievertrauens konstatiert. Das Konsumentenvertrauen verharrt unverändert bei -16 Punkten und bleibt damit weiterhin deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Auch für Deutschland, eines der stärksten Industrieländer der EU sind die Bilanzen für das Jahr 2003 nicht gerade rosig: *„Nach drei Jahren Stagnation mit zwei Rezessionen markiert das Jahr 2003 einen traurigen Schlusspunkt: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt schrumpfte um 0,1 %, das ist der erste Rückgang im Jahresdurchschnitt seit 1993. Nicht viel besser wird das Urteil, wenn man auf die Quellen des Wachstums, oder besser gesagt der Schrumpfung schaut. Allein der Staatskonsum und die Vorratsveränderungen lieferten positive Wachstumsbeiträge. Dagegen bremsten der Private Konsum, die Ausrüstungsinvestitionen, die Bauinvestitionen und die Nettoexporte die wirtschaftliche Entwicklung.*

Innovation gilt als eine der Hauptantriebskräfte der Wirtschaft. „Betrüblich" ist auch in diesem Bereich die Faktenlage bezüglich der EU (*„Europäischer Innovationsanzeiger 2003", herausgegeben von der Europäischen Kommission): „Generell: die Innovationsleistung der EU-Mitgliedstaaten liegt weiterhin hinter den USA" Es besteht ein deutliches Gefälle zwischen der EU und den USA bei 11 Innovationsindikatoren, im Bezug auf Humanressourcen führt bleibt das große Gefälle bei den tertiären Bildungsabschlüssen bestehen, und auch die EU-Führung bei den W&T (Wissenschaft & Technik)-Indikatoren wird nicht ausgebaut, bei den F&E (Forschung & Entwicklung)-Indikatoren der Wirtschaft zeichnet sich eine Erholung ab, doch seit 2001*

gehen die öffentlichen F&E-Aufwendungen erneut immer stärker zurück, in der EU steht inzwischen etwas mehr Risikokapital zur Verfügung, doch bleibt das Gefälle enorm.

Die beispielhafte Darstellung der wirtschaftlichen Lage in der Europäischen Union im Vergleich zu den Vereinigten Staaten sollte verdeutlicht haben, dass derzeit nicht von einem Überrollen der USA durch ein boomendes Europa zu sprechen ist. Vielmehr wirkt sich die schlechte Situation der schwer verschuldeten und inflationären USA negativ auf das in Rezession begriffene Euroland aus.2 Damit ist kein Überholen zu machen. Sehr

2 „Die Schwäche der letzten Weltmacht ist auch die Schwäche Europas und die Schwäche aller übrigen Weltregionen.(Robert Kurz: „Ein Schisma des Westens?"

» Als Fazit lässt sich festhalten: Die Europäer sind nach ihrem heutigen Stand und ihren Perspektiven dem Hegemon USA nicht gewachsen. «

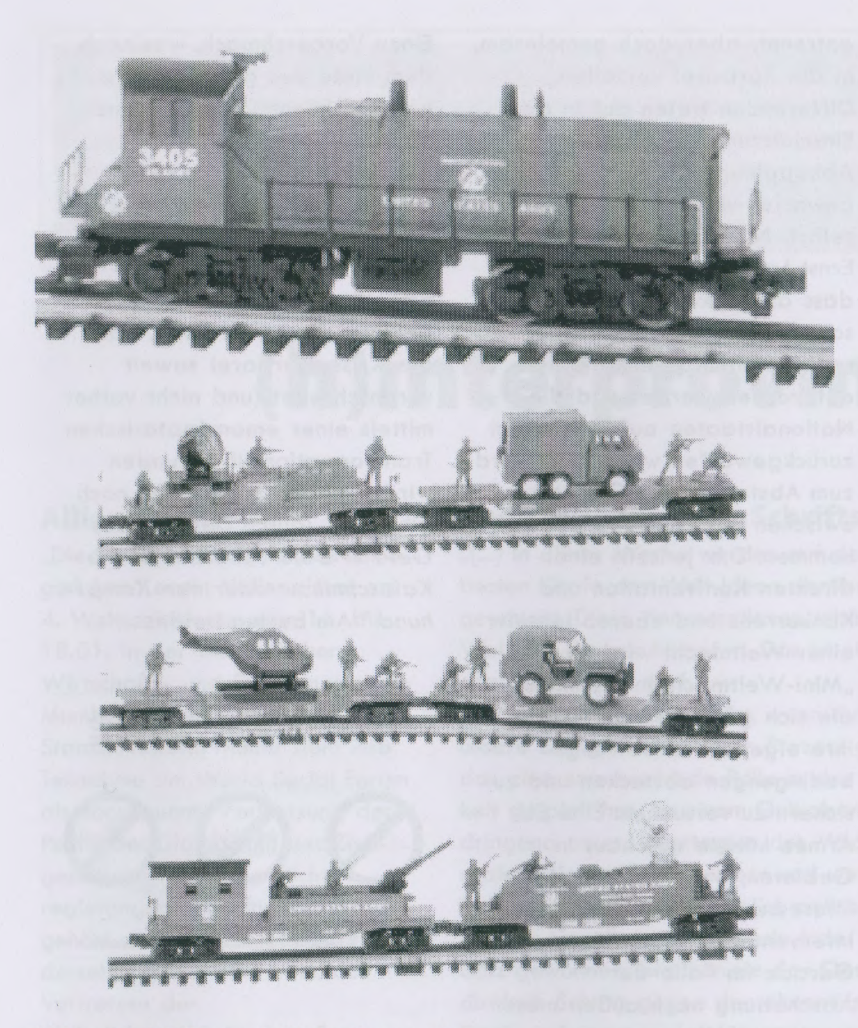
wahrscheinlicher ist, dass die USA perspektivisch nicht mehr in der Lage sind, ökonomisch ihre Weltmachtstellung weiter zu behaupten und mit diesem Verlust ihrer Potenzen u.a. auch Europa in eine tiefe Wirtschaftskrise mit sich reißen werden.3 Und wer soll dann noch die Fähigkeit bzw. Macht haben, sich zu einer neuen Weltmacht emporzuheben?? *„So gesehen kann es gar nicht um die Ablösung der US-Hegemonie durch eine andere (europäische oder eurasische) Hegemonie gehen. In Wirklichkeit sind die zentralen westlichen Staaten allesamt auf die imperiale Struktur der Pax-Americana angewiesen, in die sie durch den Prozess der Globalisierung und den damit verbundenen Defizit-Kreislauf negativ integriert sind."* (Robert Kurz: „Ein Schisma des Westens?")

3 „Das unausweichliche Ende der Ära des 'fiktiven Kapitals' droht nicht nur die völlig überschuldete US-Ökonomie in den Abgrund zu reißen und die schwelende Weltwirtschaftskrise zum globalen Flächenbrand auszuweiten, sondern in der weiteren Perspektive auch die Finanzierbarkeit der US-Militärmaschinerie in Frage zu stellen und das Ende der globalen Hegemonie herbeizuführen(Robert Kurz: „Der Krieg gegen die Krise")

Aber betrachten wir nun die militärischen Potenzen der EU gegenüber den USA. Wird die EU perspektivisch in der Lage sein, mit der Militärmaschinerie der USA gleichzuziehen oder diese gar zu übertrumpfen, tot zu rüsten?

Europas militärische Potenzen

Politische/militärische Konkurrenz gab es nach 1945 bis heute eigentlich keine zwischen den Ländern des Zentrums, Militärisch kooperieren diese Länder im Rahmen der NATO und anderen Organisationen. Es existieren keine Anzeichen von momentanen Rüstungswettläufen zwischen den Ländern des Zentrums. Die großen Zentren der Aufrüstung sind laut den Jahrbüchern des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI und des Bonner Konversionszentrums BICC neben den USA vor allem Russland, der Nahe Osten und Südostasien. Der Rüstungsetat der USA ist heute immer noch zehnmal so hoch wie der von Frankreich, Deutschland und Großbritannien zusammengenommen. Die existierenden Unterschiede beziehen sich in Wirklichkeit auf die Frage, wie mit dem Süden, der sogenannten „Dritten Welt", umgegangen werden soll.
Die Europäische Union hinkt heute zehn, fünfzehn Jahre hinter der Rüstungspolitik der USA her, hat aber durchaus vergleichbare Rüstungsprogramme. Sie will vor allem mit diesen Rüstungsprogrammen und der neuen Eingreiftruppe von sechzigtausend Mann, die aufgestellt werden soll, in Zukunft Kriege auf eigene Rechnung und für eigene Ziele führen können - unabhängig von der Nato und den USA.
Allerdings tun sich die EU-Mitgliedstaaten häufig schwer, eine gemeinsame Sprache in der Außen- und Sicherheitspolitik zu finden. Dies wird nach dem Ende des Ost-West-Konflikts um so deutlicher (Jugoslawien: Anerkennungs- und Separationspolitik Frankreich/Großbritannien vs. Deutschland, beim NATO-Bombardement waren alle EU-Staaten auf Seiten der USA - im Verlaufe des Krieges traten differierende politische Interessen [v.a. Truppentransports- und Informationspolitik]) zwischen ihnen und den USA deutlich zutage. Und im letzten Irak-Krieg gelang den USA, einen Keil zwischen die EU-Staaten zu treiben, die Beitrittsländer eingeschlossen: Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg enthielten sich einer direkten Kriegsbeteiligung, Großbritannien, Spanien und Polen traten direkt in den Krieg ein, andere Staaten, wie Italien unterstützten offensiv die Politik der US-Regierung.
Hinzu kommt, dass die geplante europäische Eingreiftruppe aufgrund des von den USA im Jahr 2002 geforderten Aufbaus einer NATO-eigenen „Schnellen Eingreiftruppe" zur „Abwehr internationalen Terrors" mittelfristig wieder von der Tagesordnung ist. Bei der Mehrzahl der NATO-EU-Staaten reichen die Truppen-Kontingente einfach nicht aus, um sich an beiden zu beteiligen, und die NATO-Eingreiftruppe hat zeitlichen Vorrang. Außerdem verzichtet die EU, auch auf Druck der USA hin, eigene Führungsstrukturen (Militärstab, Militärausschuss mit den Generalstabschefs der EU-Länder, politischen Ausschuss) aufzubauen - die europäische Eingreiftruppe soll Zugang zu Führungsstrukturen, Aufklärungsmitteln, Mittelmeerflotte und Treibstoffpipelines der NATO erhalten. Von einer militärischen Beistandspflicht wurde, auf Drängen der neutralen Mitgliedsländer und der NATO hin, ebenfalls Abstand genommen und allein eine „Solidaritätsklausel" auf dem EU-Reformkonvent verabschiedet.
Den Rüstungsvorsprung der USA werden die EU nicht aufholen



US-Army: Uneinholbarer militärischer Vorsprung?

können; dagegen spricht schon allein ein äußerer Faktor: *„In dem halben Jahrhundert nach 1945 hat der militärisch-industrielle Komplex der westlichen Supermacht die neuartige Dimension der 'permanenten Kriegswirtschaft' angenommen. Der Kern dieses Komplexes wurde in der Zeit der globalen Prosperität zwischen dem Korea- und dem Vietnamkrieg aufgebaut. Ein derartiger Kraftakt ist schon deshalb nicht wiederholbar, weil die Quellen der Prosperität längst versiegt sind, die es erlauben würden, noch einmal die Basis einer vergleichbaren unproduktiven Militärindustrie zu finanzieren. Darauf aufbauend, konnten allein die USA in der Ära der 'Reaganomics' einen zweiten historischen Schub der Aufrüstung auf den Weg bringen, auch wenn dieser bereits durch eine historisch beispiellose Defizit-Ökonomie erkauft war.“* (Robert Kurz: „Ein Schisma des Westens?“) So bildete, wie bereits in meinem Text „Vom Nationalimperialismus zum ideellen Gesamtimperialismus“ ausgeführt, die aufgeblähte Rüstungsmaschine der USA in den 80er Jahren eine der Ursachen für den Kollaps der Sowjetunion, die das Wettrüsten nicht mehr mithalten konnte. Und in den Weltordnungskriegen der 90er Jahre hat sich dieser Abstand der USA gegenüber allen anderen Staaten weiter vergrößert.

Als Fazit lässt sich festhalten: Die Europäer sind nach ihrem heutigen Stand und ihren Perspektiven dem Hegemon USA nicht gewachsen. Ihre militärische Potenz reicht nicht aus, um mit den USA als globale Interventionsmacht zu konkurrieren. Ihre wirtschaftliche Kraft ist bedeutend geringer, ihre Abhängigkeit vom US-Markt wächst.

Nach dem Zusammenbruch des gegenwärtigen Regelungssystems (internationale Ordnung/ UNO und Sicherheitsrat) und mittelfristig gesehen dem sehr wahrscheinlichen Verlust der Vormachtstellung der letzten Weltmacht USA wird es keinen neuen imperialen Machtkampf geben, bei dem sich Europa als neue Weltmacht herausstellen könnte. Es existieren zwar durchaus europäische Profilierungsversuche gegenüber den USA - aber diese sind eher als Kompetenzgerangel zu interpretieren und nicht als Geltendmachen eines eigenständigen imperialen Anspruchs.4 Es gibt heute keine glaubwürdigen aggressiven neuen Mächte, die den Zusammenbruch des Systems aufhalten könnten. Europa könnte selbst in Jahrzehnten den militärischen Vorsprung der USA nicht einholen, dazu fehlt einfach das Geld. Und erst recht wird dieses Geld in einer Weltwirtschaftskrise fehlen, wenn die USA als Wachstumsmotor der Weltwirtschaft ausgefallen sind. Eine grundsätzliche Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses würde zudem den ökonomischen Ruin der EU bedeuten.

Was kommt nach dem Zusammenbruch des „ideellen Gesamtimperialisten“?

„Der 'ideelle Gesamtimperialismus' steht auf hoffnungslosem Posten im Kampf gegen eine Hydra, deren Köpfe er selbst tagtäglich durch sein eigene weltbeherrschendes, aber nicht mehr reproduktionsfähiges System nachwachsen lässt. ... Der Versuch, in einer ökonomisch

deterritorialisierten Welt die vom Weltmarkt verwüsteten Großterritorien mit einer deterritorialisierten Hightech-Weltpolizei im Zaum zu halten, ist zum Scheitern verurteilt." (Robert Kurz: „Weltordnungskrieg", S. 79)

Wenn nun als Perspektive erkennbar ist, dass die USA mittelfristig sich sowohl ökonomisch ihre Stellung als Weltmacht nicht mehr leisten können als auch militärisch nicht in der Lage sein werden, ihre Rolle als „ideeller Gesamtimperialist" zu meistern – zusätzlich auch kein anderes Land in der Lage sein wird, diese Rolle zu übernehmen, was passiert dann? Was kommt nach dem Zusammenbruch des „ideellen Gesamtimperialisten"?
Diesbezüglich möchte ich zwei Positionen innerhalb der wertkritischen Zusammenhänge der Nürnberger Gruppe „Krisis" vorstellen, die sich in dieser Frage uneins sind. Vertreten werden diese Positionen vorrangig von Robert Kurz auf der einen sowie Ernst Lohoff und Norbert Trenkle auf der anderen Seite. Zunächst zu den Gemeinsamkeiten: Beide Positionen sind sich darin einig, dass nach dem Verlustigwerden der Weltmachtrolle der USA keine Nation bzw. kein Staatenbündnis in der Lage sein wird, diese Position zu übernehmen, da die führenden Industrieländer selbst vom ökonomischen Fall hart getroffen werden. Das Ende des gemeinsamen ökonomischen und politischen Bezugssystems wird eingeläutet – es kommt zur Abkopplung. Auch die entwickelten westlichen Länder werden dann auf sich selbst und ihre Krisenbarbarei zurückgeworfen, wie es jetzt schon die Regionen der globalen Peripherie vorexerzieren. Man wird auf Notstandsniveau auf überschaubarem Raum weitermachen und getrennt, aber doch gemeinsam, in die Barbarei verfallen. Differenzen treten auf in der Einschätzung der Tragweite der Abkopplung und des Zurückgeworfenwerdens auf sich selbst. Norbert Trenkle und Ernst Lohoff sind der Ansicht, dass die Abkopplung nicht soweit geht, dass sämtliche regionalen Staatenbündnisse aufbrechen werden und die Nationalstaaten auf sich selbst zurückgeworfen werden. Es wird zum Abstecken von Claims z.B. zwischen den USA und der EU kommen. D.h. jenseits einer direkten Konfrontation und Konkurrenz und ebenso jenseits einer Weltmacht wird es zu „Mini-Weltmächten" kommen, die sich getrennt voneinander ihre eigenen Verwertungsbedingungen abstecken und zu sichern zu versuchen. Eine EU-Armee könnte durchaus in Gebieten, wo die USA kein Interesse (mehr) haben, Interventionskriege führen. Gerade im Falle der Abschottung nach außen müssten Interventionsarmeen durchaus notwendig werden, um die eigenen Interessen zu bewahren und z.B. den Zugriff auf Rohstoffen abzusichern. Robert Kurz nimmt im Gegensatz dazu an, dass sich Europa sowohl von den USA als auch von der Peripherie abkoppeln wird. Der Prozess der Krise wird sich (allein) nach innen richten: Bürgerkriege, Krisendikatatur/-verwaltung, „Endlösung der Sozialen Frage", Grenzen zwischen Polizei und Armee verschwinden (als Teil der Barbarisierung). Wenn eine EU-Eingreiftruppe jemals zustande kommt, dann wird sie keine militärische Potenz für großflächige Interventionen haben, nicht mal zur Rohstoffabsicherung. Es ist eher wahrscheinlich, dass sie (insoweit existent) sich auflösen wird. Einen Vorgeschmack, was nach dem Ende des globalen Systems kommen könnte, gibt es seiner Meinung nach im Irak: die Auflösung von nationalstaatlichen Armeen zu guerillaähnlichen Verbänden, Warlords und Selbstmordattentäter. Die einzigste Perspektive, die es, im Falle, dass die Krisenbarbarei soweit voranschreitet (und nicht vorher mittels einer emanzipatorischen Transformation überwunden wird), geben kann, dann noch gibt, ist: *„Tausch Dein ganzes Geld in Gold um. Kauf Dir ne Kalaschnikow oder nen Kampfhund."* Am besten beides...

1„Der Dissens innerhalb des Westens ist ein Ausdruck dieser gemeinsamen Krise im Kontext der Globalisierung. Nur oberflächlich nimmt er die Form eines Gegensatzes von nationalen Regierungen ... an. ... Der Gegensatz ist kein substanzieller, weil es um die Verteidigung des gemeinsamen Bezugssystems geht. ... Der Konflikt ist ein faktischer und legitimatorischer. Die 'Legitimisten' wollen die Weltordnungskriege nach außen weiterhin durch die institutionelle Legitimation von 'Souveränität'., Völkerrecht und UNO flankieren, wie ... auch für das Regime der sozialen Repression nach innen Restbestände staatlicher Kompetenz ... beibehalten... Die Hardliner dagegen sind bereit, unter Führung der USA zu einer Art globalen Militärdiktatur überzugehen, die nach außen wie nach innen mit allen institutionellen Regeln bricht, die Krisenverwaltung verschärft und die Globalisierung rücksichtslos vorantreibt.(Robert Kurz: „Schisma des Westens")

Im folgenden dokumentieren wir Originalpassagen vom und über das 4. Weltsozialforum, welches vom 16.-18.01. in Mumbai (Indien) stattgefunden hat und welches die globalen Tendenzen hin zum Antiamerikanismus illustrierte, indem sich das Forum einig war in der Bekämpfung des großen Schuldigen an den Krisen der Welt: der USA.

(h)interprovinziell EXTRA

Allianzen

„Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Kerstin Müller nimmt am 4. Weltsozialforum vom 16. bis 18.01. in der westindischen Wirtschafts- und Finanzmetropole Mumbai (Bombay) teil. Staatsministerin Müller sieht ihre Teilnahme am World Social Forum als konsequente Fortsetzung der Politik des Dialogs mit der Zivilgesellschaft und den Nichtregierungsorganisationen. Dazu gehört auch die offene Auseinandersetzung mit internationalen Vertretern der globalisierungskritischen Bewegung. Auch wenn man in der Sache nicht immer gleicher Meinung sei, sei es dennoch wichtig, sich mit den Argumenten der Bewegung auseinander zusetzen und den Dialog zu führen, betonte Müller. Die Globalisierung gerecht und nachhaltig zu gestalten, sei eine zentrale Herausforderung der Staatengemeinschaft.
Auf dem Programm von Kerstin Müller stehen u.a. Veranstaltungen zu den Herausforderungen der Globalisierung für den Nationalstaat, zu aktuellen Fragen der Welthandelsorganisation nach dem Scheitern der Konferenz von Cancún sowie zur Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten und bei der Friedenssicherung.“

http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=5254

Rede der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy

„(...) In dieser Woche werden auf dem Weltsozialforum einige der besten Köpfe der Welt Ideen darüber austauschen, was um uns herum geschieht. Diese Konversationen schärfen unsere Vision über die Art von Welt, für die wir kämpfen. Das ist ein vitaler Prozess, der nicht untergraben werden darf.
Dennoch besteht das Risiko, wenn auf Kosten wirklicher Aktion alle unsere Energien auf diesen Prozess gerichtet werden, dass das WSF, das eine entscheidende Rolle in der Bewegung für globale Gerechtigkeit gespielt hat, zu einem Guthaben unserer Feinde wird. Wir müssen dringend unsere Strategien des Widerstands diskutieren. Wir müssen reale Ziele ins Visier nehmen und wirklichen Schaden anrichten. Gandhis Salzmarsch war nicht lediglich politisches Theater. Als in einem simplen Akt von Ungehorsam Tausende Inder zum Meer marschierten und dort ihr Salz gewannen, brachen sie das Gesetz der Salzsteuer. Das war ein direkter Schlag gegen den ökonomischen Unterbau des britischen Empires. Er war real. Während unsere Bewegung einige wichtige Siege errungen hat, dürfen wir gewaltlosen Widerstand nicht zu ineffektivem, wohlgefälligem politischen Theater verkümmern lassen. Er ist eine sehr kostbare Waffe, die ständig geschärft und justiert werden muss. Es darf nicht erlaubt werden, dass sie lediglich zum Spektakel, zu einer Fotomöglichkeit für die Medien wird.
Es war herrlich, als am 15. Februar vorigen Jahres zehn Millionen Menschen auf einer eindrucksvollen Demonstration öffentlicher Moral, zehn Millionen Menschen auf fünf Kontinenten gegen den Krieg in Irak marschierten. Es war wunderbar, aber es war nicht genug. Der 15. Februar war ein Wochenende. Niemand musste einen Arbeitstag verpassen. Feiertagsproteste stoppen keine Kriege. George Bush weiß das. Die Selbstsicherheit, mit dem er die überwältigende öffentliche Meinung missachtete, sollte uns allen eine Lehre sein. Bush glaubt, Irak kann okkupiert und kolonisiert werden, wie es mit Afghanistan geschieht, mit Tibet geschieht, mit Tschetschenien geschieht, wie es in Osttimor der Fall war und in Palästina noch der Fall ist. Er glaubt, dass alles, was er zu tun hat, ist, sich hinzuhocken und zu warten, bis die über Krisen berichtenden Medien, die dieses Thema bis auf die Knochen ausgeschlachtet haben, es fallen lassen und weiterziehen. Bald wird der Kadaver von den Bestseller-Charts rutschen, und wir, alle Empörten werden das Interesse daran verlieren. So jedenfalls hofft er.
Diese unsere Bewegung braucht einen großen, globalen Erfolg. Es ist nicht gut genug, Recht zu haben. Manchmal ist es wichtig, etwas zu gewinnen, wenn auch nur, um unsere Entschlossenheit zu testen. Um etwas

Fortsetzung von voriger Seite:

zu gewinnen, müssen wir – alle, die sich hier und dort drüben bei Mumbai Resistance versammelt haben – in etwas übereinstimmen: dass es nicht eine überlappende, vorherbestimmte Ideologie braucht, in die wir unsere geschätzten, aufrührerischen argumentativen Selbsts hineinzwängen. Es bedarf keines bedingungslosen Untertanengehorsams gegenüber der einen oder anderen Form von Widerstand, um alles andere auszuschließen. Es könnte eine Minimalagenda sein. (...)
Wenn alle von uns wirklich gegen Imperialismus und gegen das Projekt des Neoliberalismus sind, dann lasst uns den Blick auf Irak werfen. Irak ist die unvermeidliche Kulmination von beidem. Zahlreiche Kriegsgegner haben sich seit der Gefangennahme Saddam Husseins zurückgezogen. Ist die Welt nicht besser ohne Saddam Hussein? fragen sie ängstlich. Schauen wir der Sache ein für allemal ins Auge. Der Gefangennahme Saddam Husseins durch die US-Army zu applaudieren und deshalb im nachhinein ihre Invasion und Okkupation Iraks zu rechtfertigen, ist wie Jack the Ripper (den Schlächter) anzubeten, weil er den Boston-Würger ausgeweidet hat. Und das nach einem Vierteljahrhundert Partnerschaft, in der Schlächter und Würger ein gemeinsames Unternehmen betrieben. Es war ein innerbetrieblicher Streit. Sie waren Geschäftspartner, die sich wegen eines schmutzigen Deals entzweiten. Jack war der CEO, der Chief Exekutive Officer.
Wenn wir also gegen den Imperialismus sind, sollten wir dann darin übereinstimmen, dass wir gegen die US-Okkupation sind und dass wir glauben, dass die USA sich aus Irak zurückziehen und dem irakischen Volk Reparationen für die Kriegsschäden zahlen müssen? Wie beginnen wir mit unserem Widerstand? Beginnen wir mit etwas wirklich Kleinem. Die Frage ist nicht, den Widerstand in Irak gegen die Besatzung zu unterstützen oder zu debattieren, wer genau zum Widerstand in Irak gehört (Sind sie alte Baath-Killer? Sind sie islamische Fundamentalisten?) Wir müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden.
Unser Widerstand muss mit der Zurückweisung der Legitimität der US-Okkupation Iraks beginnen. Das bedeutet Handeln, um es dem Imperium unmöglich zu machen, seine Ziele zu erreichen. Es bedeutet, Soldaten sollten sich weigern zu kämpfen, Reservisten sich weigern, eingezogen zu werden. Arbeiter sollten es ablehnen, Schiffe und Flugzeuge mit Waffen zu beladen. Es bedeutet auch, daß wir in Ländern wie Indien und Pakistan die Pläne der US-Regierung zum Scheitern bringen müssen, indische und pakistanische Soldaten zum Saubermachen nach Irak zu schicken.
Ich schlage vor, dass wir auf einer gemeinsamen Abschlusszeremonie von Weltsozialforum und Mumbai Resistance zwei wichtige Unternehmen auswählen, die von der Zerstörung Iraks profitieren. Wir könnten jedes Projekt, in das sie involviert sind, erfassen. Wir könnten ihre Büros in jeder Stadt und in jedem Land der Welt lokalisieren. Wir könnten sie jagen, zur Schließung zwingen. Es ist eine Frage, unsere kollektive Weisheit und Erfahrung aus vergangenen Kämpfen für ein einzelnes Ziel einzubringen. Es ist eine Frage des Wunsches zu siegen.
Das »Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert« strebt danach, Ungleichheit fortzusetzen und amerikanische Hegemonie um jeden Preis, selbst wenn er apokalyptisch ist, zu errichten. Das Weltsozialforum verlangt Gerechtigkeit und Überleben. Aus diesen Gründen müssen wir uns als im Krieg befindlich betrachten." (http://weltsozialforum.org/news.2004.38/)

Bunte Mischung I

„(...)Auf dem vierten Weltsozialgipfel geht es um viel mehr als um die Armen, die nach wie vor als Opfer der „neoliberalistischen Globalisierung" gelten. Der palästinensische Menschenrechtler Mustafa Barghouti geißelt die Unterdrückungspolitik Israels, der irakische Aktivist Amir al Rekaby kritisiert das Vorgehen der Amerikaner in seinem Heimatland, der britische Parlamentarier Jeremy Corbyn beklagt das soziale Unrecht in der Welt, und der Star der Veranstaltung, die iranische Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi, sagt dem „Patriarchat im Osten" den Kampf an.
Irgendwann kapert noch eine Argentinierin das Podium und erinnert an das Schicksal der Verfolgten der früheren Militärdiktatur in ihrem Land. Zum Schluß hebt sie die Faust und schlägt mit ihr den Bogen zum gemeinsamen Glaubensbekenntnis: „Laßt uns kämpfen gegen Imperialismus, Diskriminierung und Neoliberalismus und alles, was uns vom Frieden fernhält!" (...)
Auf der deutschen Vorbereitungskonferenz geht es konzentriert zu. In der Mitte des Podiums sitzt Sven Giegold vom deutschen Koordinierungskreis von Attac. Er ist eingerahmt von zwei Gewerkschaftsfunktionären. Die „produktive Zusammenarbeit" wird gewürdigt, und die beiden Arbeitnehmervertreter nicken, als Giegold die Philosophie des Sozialforums erläutert und es der „Bewegung" zurechnet, daß „zwar der Irak-Krieg nicht verhindert werden konnte", aber weltweit demonstriert wurde und die Bundesregierung dagegen war.
Dann werden die Teilnehmer gebeten, sich einzeln vorzustellen. Drei Jusos. Eine Dame der Dienstleistungsgesellschaft Verdi. Repräsentanten der Rosa-Luxemburg- und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Johann aus Bremen,

der „ein Projekt suchen will". Vier Bayern vom „Verein Rechte für Menschen aus München", der „alle Probleme integrieren" will. „Detlev von Larcher von Attac", sagt einer, der früher für die SPD im Bundestag saß. Eine Studentin der Sozialpädagogik, die „ganz, ganz doll gespannt ist". Der „Geschäftsführer von Mehr Demokratie aus Berlin". Zwei Männer vom „Projekt Weltparlament". Eine Ordensfrau der Dominikaner, „verantwortlich für Frieden und Gerechtigkeit in Europa". Ein Hamburger vom „Regenbogen für eine neue Linke". Und Peter Hesse, ein Unternehmer im Ruhestand, der mit seiner Privatstiftung Erziehungsprojekte in aller Welt fördert und sich „von Linken umgeben", aber trotzdem gut behandelt fühlt. (...)
Die Deutschen gleichen einer Familie im Cluburlaub. Einer spielt lieber Golf, ein anderer bevorzugt Yoga, der dritte liebt Bogenschießen, und ab und zu trifft man sich abends am Buffet. „Ich habe mit den anderen Deutschen nicht viel zu tun", sagt Susanne Luithlen. Die Geschäftsführerin des Vereins „Jubilee Germany - erlassjahr.de" ist nach Bombay gereist, um sich mit anderen Schuldenfachleuten „zu vernetzen". Das Weltsozialforum betrachtet sie nicht als politische Kundgebung, sondern als internationale „Messe", auf der sich die professionellen Weltverbesserer weiterbilden. Um gegen die Konkurrenz auf dem Jahrmarkt der Gutmenschen bestehen zu können, hat sie ihren Workshop aktuell gemacht: „Weg mit den illegitimen Schulden des Irak. Ein alternativer Ansatz" steht auf dem Flugblatt, das sie verteilt; es gilt, über Dutzende Parallelveranstaltungen zu obsiegen.
Frau Luithlen steht ein bißchen im Widerspruch zum Massencredo, dem zufolge die Vereinigten Staaten an allen Fehlentwicklungen in der Welt schuld sind. Ausgerechnet Washington setzt sich nun aber für die Entschuldung des Iraks ein. „In dieser Frage, ich muß es zugeben, sind wir nicht weit von Bush entfernt", sagt sie leicht selbstironisch. (...)" (FAZ, 18.01.04)

Waffen, Drogen und Make-Up

„Am dritten Tag des Weltsozialforums in Bombay hat der frühere US-Justizminister Ramsey Clark zu vereintem Widerstand gegen die Regierung und Politik der Vereinigten Staaten aufgerufen. „Die Welt muss sich gegen die Vereinigten Staaten auflehnen, welche die Vereinten Nationen beherrschen und mehr Waffen angesammelt haben als der gesamte Rest der Welt", sagte der erklärte Kriegsgegner am Sonntag vor den Teilnehmern einer Gesprächsrunde zum Irak-Krieg. US-Präsident George W. Bush habe nicht nur „einen Angriffsakt" begangen, sondern betreibe geradezu „Hightech-Terrorismus". „Wir müssen Bush stürzen", forderte Clark. Auch die ägyptische Frauenrechtlerin Nawal el Saddawi rief zum gemeinsamen Kampf gegen die USA auf. „Jahrelang haben wir gegen den englischen Kolonialismus gekämpft, und jetzt geht es gegen die amerikanischen Imperialismus." Zugleich appellierte sie an die Frauen, keine Kosmetikprodukte mehr zu kaufen. „Für multinationale Firmen gibt es drei grosse Gewinnquellen", begründete sie ihren Appell. „Eine ist Waffenhandel, die andere Drogenhandel, und die dritte ist die Kosmetikindustrie." Als Frau Make-Up zu verwenden sei eine Art, „den Geist mit einem Schleier zu bedecken"." (Baseler Zeitung, 18.01.04)

Bunte Mischung II

„Die Ereignisse auf den NESCO Grounds von Goregaon, wo die meisten WSF-Veranstaltungen stattfinden, überschlagen sich. Die Vielfalt der Programme ist verwirrend. Hier strömen Tausende zum Friedenskonzert der pakistanischen Popgruppe Junoon. Dort tanzen indische Adivasi, symbolisch mit Speeren bewaffnet, gegen das Unrecht, das dieser Bevölkerungsgruppe seit Jahrhunderten angetan wird. Hier hat ein Franzose einen Büchertauschbasar eingerichtet. Dort ist unter den verschiedenen riesigen Bannern auch eines mit der Aufschrift »Bush, du bist der gefährlichste Mensch in der Welt. Hau ab! Beendet die Okkupation Iraks!« zu entdecken.
Hier erläutert eine Abordnung pakistanischer Lohars, eine hinduistische Minderheit von Schmieden, ihre miserablen Lebensbedingungen. Und dort fordert der französische Bauernführer und Globalisierungsgegner José Bové: »Nehmt die Agrarwirtschaft aus der WTO raus. Hört auf, Saaten zu patentieren. Nestle und Coca Cola, verlaßt unsere Länder!«
Während in Sprechchören »Krieg dem Big Business!« gefordert wird, erläutert die Amerikanerin Marcia Meyers, daß die USA der militärische Arm der ökonomischen Globalisierung sind und ihr Krieg den Multis den Weg bereitet, sich in fremden Ländern einzunisten. Abdul Amir Al-Rekaby von der Irakischen Nationalen Demokratischen Bewegung unterstützt sie, indem er zum Widerstand gegen die Besetzung seines Landes aufruft. Rekaby bittet die Forumsteilnehmer um Unterstützung und um die Verabschiedung einer entsprechenden Resolution. Der Aktivist am Sonntag: »Der Krieg gegen Irak ist kein Zufall und keine Ausnahme. Er ist eine politische Waffe. Wenn die USA diesen Krieg gewinnen, wird das

Auswirkungen auf die ganze Welt haben. Wir brauchen eure Hilfe«, meint er und hebt zum Schluß insbesondere die »Möglichkeit, gegen die amerikanische Besetzung zu kämpfen«, hervor." (junge welt, 19.01.04)

Abschlusserklärung des Weltsozialforums 2004

„(...) Um vor seiner Legitimitätskrise zu fliehen, nutzt der globale Kapitalismus Gewalt und Krieg, um eine gegen die Völker gerichtete Ordnung aufrecht zu erhalten. Wir fordern, dass die Regierungen dem Militarismus, Krieg und Rüstungsausgaben ein Ende setzen und verlangen die Schließung der US-Militärbasen, da sie ein Risiko und eine Bedrohung der Menschheit und des Lebens auf Erden darstellen. Wir müssen dem Beispiel des Volks von Puerto Rico Folge leisten, die die US zwangen, ihre Basis in Vieques zu schließen. Die Opposition gegen die globale Kriegsmaschinerie bleibt das Hauptziel unser Mobilisierung rund um die Welt.
Wir rufen alle Bürger der Welt auf, gleichzeitig am 20. März zu einem Internationalen Tag des Protests gegen Krieg und das durch die USA, Großbritannien und die Alliierten erzwungene Besatzungsregime im Irak zu mobilisieren.
In jedem Land entwickeln die Antikriegskräfte ihren eigenen Konsensus und Taktik, um eine so breite Teilnahme und Mobilisierung wie möglich zu garantieren.
Wir fordern den sofortigen Rückzug aller Besatzungstruppen und unterstützen das Recht der Irakis auf Selbstbestimmung und Souveränität, sowie ihr Recht auf Reparationen für alle durch Embargo und Krieg verursachten Schäden. Der Kampf gegen den Terrorismus dient nicht nur als Vorwand für die Fortsetzung des Krieges und der Besatzung im Irak und Afghanistan, sondern auch dazu, die Weltgemeinschaft zu bedrohen und anzugreifen. Gleichzeitig erhalten die Vereinigten Staaten ein kriminelles Embargo gegen Kuba aufrecht und destabilisieren Venezuela.
Wie rufen alle Menschen auf, in diesem Jahr der Mobilisierung für das palästinensische Volk maximale Unterstützung zu gewähren, insbesondere am 30. März, dem Tag des Palästinensischen Landes, gegen den Bau der Apartheidmauer.
Wir verurteilen imperialistische Kräfte, die religiöse, ethnische, rassistische und Stammeskonflikte hervorbringen, um ihre eigenen Interessen zu begünstigen, das Leid der Menschen vergrößern und den Hass und die Gewalt zwischen ihnen vervielfachen.
Mehr als 80 Prozent der gegenwärtigen Konflikte auf der Welt sind interner Art und betreffen besonders afrikanische und asiatische Gemeinschaften.
Wir verurteilen die unerträgliche Schuldensituation in den armen Ländern der Welt und ihre Nutzung zur Zwangsausübung durch Regierungen, multinationale Konzerne und internationale Finanzorganisationen. Wir fordern nachdrücklich den völligen Erlass und die Ablehnung der unrechtmäßigen Schulden der Dritten Welt. Als Vorbedingung zur Erfüllung der grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Rechte verlangen wir auch die Wiedergabe aller Gegenstände der langjährigen Plünderungen der Dritten Welt. Wir unterstützen ganz besonders den Kampf der afrikanischen Völker und ihrer sozialen Bewegungen.
Nochmals erheben wir unsere Stimmen gegen den G8-Gipfel und die Treffen des IMF und der Weltbank, die die größte Verantwortung für den Raub an ganzen Gemeinschaften tragen. Wir lehnen die Durchsetzung regionaler und bilateraler Freihandelsabkommen so z.B. FTAA, NAFTA, CAFTA, AGOA, NEPAD, Euro-Med, AFTA und ASEAN ab. Wir sind Millionen von Menschen, die im Kampf gegen unseren gemeinsamen Feind: die WTO vereint sind. (...)"

(http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Globalisierung/mumbai-dt.html

Das 4. Weltsozialforum in Mumbai - Eine Bilanz von Sven Giegold (attac Deutschland)

(...) Parallel zum Weltsozialforum fanden diverse weitere Treffen statt. Der Kongress „Mumbai Resistance" fiel besonders auf, weil dort das Forum hart kritisiert wurde. Kernpunkt der Kritik ist der Pluralismus des Weltsozialforums. Gefordert wurde vielmehr mehr politische Klarheit, man könnte es auch Enge nennen - , also eine klare anti-imperialistische und anti-kapitalistische Haltung sowie Sozialismus als konkrete Alternative zur bestehenden Weltordnung. Ob eine solche „Rückbesinnung" auf antiquierte Organisationsformen angesichts von Globalisierung der Herausforderungen und Pluralität der Antworten innerhalb der Bewegungen klug ist, muss bezweifelt werden. Das sahen wohl auch die meisten indischen Basisgruppen so, die zahlreich beim Weltsozialforum waren und dafür sorgten, dass Mumbai Resistance eine verhältnismäßig kleine Veranstaltung blieb. (...)
Beeindruckend war, wie es in Indien erstmals gelungen ist, das

Forum weitgehend ohne Beteiligung transnationaler Unternehmen zu organisieren. Fast alle Lebensmittel und Dienstleistungen kamen von lokalen AnbieterInnen. Auch bei der Finanzierung blieb das Forum ziemlich konsequent. Zuschüsse von der Ford Foundation musst draußen bleiben, genauso wie Entwicklungsgelder von Regierungen, die am Irak-Krieg teilnehmen. (...)
Das diesjährige internationale Treffen von Attac war ebenfalls ein Erfolg. Es gab einen sehr guten internationalen Erfahrungsaustausch zu den verschiedenen Kampagnen - GATS, Tobinsteuer, Steueroasen, Europäische Verfassung und Privatisierung. Von vielen Mitgliedern und mehreren Sektionen wurde bedauert, dass bei der Tobinsteuer-Kampagne wegen anderer Prioritätensetzungen viel weniger gelaufen ist als noch vor zwei Jahren. In einigen Ländern ist hier ein Umdenken im Gange. In Belgien steht der Beschluss der Tobinsteuer durch das Parlament kurz bevor. Andere Attac-Sektionen planen neue Kampagnen. Im eher technischen Teil des Treffens wurden vor allem Verfahren beschlossen: Zur Überarbeitung der internationalen Attac-Plattform und zur Gestaltung der internationalen Attac-Webseiten. An der Überarbeitung der Plattform können sich alle Aktiven beteiligen.
In der parallel zum Forum tagenden Versammlung sozialer Bewegungen wurden verschiedene Aktivitäten für dieses Jahr verabredet. Unter Anwesenheit von GewerkschaftsvertreterInnen, Anti-Kriegsbewegung, dem Kleinbauernnetzwerk Via Campesina, Friends of the Earth International, Frauennetzwerken, diversen lokalen und nationalen Sozialforen und Attac wurde beschlossen am 20. März zu einen internationalen Aktionstag gegen die Besatzung im Irak aufzurufen. Auf der Versammlung der europäischen Initiativen wurden nochmals die Aktionstage gegen Sozialabbau in Europa am 2./3. April bekräftigt. Außerdem werden die anwesenden Bewegungen zur nächsten WTO-Ministerratskonferenz in Hongkong mobilisieren, deren genauer Termin jedoch noch nicht feststeht. Auf der Versammlung der Anti-Kriegsinitiativen hat sich außerdem ein Netzwerk gegen ausländische Militärbasen gegründet. In vielen Teilen der Welt regt sich zunehmender Widerstand gegen die diversen NATO-Stützpunkte.
Großen Wirbel in den Medien erzeugte außerdem noch ein Vorschlag von Arundhati Roy. In ihrer Rede bei der Auftaktkundgebung schlug sie vor, zwei US-Konzerne durch Aktionen „dicht zu machen", die von der neoliberalen Nachkriegsordnung im Irak profitieren. So sollten die internationale Anti-Kriegsbewegung und die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung einen gemeinsamen Fokuspunkt finden. Dabei ließ sie zunächst offen, ob dies auch mit gewaltsamen Mitteln geschehen soll. In späteren Interviews stellte sie dies dann im Sinne der Gewaltfreiheit klar. Leider wurde der Vorschlag von den Versammlungen der Anti-Kriegsbewegung und der Versammlung sozialer Bewegungen nicht aufgegriffen. Zu sehr waren die Energien schon auf den Aktionstag 20. März konzentriert. Es bleibt abzuwarten, ob der Vorschlag noch ein Eigenleben entfaltet.

http://weltsozialforum.org/2004/2004.wsf.1/2004.wsf.meldungen/news.2004.50/

Studieren für Deutschland

Mit dem Ende des Semesters enden auch die Studienproteste in Leipzig. Sie haben in anschaulicher Weise die desaströse intellektuelle und politische Verfasstheit seiner TrägerInnen und der gesamten StudentInnenschaft vorgeführt.

Am 29. Januar 2004 trafen sich bei schlechtem Wetter ungefähr 1.000 ebenso schlecht gelaunte StudentInnen, um dem Ausstieg aus dem von ihnen so genannten „konstruktiven Streik" beizuwohnen. Wenig überraschend wurde gegen 14 Uhr das Ende des Streikes beschlossen, verklausuliert als „Streikpause", bis das neue Semester den jungen Wilden erneut die Möglichkeit eröffne, ihre alternativ-künstlerische Freizeitgestaltung als „Streik" der Öffentlichkeit schmackhaft zu machen.
Die Anwesenden jener Veranstaltung können die Erbärmlichkeit derselben bestätigen. Einen Tag zuvor waren in der gut informierenden *Leipziger Volkszeitung (LVZ)* in einem Leserbrief folgende Worte eines sichtlich aufgebrachten Jungkommilitonen namens Andreas B. Kramm zu lesen: „Der Versuch, diejenigen, die unter der sächsischen Bildungspolitik leiden und deswegen auf die Straße gehen, als ein paar linksradikale, unverbesserliche PDS-Anhänger und -Anhängerinnen darzustellen, ist ein Schlag ins Gesicht von Zehntausenden, die bundesweit gegen Bildungs- und Sozialabbau demonstrieren!" Überschrieben war der Brief mit den Worten: „Protestierende Studenten sind nicht linksradikal."
Dass diese Feststellung keine Selbstverständlichkeit ist, demonstrierte das links-reaktionäre Internet-Informationsportal *indymedia*, welches sich zur Kommunikationsplattform der vermeintlich linken bis linksradikalen StudentInnenproteste erhob. Der bereits erwähnte Leserbrief endet mit dankbarer Geste an die *LVZ*: „Ich bin dankbar dafür, dass Sie sich in Ihrer Einschätzung nicht von dem Geschwafel der Landesregierung beeindrucken lassen haben." Dass A. B. Kramm mit seiner Einschätzung recht hat, dass die Proteste alles sind, außer linksradikal, und wieso er sich bei der *LVZ* – die für ihre reaktionäre, Kritik-feindliche Haltung bekannt ist – ebenso zurecht für die Berichterstattung bedankt, soll folgender Artikel erläutern.

Das Szenario

Den Hintergrund für die bundesweit Ende 2003 gestarteten StudentInnenproteste ist die desaströse Haushaltslage der deutschen Universitäten und die sich seit Jahren vollziehenden Angriffe der Bundes- und Länderregierungen auf das weitestgehend offene und gebührenfreie Hochschulsystem sowie die permanenten Haushaltskürzungen, die den Hochschulbetrieb als Ganzen an den Rande der Funktionsfähigkeit geführt haben.
Wenn auch alles in allem von wenig Enthusiasmus getrieben, wird doch kontinuierlich in Regierungsstellen daran gearbeitet, das bestehende Hochschulsystem zu begraben. Lange Studienzeiten, eine hohe Abbruchquote, eine an den beruflichen Übernahmemöglichkeiten gemessene Überbelegung der geisteswissenschaftlichen Studienrichtungen etc. sind Konstanten des Hochschulsystems, die sich hierzulande nicht mehr geleistet werden sollen. Man könne es sich nicht mehr leisten, lautet dementsprechend die Formel, welche im Sozial- und Gesundheitsbereich ausreichende Anwendung erfährt und in ihren Grundfesten common sense der öffentlichen Debatte ist. Dass die Frage, was sich eine reiche kapitalistische Gesellschaft, wie die deutsche, an sozialen, kulturellen und gesundheitspolitischen Standards leistet, keine Frage des Könnens sondern wesentlich eine des Wollens ist, wird hierzulande kaum noch zur Kenntnis genommen. Die Debatten um *Pisa* und deutsche *Eliteuniversitäten* sind lediglich die Indikatoren, die anzeigen, dass die bisher im Stillen vor sich hindümpelnde Bildungspolitik zusehends auf den Prüfstand gerät. Am Ende wird eine Reform dahingehend stehen, dass sich die Universitäten mehr an den konkreten wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes anpassen, dass der Zugang beschränkt wird und dass die Ausbildung an Universitäten nicht unwesentlich Geld kosten wird.
Bisher ist die Lage jedoch zunächst die Folgende. Das vor nicht allzu langer Zeit von rot-grün verabschiedete Hochschulrahmengesetz enthält das Verbot von Studiengebühren für Erststudien, wogegen jetzt eine Reihe Bundesländer, so z.B. das Land Sachsen, beim Verfassungsgericht klagt. Viel gefährlicher für die Hochschulen ist die seit Jahren angespannte Haushaltslage. Seit Jahren sind

massive Einspaarungen zu verzeichnen, welche die Personaldecken der Universitäten ausdünnen, ganze Studiengänge obsolet machen und die Versorgung der Universitäten mit dem Nötigsten behindern. In bestimmten Bundesländern, wie in Sachsen, wird zudem seit Jahren bald nach Jahresbeginn eine Haushaltssperre verhängt, so dass praktisch keine Ausgaben mehr getätigt werden können. Die Funktionsfähigkeit der Universitäten ist somit vollständig unterhöhlt.
In Leipzig sollen auch in diesem Jahr wieder 78 Stellen gestrichen werden, obwohl die StudentInnenzahl mittlerweile auf 30.000 (und damit das Dreifache des offiziellen Fassungsvermögens) angestiegen ist. Da auch hier seit Jahren die Haushaltssperre den Normalfall darstellt, sind die Studienbedingungen mittlerweile unerträglich geworden. Die Seminare und Vorlesungen sind komplett überfüllt, auf eine/n Professor/in kommen hunderte StudentInnen -eine ordentliche Betreuung also unmöglich-, wichtige Neuerscheinungen kann die Bibliothek nicht mehr anschaffen etc. Die kürzlich erlassene Gebührenordnung der Universität Leipzig sieht zudem die Einführung von Studiengebühren für Zweitstudien sowie eine Erhöhung der Gebühren für ausländische StudentInnen auf 1.500 € bis 2.220 € vor.

Von Berlin nach Leipzig

Als Folge dieser Entwicklung sah sich die bundesdeutsche StudentInnenschaft genötigt, zu reagieren. Bundesweit entwickelten sich an den Universitäten Proteste, die sich teilweise zu einem Streik des Hochschulbetriebes ausweiteten. Besonders in Berlin konnte man den Eindruck gewinnen, dass es sich hierbei tatsächlich um linke Proteste handle, was sowohl die vermittelten Inhalte als auch die Aktionsformen anbelangt. So wurden hier u.a. die Parteizentralen der PDS und der SPD besetzt und der gesamte Uni-Betrieb bestreikt. Neben durchaus akzeptablen Aktionsformen lag das mediale und öffentliche Hauptaugenmerk jedoch auf allerlei populistischen Nonsens wie gemeinsamen Baden gehen in der Spree („Die Bildung geht baden"), Vorlesungen im Freien oder nackt über den Weihnachtsmarkt laufen („Das letzte Hemd"), was dann auch die *Bild* zu Begeisterungsäußerungen verleitete.
Grundtenor fast aller Proteste war die Formel „konstruktiv statt destruktiv". Die als destruktiv empfundenen Inhalte und Aktionsformen linker Proteste der Vergangenheit, inkl. der 68er StudentInnenbewegung, die zum



Wir sind viele, wir sind laut und außerdem schmeckt uns das Essen in der Mensa nicht so richtig, wenn ihr uns die Bildung klaut.

Teil das gesamte Gesellschaftssystem bzw. die kapitalistische Wirtschaftsweise in Frage stellten, wurden abgelehnt. Stattdessen verstieg man sich in die Auffassung, Erfolg habe nur, wer kreativ ist. Das kapitalistische Idealprofil des kreativen, engagierten Jungunternehmers wurde von den StudentInnen aufgenommen, verinnerlicht und als Grundbedingung des eigenen Handels wieder nach außen gekehrt.
Auch in Leipzig entschlossen sich auf einer Vollversammlung am 10. Dezember 2003 die StudentInnen zu protestieren. „Konstruktiver Streik" wurde diese Protestform genannt, mit dem Hinweis, dass der Lehrbetrieb nur zum Teil bestreikt wird. Alles was wichtig sei (Klausuren, Prüfungsvorbereitungen etc.) seien nicht betroffen. Zudem solle der Streik den unwilligen StudentInnen nicht aufgedrückt werden. Streikbeginn sollte der 7. Januar 2004 sein. Unterstützt wurde diese Form einen Tag später von den StudentInnen der HTWK, denen aber selbst der halbherzige Protest ihrer KollegInnen zuweit ging und die ihre Protestform der Sicherheit halber lieber „Aktiven Protest" nannten.
Der erste Höhepunkt der Proteste folgte wenig später am 13. Dezember mit einer überregionalen Demonstration in Leipzig, an der sich 15.000 bis 20.000 Personen beteiligten. Auf einer weiteren Vollversammlung am 7. Januar 2004 wurde der *konstruktive Streik* schließlich beschlossen

und alsbald in die Tat umgesetzt. Tat heißt hier, dass Transparente aufgehängt, Teile der Universität zu einem Jugendclub umfunktioniert und verschiedene Veranstaltungen geschwänzt wurden. Daneben gab es allerlei Aktionen, auf die im Folgenden noch einzugehen sein wird. Seinen Abschluss fand das Theater bereits zwei Wochen später auf der bereits erwähnten Vollversammlung vom 29. Januar 2004 auf welcher das Ende des Streiks als „Unterbrechung" beschlossen wurde.

Wer streikt für wen?

Das Hauptproblem aller Proteste dieser Tage ist im Grunde die Lethargie derjenigen, in deren Interesse sie geführt werden und damit der potentiellen TrägerInnen derselben. Die Misere der Hochschulen unmittelbar erlebend, sehen sich die Leipziger StudentInnen dennoch nicht zum Handeln genötigt. Ganz abgesehen mal davon, in welche Richtung sich ein potentiell potenter Protest der Studierendenschaft zu wenden hätte, müsste doch zumindest die derzeitige Lage an den Universitäten, jede/n Studentin/Studenten zum Widerstand animieren. Allein dies ist nicht der Fall.
Ganz im Gegenteil ist das Interesse eher gering. Zwar erschienen zur ersten studentischen Vollversammlung am 10. Dezember 2003 noch ca. 5.000 StudentInnen, doch war das Engagement während der „Streikzeit" auf wenige „Aktive" beschränkt. Zur letzten Vollversammlung waren es noch gerade mal 1.000 von insgesamt 30.000 StudentInnen, die wenigstens Interesse an den politischen Vorgängen an der Uni zeigten. Zwar ist es richtig, dass die inhaltliche Stoßrichtung der Proteste jeden vernünftig denkenden Menschen zum Fernbleiben einlädt, dürfte dies jedoch weniger der Grund für die geringe Resonanz sein. Vielmehr ist es so, dass sich ein Großteil der StudentInnen mit den Verhältnissen abgefunden hat, sie begrüßt bzw. gar kein Interesse daran hat, sich in irgendeiner Weise politisch zu betätigen. So war denn auch die Hauptarbeit des *Streikkomitees*, die KommilitonInnen vom Mitmachen zu überzeugen. In Flugblättern, Zeitungsinterviews etc. wurden diese immer wieder darüber in Kenntnis gesetzt, dass Streik wichtig sei, dass alle mitmachen müssten und dass Streik nicht Urlaub bedeute.
In der Konsequenz bedeutete dies, dass, im Gegensatz zu dem „Unistreik" 1997, tatsächlich niemand streikte, die, die nicht kamen, es als Urlaub verstanden und die AktivistInnen die eigene Reputation als Mitglieder des Streikkomitees für einige Tage aufbessern konnten. Die Hauptaktivität der Aktiven bestand denn auch darin, dem lahmen Haufen zu erklären, dass ihr Studienbedingungen scheiße seien, dass es sie ankotzen müsse und dass sie den Wunsch zu verspüren hätte, dagegen etwas zu tun. Das Unterfangen blieb im Großen und Ganzen erfolglos

Das ganze intellektuelle Debakel der hiesigen StudentInnenschaft eröffnet sich bei Einsicht in die aufgestellten Forderungen derselben.

„Frage nicht was dein Land für dich tun kann..."

Das ganze intellektuelle Debakel der hiesigen StudentInnenschaft eröffnet sich bei Einsicht in die aufgestellten Forderungen derselben. Sicherlich, die Form der Verabschiedung von Forderungen trägt mitnichten zur derer inhaltlichen Auseinandersetzung bei. Jeder Hanswurst kann in jeder denkbar schlechten Form einen Antrag stellen, der dann von den Studierenden mit „für" oder „gegen" quittiert wird. Sagt jemand vom RednerInnenpult: „Agenda 2010, das ist Mist, das muss weg", wird darüber abgestimmt und dann „Abschaffung der Agenda 2010" als Forderung der Studierenden aufgenommen. Dies ist mit Sicherheit die eine Seite des Debakels, die andere, und auf alle Fälle gewichtigere, ist die, dass es den StudentInnen tatsächlich an relevanten Forderungen fehlt. Sie bewegen sich im Grunde alle auf dem Niveau des *LVZ*-Lesertelefons und zeigen mit aller Deutlichkeit auf, dass kritisches Denken etwas ist, das erfolgreich aus den Universitäten verdrängt wurde. Die Vollversammlung vom 10. Dezember 2003 besaß als *wesentliche* inhaltliche Forderungen solchen Nonsens wie „sich zu den sozialpolitischen Aufgaben der Studentenwerke zu bekennen und die Zuschusskürzungen zurückzunehmen, damit die Studentenwerke ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen können". Die politisch noch radikalste Forderung war wahrscheinlich die, „keine Studiengebühren, in welcher Form auch immer, einzuführen." Könnte man meinen, dass die heutigen StudentInnen als *gesamtgesellschaftliche Dimension* zumindest den neoliberalen Backslash der aktuellen deutschen Politik erkennen, ist es viel erbärmlicher: „Gesamtgesellschaftliche Dimension" sind hier „die chaotischen Zustände an den Universitäten bundesweit."
Die Diskussionen und die Intervention von linken und ehemals linken AktivistInnen in dem StudentInnenprotest führte zumindest dazu, dass auf der Vollversammlung vom 14. Januar 2004 Forderungen ergänzt wurden, die einen gewissen politischen Gehalt erkennen lassen: „Abschaffung von Kontroll- und Überwachungsmechanismen an der Hochschule wie z.B. Videoüberwachung und Chipkarten; Keine Eliteuniversitäten; Stopp der neoliberalen Entwicklung von Bildungs- und Sozialpolitik." Dass der Forderungskatalog jedoch

auch mit Forderungen wie „Transparente und umfassende Informationspolitik seitens der Universität" ergänzt wurde zeigt, dass praktisch jeder Furz von der Menge abgesegnet wurde. Grundauffassung und Hauptargument der Studierendenschaft ist, dass die universitäre Bildung eine Investition in die Zukunft des Landes sei, Bildung also als Dienst an der Nation zu verstehen sei und somit von einer national eingestellten Regierung nicht gekappt werden dürfe. So heißt es in den Forderungen der Vollversammlung vom 10. Dezember 2003: „Die Einstellung der Kosten für die Bildung im Haushalt des Landes bei den Investitionsausgaben, denn Bildung ist eine Investition in die Zukunft."
Im Demonstrationsaufruf des *StudentInnenrats* (Stura)der Universität Leipzig heißt es dann auch schon wesentlich klarer: „Wir brauchen eine starke Lobby, die den Entscheidungsträgern hier in Sachsen wie bundesweit klar macht, dass Bildung eine Investition in die Zukunft ist. An Wissenschaft und Forschung kann nicht wie an allem anderen gespart werden. Hier heißt es: langfristig denken! Insbesondere sind viele Erfolge erst in mehreren Jahren sichtbar. Für diese langfristige Entwicklung Sachsens, unserer gesamten Gesellschaft, gehen wir auf die Straße!" Für die Entwicklung Sachsen, ja *der ganzen Gesellschaft*, was wohl getrost mit der *der ganzen Nation* übersetzt werden kann soll demonstriert werden. Die StudentInnen verstehen sich also selbst als Dienstleister an der Nation und Bildung als dessen Stütze. Bildung als Konstante kritischen, aufgeklärten Denkens spielt hier praktisch keine Rolle. Noch deutschlicher wird der *Stura* in einem offenen Brief an die Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung Ulla Schmidt. Hier heißt es abschließend: „Daher fordern wir als VertreterInnen von 30.000 Studierenden der Universität Leipzig die Bundesregierung auf, [...] endlich eine Politik zu verfolgen, die der zunehmenden Bedeutung von Bildung und Wissenschaft *für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland* gerecht wird." Es sei hier wenigstens angemerkt, dass im *Streikkomitee* diese Auffassung, dass Bildung als eine im Dienste der Nation zu begreifen ist, zumindest ansatzweise widersprochen wird. Hier heißt es: „Im Konkurrenzkampf der Standorte sollen sich die Individuen dem „Standort Leipzig" oder dem „Standort Deutschland" unterordnen. Dies ist nicht unser Kampf!" Hierbei dürfte es sich jedoch um die Meinung einiger einzelner linksangehauchter AktivistInnen handeln. Als auf der Vollversammlung vom 14. Januar 2004 ein Redner den StudentInnen klar machte, dass sie nicht nur für sich, sondern vor allem für ihr Land studieren, gab es keinerlei Widerrede sondern gefälligen Applaus. Erschreckend an allen Forderungen ist zudem, dass die Studierenden den Rahmen des Bestehenden nicht mal ansatzweise überwinden wollen. Emanzipierte Forderungen, die den Rahmen des Aktuellen sprengen, tauchen praktisch nicht auf. Fast alle Forderungen besitzen als Adressaten die offizielle Politik, die das Boot zu lenken habe. Hinzu tritt, dass besonders der *Stura* immer wieder auf die gesetzliche Lage verweist, diese zum Maßstab erklärt, die eigene Argumentation darauf aufbaut und damit erneut an den Staat, als Garanten des Gesetzes appelliert. Auf einem Transparent auf der Vollversammlung vom 10. Dezember hieß es folgerichtig: „Studieren ist teuer, wir fordern die Vermögenssteuer." Der *Stura* wiederum lässt in einer Presseerklärung zur angeblich geplanten Einführung von (versteckten) Studiengebühren verlauten, dass diese Maßnahmen „rechtswidrig" und wenige Zeilen später, dass sie gar „verfassungswidrig" seien. Mit politischen Forderungen hat dies nun wirklich rein gar nichts zu tun.



Wir sind wenige, wir sind laut und abends sind wir ganz müde vom Basteln kreativer Transparente, weil ihr uns die Bildung klaut.

Das Primat der Konstruktivität

Eines der wesentlichen Merkmale der Streikbewegung ist deren zur

Schau gestellte Konstruktivität. „Konstruktiver Streik" heißt denn auch das, was man als Protest verstanden wissen will. Kreativität meint damit das bewusste Gegenstück zur vorgeblichen *Destruktivität* anderer vornehmend linker Protestformen der Vergangenheit. Es soll ausdrücken, dass es den StudentInnen nicht darum geht, etwas abzuschaffen (Staat, Nation, Kapitalismus etc.) sondern darum, mitzugestalten (Staat, Nation, Kapitalismus etc.). Nicht gegen etwas sein, sondern für etwas: nämlich für Bildung für Deutschland (bzw. Europa).

Zu diesem Zwecke wurde denn auch vom *Streikkomitee* im Internet ein sogenanntes *Zukunftsforum* eingerichtet, in welchem die jungen Leute Vorschläge für die Entwicklung des Landes bzw. des Bildungssystems darlegen sollen. Es heißt dort zur Erklärung: „Da die Politik kaum alternative Konzepte anbietet, ist es an uns, sie selbst zu erarbeiten. Dazu soll dieses Forum dienen." Auch ansonsten versucht man, mit der offiziellen Politik zusammen zu arbeiten. Nachdem 5.000 StudentInnen am 8. Januar 2004 eine Klausurtagung der SPD-Bundestagfraktion in Leipzig blockierten und daraufhin einige zur Beruhigung hereingelassen wurden, verkündete ein Mitglied des *Streikkomitees* im Nachhinein stolz: „Wir haben Herrn Müntefering und Herrn Eichel unseren offenen Brief in die Hand gedrückt und durften mit Bildungsministerin Buhlman reden." Als diese schließlich auch noch „anbot", zehn StudentInnen in den nächsten Wochen zur Visite in Berlin zu empfangen, war die Meute restlos begeistert, Stura-Sprecher Benjamin Schulz vermerkte: „Das nehmen wir selbstverständlich an." (Siehe LVZ, 9.01.04) Auch dass sowohl die sächsische PDS als auch die sächsische SPD immer wieder ihre Solidarität mit den StudentInnen erklärten, schien von diesen niemand zu stören.



Wir sind ein paar weniger, als viele, wir sind laut und in der Mitte müssen die Guten stehen, weil ihr uns die Bildung klaut.

Der kreative Student

Eines der Hauptanliegen der Streikbewegung ist es, ihre Form als *kreativ* zu bezeichnen und den Protest auch kreativ zu artikulieren. *Kreativität* meint hier vor allem, dass die Ausdrucksformen des Protestes sich dem gesellschaftlichen Trend zum populistischen Nonsens zu verschreiben habe, dass die klassische Demonstration nicht ausreiche, sondern dass man mit spektakulären Aktionen auf sich aufmerksam machen müsse. Währenddessen die *Spaßguerilla*, die dieses Konzept als Form politischer Agitation in den 70er/80er Jahren praktisch erfand, tatsächlich spektakuläre Aktionen vollführte, ist die Aktionspalette der StudentInnen heute eine Ansammlung von, im besten Fall, aufgeblähten Belanglosigkeiten. Eine Aufzählung dieser „Aktionsformen" kann dies verdeutlichen.

In der Vorweihnachtszeit wurde in der Universität ein Adventskalender aufgehängt, wo man seine „frommen Wünsche" eintragen konnte. Seminare und Vorlesungen wurden in Straßenbahnen und im Freien abgehalten. In der Vorweihnachtszeit sangen ein paar StundentInnen auf dem Weihnachtsmarkt folgende rührende Zeilen: „Oh Uni mein, oh Uni mein, warum ist dein Etat so klein? Wir zeigen es dem ganzen Land, die bessre Bildung mit Verstand. Oh Uni mein, oh Uni mein, dein Protest soll solidarisch sein." Anfang Januar wurde von mehreren hundert TeilnehmerInnen die Bildung in einem Sarg symbolisch zu Grabe getragen, mit echtem Jesus und Klimsbims. Ende Januar stiegen ein paar halbnackte StudentInnen unter dem Motto „Die Bildung geht baden" in den Pleißegraben. Absoluter medialer Höhepunkt der Proteste war mit Sicherheit der „Streikporno", der unter dem Motto „Die Bildung ist nicht die Hure der Wirtschaft" gedreht wurde. Hier appellierten die Studierenden an die niedersten menschlichen Instinkte: Sex sells. Und natürlich mit Erfolg, die StudentInnen strömten zu Hunderten in die Vorführung des Films, *Bild* und *LVZ* waren begeistert. Während es sich bei diesen

Aktionen noch um lächerlichen Kitch handelt, der mit politischen Aktionsformen rein gar nichts zu tun hat, waren andere Aktionen schon viel politischer, jedoch in einer anderen Richtung, als es die StudentInnen beabsichtigt hatten. So gingen mehrere Aktive während der Weihnachtszeit als „Bettelstudenten" über den Weihnachtsmarkt und bettelten für Bildung und um Geld. Auch darauf angesprochen, dass die Verkleidung von gut situierten MittelstandsstudentInnen als BettlerInnen eine Verhöhnung derjenigen ist, die in diesem Land auf Betteln angewiesen sind, ließ sie nicht davon abbringen. Dass darüber hinaus denselben auch noch die so schon kärglichen Einkünfte von weitestgehend wohlhabenden StudentInnen weggenommen werden ist ein Skandal, dem jeden dieser „Bettelstudenten" kräftig eingebläut gehört. Gleichsam skandalös war die Aktion einiger Leipziger StudentInnen Ende des Jahres 2003, als sie sich die Haare abschnitten und sie „zur Verwertung" an die Bundesregierung schickten. Da es als weitläufig bekannt vorausgesetzt werden muss, dass die nationalsozialistischen Deutschen die Haare derjenigen Juden, die sie in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern vergasten, abschnitten und „zur Verwertung" der Kriegswirtschaft zuführten, kann man davon ausgehen, dass hier eine bewusste Gleichsetzung vollzogen wurden. Diese Geschichtslosigkeit und Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus ist schließlich die Spitze des Eisberges, die jegliche, wenn bis dahin noch vorhandene, Solidarität mit dieser Bewegung obsolet machen sollte.

Die lieben StudentInnen

Klar, dass man mit solcherlei Nonsens, wie oben beschrieben, niemanden weh tut und alle begeistert sind. Sich von jeder Radikalität abzuwenden ist denn auch oberste Prämisse der Proteste. Niemand soll sich angegriffen fühlen, niemand wird zu irgendwas gezwungen, Forderungen stellt man ohne Nachdruck, es sei denn in der Stimme. Bereits auf der Vollversammlung vom 10. Dezember 2003 wird beschlossen, dass ein *konstruktiver Streik* geführt würde, der beinhaltet, dass niemand zum Streiken gezwungen würde und auch nichts besetzt wird. Stura-Sprecher Benjamin Schulz verrät der *LVZ* (08.01.04) „Wir hindern keinen, Lehrveranstaltungen zu besuchen, setzen aber darauf, dass die meisten sich dafür entscheiden, bei unseren Aktionen einzusteigen." Die Demonstration vom 13. Dezember war dann praktisch auch das Radikalste was die StudentInnen auf die Beine stellten. Außer ein paar verärgerten AutofahrerInnen, denen ihre freie Straße wichtiger als alles andere ist, gab es in Leipzig denn auch niemand, die/der Anstoß an dem weichgespülten Protest der Studierendenschaft nehmen sollte. Die *LVZ* wurde zur wichtigsten Unterstützerin der Proteste, in dem sie beinahe täglich in großen Artikeln stets wohlwollend über das Treiben berichtete. In einem Kommentar vom 17. Januar 2004 heißt es anerkennend: „Sachsens Studenten lassen sich derzeit nicht mit Beruhigungspillen der Regierenden abspeisen. [...] In ihrem Protest zeigen sich die jungen Leute indes immer wieder humorvoll and kreativ." Auch die *Bild* beteiligte sich mitunter daran, besonders dann, wenn wieder mal ein paar StudentInnen ihren Schwanz, ihre Brüste oder ihren Arsch den bereitstehenden Kameras präsentierten. Selbst das Uni-Rektorat, unterstützt in einer öffentlichen Erklärung die Proteste der StudentInnen. Überhaupt sind die Lehrkräfte, die DozentInnen viel engagierter als die StudentInnen, geht es schließlich ja vor allem um ihre Jobs. So werden auch mal Veranstaltungen ausfallen gelassen, dass der proklamierte „Streik" wenigstens ansatzweise wie ein Streik aussieht.

In der Vorweihnachtszeit sangen ein paar StudentInnen auf dem Weihnachtsmarkt folgende rührende Zeilen: „Oh Uni mein, oh Uni mein, warum ist dein Etat so klein? Wir zeigen es dem ganzen Land, die bessre Bildung mit Verstand. Oh Uni mein, oh Uni mein, dein Protest soll solidarisch sein."

Eine Protestbewegung, die alle sympathisch finden, die nicht gewillt ist, irgendwelchen Druck auszuüben oder ihre Position mit außergewöhnlichen Mitteln durchzusetzen, braucht sich nicht wundern, dass sie niemand ernst nimmt. Sicherlich, man bekommt Platz in der Lokalpresse eingeräumt, ein paar PolitikerInnen unterhalten sich mit einem und alle sagen, die haben schon irgendwie Recht, mehr passiert im Grunde aber nicht.
Und so ist es nicht verwunderlich, dass sogar die *Süddeutsche Zeitung* die StudentInnenproteste als zu lasch verhöhnt und hämisch bemerkt, dass die StudentInnen „gegen eine Wand aus Sympathie" anrennen. Sie stellt treffend fest: „Nie war so viel Ideenreichtum. Doch die meisten Ideen sind nur nett. Jeder kann sie begrüßen. Ein Streik wird zum Event, zur Nachbildung dessen, was das Fernsehen in den letzten Jahren an seichten Formaten erfunden hat." (SZ, 17.12.03) Es ist dem nicht mehr viel beizufügen, als die bittere Erkenntnis, dass der StudentInnenstreik das ganze intellektuelle und politische Debakel der jungen Generation mit aller Deutlichkeit auf den Tisch gelegt hat. Eine Beteiligung an derartigem Nonsens ist unter diesen Umständen vollständig abzulehnen

Theodor W. Adorno

Notiz über Geisteswissenschaft und Bildung

Unter den Aspekten der gegenwärtigen Universität, denen gegenüber der Ausdruck Krise mehr ist als bloße Phrase, möchte ich einen hervorheben, den ich gewiß nicht entdeckt habe, der jedoch in der öffentlichen Diskussion kaum die genügende Aufmerksamkeit fand. Er hängt zusammen mit jenem Komplex, der als Divergenz von Bildung und fachlicher Schulung bekannt ist, deckt sich aber keineswegs damit. Auszudrücken ist er nicht leicht; das Vage und Thesenhafte des improvisierten Versuchs bedarf der Entschuldigung. Es gilt der Frage, ob der Universität heute Bildung dort noch gelinge, wo sie nach Thematik und Tradition an deren Begriff festhält, also in den sogenannten Geisteswissenschaften; ob im allgemeinen der Akademiker durch deren Studium überhaupt noch jene Art geistiger Erfahrung gewinnen kann, die vom Begriff Bildung gemeint war, und die im Sinn der Gegenstände selber liegt, mit denen er sich befaßt. Vieles spricht dafür, daß von eben dem Begriff der Wissenschaft, wie er nach dem Verfall der großen Philosophie aufkam und seitdem eine Art Monopol erlangte, jene Bildung unterhöhlt wird, welche er kraft des Monopols beansprucht. Wissenschaftliche Disziplin ist eine geistige Gestalt dessen, was Goethe wie Hegel als Entäußerung forderten: Hingabe des Geistes an ein ihm Entgegenstehendes und Fremdes, in der er erst seine Freiheit gewinnt. Wer solcher Disziplin sich entzogen hat, wird durch amateurhaftes Drauflosdenken und versiertes Geschwätz leicht nur unter das Niveau dessen herabsinken, wogegen er legitimen Widerwillen empfand; unter die heteronom ihm aufgedrungene Methode. Aber jene Disziplin und die Vorstellung von Wissenschaft, die ihr entspricht, und die mittlerweile zum Widerspiel dessen wurde, was Fichte, Schelling, Hegel unter dem Wort sich vorstellten, hat auf Kosten des ihr konträren Moments verhängnisvolles Übergewicht erlangt, ohne daß es dekretorisch sich zurücknehmen ließe. Spontaneität, Imagination, Freiheit zur Sache sind allen anders lautenden Erklärungen zum Trotz durch die allgegenwärtige Frage »Ist das auch Wissenschaft?« so eingeengt, daß der Geist noch in seinem einheimischen Bereich droht, entgeistet zu werden. Die Funktion des Wissenschaftsbegriffs ist umgeschlagen. Die vielberufene methodische Sauberkeit, allgemeine Kontrollierbarkeit, der Consensus der zuständigen Gelehrten, die Belegbarkeit aller Behauptungen, selbst die logische Stringenz der Gedankengänge ist nicht Geist: das Kriterium des Hieb- und Stichfesten wirkt jenem immer zugleich auch entgegen. Wo der Konflikt gegen die unreglementierte Einsicht entschieden ist, kann es zur Dialektik der Bildung, zum inwendigen Prozeß von Subjekt und Objekt gar nicht kommen, den man im Humboldtschen Zeitalter konzipierte. Organisierte Geisteswissenschaft ist Bestandsaufnahme und Reflexionsform des Geistes eher als dessen eigenes Leben; als Unähnliches will sie ihn erkennen und erhebt die Unähnlichkeit zur Maxime. Setzt sie sich aber an seine Stelle, so verschwindet er, auch in der Wissenschaft selbst. Das geschieht, sobald Wissenschaft als einziges Organon von Bildung sich betrachtet, und die Einrichtung der Gesellschaft sanktioniert kein anderes. Zur Intoleranz gegen den Geist, der ihr nicht gleicht, neigt Wissenschaft offenbar um so mehr, pocht um so mehr auf ihr Privileg, je tiefer sie ahnt, daß sie das nicht gewährt, was sie verspricht. An der Enttäuschung vieler geisteswissenschaftlicher Studenten in den ersten Semestern ist nicht nur deren Naivetät schuld, sondern ebenso, daß die Geisteswissenschaften jenes Moment von Naivetät, von Unmittelbarkeit zum Objekt eingebüßt haben, ohne das

Es gilt der Frage, ob der Universität heute Bildung dort noch gelinge, wo sie nach Thematik und Tradition an deren Begriff festhält, also in den sogenannten Geisteswissenschaften; ob im allgemeinen der Akademiker durch deren Studium überhaupt noch jene Art geistiger Erfahrung gewinnen kann, die vom Begriff Bildung gemeint war, und die im Sinn der Gegenstände selber liegt, mit denen er sich befaßt.

Geist nicht lebt; ihr Mangel an Selbstbesinnung dabei ist nicht weniger naiv. Noch wo sie weltanschaulich dem Positivismus opponieren, sind sie insgeheim unter den Bann der positivistischen Denkmanier geraten, den eines verdinglichten Bewußtseins. Disziplin wird, im Einklang mit einer gesellschaftlichen Gesamttendenz, zum Tabu über alles, was nicht das je Gegebene stur reproduziert; eben das aber wäre die Bestimmung des Geistes. An einer ausländischen Universität würde einem Studenten der Kunstgeschichte gesagt: Sie sind hier nicht, um zu denken, sondern um zu forschen. Das wird zwar in Deutschland aus Respekt vor einer Tradition, von der wenig mehr übrig ist als solcher Respekt vor einer Tradition, nicht mit so dürren Worten ausgesprochen, läßt aber auch hierzulande die Gestalt der Arbeit nicht unberührt. Die Verdinglichung des Bewußtseins, die Verfügung über seine eingeschliffenen Apparaturen schiebt sich vielfach vor die Gegenstände und verhindert die Bildung, die eins wäre mit dem Widerstand gegen Verdinglichung. Das Geflecht, mit welchem die organisierte Geisteswissenschaft ihre Gegenstände überzogen hat, wird tendenziell zum Fetisch; was anders ist zum Exzeß, für den in der Wissenschaft kein Raum sei. Der philosophisch dubiose Kultus der Ursprünglichkeit, der von der Heideggerschen Schule betrieben wird, hätte schwerlich die geisteswissenschaftliche Jugend so sehr fasziniert, käme er nicht auch einem wahrhaften Bedürfnis entgegen. Sie merken täglich, daß wissenschaftliches Denken, anstatt die Phänomene aufzuschließen, sich bei deren je schon zugerichteter Gestalt bescheidet. Indem jedoch der gesellschaftliche Prozeß verkannt wird, der das Denken verdinglicht, machen sie Ursprünglichkeit selbst wiederum zu einer Branche, zur angeblich radikalen und eben darum spezialistischen Frage. Was das verdinglichte wissenschaftliche Bewußtsein anstelle der Sache begehrt, ist aber ein Gesellschaftliches: Deckung durch den institutionellen Wissenschaftszweig, auf welchen jenes Bewußtsein als einzige Instanz sich beruft, sobald man es wagt, an das sie zu mahnen, was sie vergessen. Das ist der implizite Konformismus der Geisteswissenschaft. Prätendiert sie, geistige Menschen zu bilden, so werden diese eher von ihr gebrochen. Sie errichten in sich eine mehr oder minder freiwillige Selbstkontrolle. Diese veranlaßt sie zunächst dazu, nichts zu sagen, was den etablierten Spielregeln ihrer Wissenschaft nicht gehorcht; allmählich verlernen sie, es auch nur wahrzunehmen. Selbst geistigen Gebilden gegenüber fällt es nachgerade den akademisch mit ihnen Befaßten schwer, etwas anderes zu denken als das, was dem unausdrücklichen und deshalb um so mächtigeren Wissenschaftsideal entspricht. Seine repressive Gewalt beschränkt sich keineswegs auf bloße Lern- oder technische Fächer. Das Diktat, das in diesen die praktische Verwendbarkeit ausübt, hat auch die ergriffen, die solche Verwendbarkeit nicht beanspruchen können. Denn dem Begriff der Wissenschaft, der sich unaufhaltsam ausbreitete, seitdem sie und die Philosophie, aus beider Schuld und zu beider Schaden, auseinanderbrachen, ist die Entgeistung immanent. Bewußtlos schaltet akademische Bildung auch dort, wo sie es thematisch mit Geistigem zu tun hat, einer Wissenschaft sich gleich, deren Maß das Vorfindliche, Tatsächliche und seine

Das ist der implizite Konformismus der Geisteswissenschaft. Prätendiert sie, geistige Menschen zu bilden, so werden diese eher von ihr gebrochen. Sie errichten in sich eine mehr oder minder freiwillige Selbstkontrolle. Diese veranlaßt sie zunächst dazu, nichts zu sagen, was den etablierten Spielregeln ihrer Wissenschaft nicht gehorcht; allmählich verlernen sie, es auch nur wahrzunehmen.

Aufbereitung ist – jene Faktizität, bei der nicht sich zu bescheiden das Lebenselement des Geistes wäre. Wie tief Entgeistung und Verwissenschaftlichung miteinander verwachsen sind, zeigt sich daran , daß dann als Gegengift fertige Philosopheme von außen herangeholt werden. Man infiltriert sie den geisteswissenschaftlichen Interpretationen, um ihnen den mangelnden Glanz zu verleihen, ohne daß sie aus der Erkenntnis der geistigen Gebilde selbst heraussprängen. Mit komischer Bedeutsamkeit wird dann aus diesen immer wieder , differenzlos, das Gleiche herausgelesen. Zwischen Geist und Wissenschaft lagert sich ein Vakuum. Nicht nur die Fachausbildung, sondern auch Bildung selber bildet nicht mehr. Sie polarisiert sich nach den Momenten des Methodischen und des Informatorischen. Der gebildete Geist wäre demgegenüber ebenso eine unwillkürliche Reaktionsform wie seiner selbst mächtig. Nichts steht dem mehr im Bildungswesen bei, auch die hohen Schulen nicht. Verfemt die unreflektierte Verwissenschaftlichung zunehmend den Geist als eine Art von Allotria, dann verstrickt sie sich tiefer stets in den Widerspruch zum Gehalt dessen, womit sie sich befaßt, und zu dem, was sie für ihre Aufgabe hält. Sollen die Universitäten anderen Sinnes werden, so wäre in die Geisteswissenschaften nicht weniger einzugreifen als in die Fächer, vor denen jene zu Unrecht den Geist vorauszuhaben sich einbilden.

Pjotr König und Miroslav Johnson

Studierende aller Länder: Geht nach Hause!

Momentan wird an vielen Universitäten gegen die Einführung von Studiengebühren, gegen Kürzungen bei den Studentenwerken und gegen die Planung von Eliteuniversitäten „protestiert". Mit vielen bunten Aktionen, Flyern und Reden soll auf die schlechten Bedingungen an den Unis aufmerksam gemacht werden. Abgesehen davon, dass mit Straßentheater und symbolischen Aktionen - die weder jemanden stören, oder gar verärgern dürften und erst recht nicht mit Inhalten behaftet sind - kein politischer Druck erzeugt werden kann, macht man sich eigentlich nur zum Gespött, um sich dann mit den 68-ern zu vergleichen. So sind auch die inhaltlichen Positionen nur schwach von denen unterschieden, die uns die Politik verkaufen will und nur so kann es auch zustande kommen, dass auf einer Demonstration gegen die Bildungskonzepte der SPD, VertreterInnen derselben beklatscht werden, nur weil sie das Wort Eliteuniversitäten durch Spitzenhochschulen ersetzen. Wer darauf hereingefallen ist, dem ist wohl auch durch bessere Studienbedingungen nicht mehr zu helfen. So gibt es StudentInnen, die aktiv dafür protestieren, dass man Gerhard Schröder zu einem Gespräch einladen darf um sich seine Märchen dann persönlich anzuhören, so gibt es Leute, die schon weiter gehen und gerne mitbestimmen würden, an welcher Stelle gekürzt werden soll, aber auch StudentInnen, die gegen Studiengebühren in jeder Form, gegen Bacherlor-/ Masterstudiengänge und die Schließung von Fakultäten protestieren. Man erkennt, studentisch gebildet wie man/frau eben ist, die Instanz an die man sich wenden muss: den Staat, aber auch, den Zusammenhang zu anderen sozialen Einschnitten und, dass das alles so nicht weiter gehen kann. Allein über den Tellerrand, den man aus Politikerreden kennt, scheint niemand hinaus schauen zu wollen. Zu groß ist die Angst gewohnte Denkmuster verlassen zu müssen. An dieser Stelle soll versucht werden, etwas näher zu beleuchten, dass nicht nur die studentische Misere dem Umstand unserer kapitalistischen Vergesellschaftungsform geschuldet ist, dass das Bildungssystem selbst sein Problem reproduziert, und wie sein Zusammenhang zu Staat und Ökonomie beschrieben werden kann. Zunächst einmal hat der Staat natürlich ein enormes Interesse am Fortbestehen der traditionalen Bildungseinrichtungen wie Schule und Universität. In der Schule werden für die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung elementare Verhaltensweisen vermittelt: z.B. Leistungswillen und Einordnung in Hierarchien. Die Kinder und Jugendlichen werden früh daran gewöhnt, dass nicht sie selbst, sondern andere (erst Schule, dann Arbeitgeber, oder in Zeiten der Ich-AG die verinnerlichten ökonomischen Erfordernisse) über ihre Zeit verfügen. Das gehört zu den (nicht nur) schulisch vermittelten Regeln, deren Akzeptanz für das Überleben in dieser Gesellschaft unerlässlich ist: Kritik, nur wenn sie erwünscht, „konstruktiv" ist! Lernen, was an die Tafel kommt! Stillsitzen, d.h. sich der Norm beugen! Das Leben ist Konkurrenz, und auf welcher Stufe der Hierarchie man steht, das bestimmen immer noch andere. Zur Durchsetzung dieser Regeln steht der Institution Schule ein Spektrum von Maßnahmen zur Verfügung, welches von der einfachen Benotung erbrachter Leistungen, bis hin zur Nichtversetzung oder Disziplinarmaßnahmen wie Schulverweis reicht. Zwar scheinen die Möglichkeiten zur Bestrafung im Laufe der Zeit humaner geworden zu sein (so wurde die Prügelstrafe und das Einsperren in den Karzer verboten), aber das zentrale Prinzip der Leistung verankert auch ohne körperliche Züchtigung die Zwänge der kapitalistischen Gesellschaft tief im Verhalten der Kinder und Jugendlichen. Zentrales Instrument der Schule ist neben den kanonisierten Lerninhalten die Benotung. Die Noten werden zum Beurteilungsmaßstab für Eltern, Mitschüler, spätere Arbeitgeber und oft genug für die Betreffenden selbst. Hierbei wird aufgrund weniger menschlicher Eigenschaften und ausgewählter Teilfähigkeiten die für die Schule relevant sind, die spätere Rolle des Individuums in der Gesellschaft festgelegt. Außerdem sind Noten selbst innerhalb dieses Rahmens nicht objektiv sondern stark abhängig von der gesellschaftlichen Anpassungsfähigkeit des Bewerteten. Durch das Abfragen von Wissen und der Bewertung auf „Richtigkeit" durch die LehrerInnen wird Lernen, auf Lernen für Noten beschränkt; also eben nur das gelernt, was in der nächsten Klausur abgefragt wird. So wird

die jugendliche Neugier auf die Welt ausgeschaltet und durch den Zwang den lehrplanrelevanten Stoff zu pauken, ersetzt. Damit ist auch klar das Beschäftigungsfeld der SchülerInnen vorbestimmt. Denn wer seine Zeit damit verbringen muss, vorgegebene Inhalte zu lernen, hat wenig Zeit sich außerhalb dieses Kanons mit sich selbst, geschweige denn richtig mit kritischen Inhalten zu beschäftigen. Die Selektion über Noten trennt früh die „Spreu vom Weizen." Wem die Unterordnung liegt und wer die entsprechenden Veranlagungen mitbringt, darf Abitur machen und später auf die Uni gehen; ist sozusagen AnwärterIn auf hohen sozialen Status. Wer seine Zeit lieber anders verbringt, als vormittags in der Schule stillzusitzen oder nachmittags fleißig Hausaufgaben zu erledigen, wer sich weigert Dinge zu tun, deren Sinn nicht einsichtig ist, oder wessen Begabungen in der Schule einfach nicht gefragt sind, für den/ die bleiben dann Realschule oder Hauptschule und somit später gesellschaftlich minderwertigere Berufe übrig. Nun ist erst mal nicht zu kritisieren, dass unterschiedlich interessierte Menschen unterschiedliche Bildungswege gehen. Fatal ist nur, dass damit später eine bestimmte Stellung in der gesellschaftlichen Hierarchie verbunden ist. Außerdem stehen diese Entscheidungen nach der vierten Klasse an, somit findet eine Selektion der Heranwachsenden ziemlich früh ihrer Entwicklung statt. Diese Trennung der SchülerInnen voneinander repräsentiert oft genug eher den sozialen Status oder den Bildungsstand der Eltern, als die tatsächlichen Neigungen des Kindes. So zeigt die Verknüpfung von Bildungsweg und „Leistungen" deutlich das dreigliedrige Schulsystem als sozialen Ausschlussmechanismus, auch über Generationen hinweg. Diese soziale Selektion verstärkt sich weiter in der Universität. Ist schon die besuchte Schulform stark vom Status der Eltern abhängig, so sind Studierende noch stärker sowohl auf finanzielles Kapital als auch auf soziale und kulturelle Resourcen (der Eltern) angewiesen, so ist die Förderung durch Bafög für viele nicht ausreichend , auch werden Studierende die z.B. keine Fremdwörter gebrauchen können oder wollen, weil das Zuhause so nicht üblich war oder sie sich von den so vermittelten Hierarchien emanzipieren wollen, noch immer mitleidig belächelt bzw. schlechter bewertet. Das Universitätssystem dient also vor allem der Rekrutierung der neuen „Funktionseliten" aus den Oberschichtfamilien. Was durch die Einführung von Studiengebühren direkt sichtbar wird, ist schon immer im Mechanismus des Bildungssystems verankert. Aber nicht nur sozialstrukturell sondern auch ideologisch dient es der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung und damit repressiver Machtverhältnisse. Die bürgerliche Wissenschaft hat sich der so genannten Wertfreiheit verschrieben. Sie beschränkt sich darauf, die Phänomene an der Oberfläche zu erfassen, zu beschreiben und innerhalb der gegebenen Verhältnisse Vorschläge zu mehr Funktionalität derselben anzubieten. Eine kritische Auseinandersetzung mit ihnen ist nicht vorgesehen, genauso wenig, wie sich das Bewusstsein um den notwendig, niemals wertfreien, eigenen Ausgangspunkt in den Forschungsergebnissen und Lehrveranstaltungen niederschlägt. Die Möglichkeit der radikalen Veränderung der Zustände wird so systematisch ausgeblendet. Es wird gelehrt, wie das System funktioniert, wie man es rationaler gestalten kann, nicht aber, dass es überwindbar ist. Diese Tendenz wird durch die Einsparungen bei den Unis noch verstärkt. Die Wahlmöglichkeiten für die Studierenden werden weiter eingeschränkt u.a. durch die Schließung von Fakultäten und die Etablierung von restriktiveren Studienordnungen bis hin zu völlig verschulten Studiengängen (Bachelor/ Master), welche fachbereichsspezifisch zwar qualifizieren, aber durch straffere Organisation eine Verortung des eignen Handelns bewusst verhindern. Ebenfalls im



Wir sind viele, wir sind laut und unser Platz ist auf der Strasse, weil ihr uns die Bildung klaut.

Zuge der Sparmaßnahmen bei den Bildungsausgaben wird die Forschung verstärkt über so genannte Drittmittel (Gelder von nichtstaatlichen Akteuren, also meist Wirtschaftsunternehmen) finanziert. Diese sponsern natürlich nur bestimmte Projekte, so dass ihr Einfluss auf die Studieninhalte weiter steigt. Hatten sie vor der Kürzungswelle nur indirekten Einfluss dadurch, dass die Unis gut verwertbare Akademiker ausspucken müssen, um sich in einem von ökonomischen Zwängen bestimmten System nicht selbst überflüssig zu machen, so steuern sie jetzt die Studieninhalte direkt. Doch die Planung der Einführung von Studiengebühren einerseits und die stärkere Finanzierung der Bildung über die Wirtschaft andererseits, fallen nicht zu-fällig zeitlich aufeinander, sondern sind Teil eines Gesamtprozesses. Dieser Prozess ist der permanenten, sich nun verstärkt auswirkenden Krise der ökonomischen Basis unserer Gesellschaft geschuldet. Diese ökonomische Basis braucht den Staat als ihren Garanten, d.h. der Staat muss z.B. Gesetze erlassen bzw. das Gewaltmonopol ausüben, um eine Vertragssicherheit für den Markt zu garantieren; eine Infrastruktur herstellen, um Unternehmen die Herstellung und den Verkauf ihrer Waren zu gewährleisten. Er schaltet irrationale Potentiale aus, indem er Bedürftige alimentiert, die sich nicht mehr durch Lohnarbeit ihren Lebensunterhalt sichern können und die somit befriedet werden, oder aber schlimmer, er kann sich solche Befriedung nicht mehr leisten und wird repressiv. Der Staat sichert sozusagen das Funktionieren der ökonomischen Basis ab. Dazu gehört auch, wie schon dargelegt, Menschen gesellschaftsadäquat zu konditionieren. Diese Konditionierungs- und Sicherungsleistungen können marktmäßig organisiert, nicht erbracht werden, da Unternehmen auf bereits vorgebildete Arbeitskräfte angewiesen sind, aber z.B. die Grundbildung aller potentiellen Arbeitskräfte zu gewährleisten, betriebswirtschaftlich unrentabel ist. Das alles bedeutet also nicht, dass der Staat ein gegenüber ökonomischen Belangen autonomes Gebilde ist, indem er unabhängig von der verwertungslogischen Grundstruktur agieren könnte. Er steckt im Gegenteil tief in der Logik derselben. Zum Funktionieren des Marktes gehört notwendigerweise, dass sich gut ausgebildete Arbeitskräfte in den verschiedenen Produktionszweigen mit der Herstellung von Waren beschäftigen müssen. Das auf Warenproduktion und Warentausch basierende System, in welchem menschliche Bedürfnisse nur zweitrangig hinter der Produktion höher qualifizierter ArbeiterInnen in Forschung und Wissenschaft zählt. Diese sogenannten AkademikerInnen werden an den dafür staatlich subventionierten Institutionen - Universitäten - geschult und qualifiziert und zwar nicht im Sinne einer freien, unabhängigen Bildung, sondern im Sinne verwertbarer Kenntnisse und Fähigkeiten. Die Bildung, die wir genießen, ist also schon lange nicht mehr frei, weder von Ideologie, noch von Warenförmigkeit. Sie ist darauf ausgerichtet warenförmig verwertbar zu sein - im Sinne der Herstellung von verwertbaren Produkten oder Dienstleistungen, seien dies nun Autos, Brötchen oder Persönlichkeitsberatungen - und fließt mit in die Kosten der dafür benötigten Ware Arbeitskraft ein.



Wir sind nicht so viele, wir sind nicht laut und sitzen gerade auf dem Bahnhof rum, weil ihr uns die Bildung klaut.

von Tauschwert, Mehrwert und Gewinn stehen können, benötigt also den Staat als Instanz, welche den Ablauf und das Weiterbestehen dieser Struktur gewährleistet. Das meint, der Staat garantiert die Produktion, organisiert teilweise den Markt, sowie die Reproduktion der Arbeit und die dazugehörigen Aufgaben, zu denen u.a. auch die Ausbildung

Als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit und als Konsequenz aus der arbeitsteiligen Organisation der Produktion, steht Wissenschaft heute längst im Dienste des kapitalistischen Gesamtverhältnisses. Konnte sie sich zu Zeiten eines wirtschaftlichen Hochs, in der Zeit der Blüte des Wohlfahrts- und Sozialstaates vermeintlich frei von den Fesseln ökonomi-

scher Verwertbarkeit denken, war dies nur ein Trugschluss, der jetzt offensichtlich werden musste. So sind auch die Geistes- und Sozialwissenschaften keine autonomen Bereiche, in denen „wertfreie“ Überlegungen angestellt werden, sondern der in ihnen vermittelte Stoff dient oft nur der Rechtfertigung des Gesamtsystems, oder der Milderung der negativen psychischen und physischen Auswirkungen desselben. Das Kritikpotential beschränkt sich darauf, Erscheinungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit für das Wesen derselben zu halten, sich an diesen Oberflächenphänomenen abzuarbeiten und sie vielleicht zu kritisieren, aber dadurch nicht zum Kern des Ganzen vorzustoßen. Damit wird eine Verschleierungswirkung erzielt und indirekt das System gerechtfertigt. Jedoch, wie ein großer Denker einst bemerkte: alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsformen und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen. Doch die ökonomischen Notwendigkeiten haben nicht nur Auswirkungen auf die Konstitution des Wissenschaftsbetriebs. Durch die allgegenwärtige Konkurrenz, speziell von Unternehmen (Warenproduzenten) und den permanenten Rationalisierungsdruck, entwickeln sich die Produktivkräfte, das Know-how, der Stand der Technik und dementsprechend auch das Wissen um die Produktion. Deshalb werden durch Rationalisierungen immer weniger Menschen zur Herstellung der gleichen Anzahl an Waren benötigt und somit kommt es zu Arbeitslosigkeit, Überproduktion, Verwertungsstockungen etc., da immer mehr Menschen aus dem Arbeits- und Verwertungsprozess herausfallen. In einer Welt der um Investitionsattraktivität streitenden Nationalstaaten, die alle - wie auch die Unternehmen und Individuen - gegenseitig konkurrieren, gehen die Staaten wirtschaftlich einer schlechten Zeit entgegen. Das soll nicht heißen, dass sie von selbst absterben. Sie werden geringere Steuereinnahmen haben, weil weniger Menschen und Firmen Steuern zahlen, da letztgenannte - systemlogisch - nach den billigsten Arbeitskräften suchen und in Entwicklungsländer oder Schwellenländer abwandern. Somit hat der Sozialstaat deutschen Typs immer weniger Geld für immer mehr Bedürftige zur Verfügung. Deshalb werden die bisher von Sozialstaaten geleisteten Unterstützungen und Ausgaben zurückgehen und nur dort angewandt, wo sie als absolut notwendig zum Erhalt des Systems erscheinen. D.h. die Politiker vollziehen nur die Logik des Systems auf dem wir uns alle vergesellschaftet haben, sie sind eben Vertreter dieser unserer Warengesellschaft. Wird vielleicht einer versprechen hier nicht zu kürzen, wird notwendigerweise bald ein anderer kommen und dies tun, denn als solche sind politische Entscheidungsträger nur sehr, sehr begrenzt autonom gegenüber ökonomischen Zwängen. Das liegt - wie schon gesagt, es sei aber noch einmal betont - in der Art und Weise unserer Vergesellschaftung, die eine warenförmige Ökonomie zur Grundlage hat und in der sich die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse den ökonomischen Zwängen unterordnen muss. Es käme also bei den derzeit anstehenden Sparmaßnahmen - die, wie wohl jeder weiß, nicht nur den Bildungssektor betreffen - darauf an, sich darüber bewusst zu werden, wie verwickelt dieses Bildungssystem in den Kapitalverwertungsprozess ist und zu erkennen, dass man, wenn man schon von freier Bildung redet, nicht nur bei Forderungen nach einem gebührenfreien Studium stehen bleiben kann, bzw. diese Forderungen an eine Instanz stellt, die sich in ökonomischen Krisensituationen verstärkt repressiv verhalten wird und gar nichts mit einer freien Bildung am Hut hat, da sie nichts anderes als eine Funktionseinheit zur Aufrechterhaltung eines blindwirkenden ökonomischen Prinzips ist, das sich alle Lebensbereiche unterwirft und sie durchdringt. Deswegen hat auch die derzeitig vorherrschende Wissenschaft nicht viel mit Emanzipation gemein. Dieses System verdient eine ständige, scharfe Kritik, die aber nicht durch Personifikationen der Schuldigen, bzw. das Ausfindigmachen von Bösewichten, zu leisten ist, da keiner sich dem Vergesellschaftungsprinzip entziehen kann - Studenten als zukünftige Mittel- und Oberschicht schon gar nicht - und wir alle durch unser tägliches Verhalten diese Gesellschaft konstituieren. Ein konstruktiver Streik, ein ständischer Protest der zu kurz gekommenen im Bündnis mit der guten Autorität (Staat) jedoch, ist nichts weiter als eine Pseudo-Praxis oder besser aktiver Konformismus. Bevor man aber den Versuch einer emanzipatorischen Praxis macht, sollte man allerdings gut einiges klar haben, denn ein unreflektiertes Drauflos-revolutionieren schafft eher Regress als Emanzipation. Es gilt personale Abhängigkeiten ebenso zu vermeiden wie die völlige Gleichheit eigentlich unterschiedlicher Individuen, sondern vielmehr kommt es darauf an, ohne Schuldige und Leidende, die Einheit in der Verschiedenheit zu erreichen.
Dafür darf kein ausgemaltes Bild, einer von vornherein feststehende Gesellschaft Pate stehen, sondern es muss ein Bewusstwerdungsprozess in Gang kommen, der die Menschen nicht wieder in neue Zwänge setzt.
In diesem Sinne: Lieber richtige Kritik als falsche Praxis, Studentinnen und Studenten aller Länder geht nach Hause, hört auf zu studieren und fangt an zu denken!
akstuerzen@gmx.net

Kein Studium für Deutschland!

Dokumentation des Redebeitrags des Bündnis gegen Rechts (BgR) auf der Vollversammlung der StudentInnen der Universität Leipzig am 28.1.

Wenn Ihr Euch die letzten paar Wochen zusammengefunden habt, so waren die geplanten Einschnitte im Bildungsbereich nicht mehr als der Anlass, um zu beweisen, wie systemkonform Ihr seid. Ihr sorgt Euch um den Standort Deutschland mehr als Ihr Euch um Eure eigenen materiellen Interessen sorgt. Oder wie soll es sonst genannt werden, wenn Euch selbst so harmlose Forderungen wie die nach elternunabhängigem Bafög zu radikal sind?
Die Botschaft Eures Protest an die deutsche Mehrheitsgesellschaft lautet dann auch demgemäss: „Ihr braucht uns, vergesst uns nicht."
Was Euch antreibt, ist die Sorge um den Standort Deutschland, da Ihr, in bester deutscher Tradition, die Interessen des Standorts als Eure eigenen definiert. Dementsprechend nennt Ihr Eure Veranstaltung dann auch einen „konstruktiven Streik". Weit davon entfernt, die Produktion still zulegen, was den Begriff Streik rechtfertigen könnte, reicht es noch nicht einmal dazu, den universitären Betrieb zu stören. Stattdessen werden Konzepte erarbeitet, wie die Universität effektiver werden könnte, wo alternativ gespart werden kann. Mitmachen bei der gesellschaftlichen Modernisierung heißt das Gebot der Stunde. Einen eigenen Beitrag für das neue Deutschland wollt Ihr leisten, und Bildung ist genau das was Deutschland fit macht. Genau das heißt konstruktiv. Da ist es auch nur folgerichtig,

Dass die Universität kein Ort ist, an dem kritische Gedanken beheimatet sind, habt Ihr zur Genüge bewiesen. Dafür wird es Deutschland mit Euch noch weit bringen.

Pressemitteilung des StuRa Leipzig...

StudentInnen sprachen zwei Stunden mit Bundesbildungsministerin Bulmahn über Bildungspolit weitere Treffen vereinbart

Heute um 12:30 Uhr traf sich Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn für zwei Stunden mit VertreterInnen des StudentInnenRats und des Streikkomitees der Universität Leipzig sowie Vertretern der studentischen Landesvertretungen Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens im Bundesministerium für Bildung und Forschung.
Das Gespräch fand in einer sehr offenen Atmosphäre statt und man verabredete, solche Treffen von nun an in jedem Semester durchzuführen. Die Ministerin sprach sich erneut für eine Erhöhung der Studierendenquote und gegen Studiengebühren aus. Sie forderte, ebenso wie es die Studierendenvertretungen schon lange tun, keine Barrieren beim Zugang zum Studium aufzurichten. Die Studierenden sehen, die Studiengebührenfreiheit in Gefahr, da zur Zeit sechs CDU-geführte Bundesländer, darunter auch Sachsen, vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Hochschulrahmengesetz klagen, in dem die Gebührenfreiheit fürs Erststudium festgeschrieben ist. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Finanzierung der Einführung von Bachelor-/ Masterstudiengängen im Zuge der Schaffung eines einheitlichen, europäischen Hochschulraumes. Der Bund habe,...

dass Ihr Euch nicht mit Euren KommilitonInnen, die als Sozialschmarotzer exmatrikuliert werden sollen, solidarisiert. In bester sozialpartnerschaftlicher Manier biedert Ihr Euch den Herrschenden an, vermittelt Ihnen Eure Wichtigkeit für das gesamtgesellschaftliche Wohl. Ein gutes Leben jenseits von Verwertungslogik und gesellschaftlichen Zwängen könnt Ihr Euch nicht einmal im Traum vorstellen, für eine Perspektive jenseits von Kapitalismus und Deutschland ist der Protest an den Unis nicht zu haben.
Dafür habt Ihr aber begriffen, was dem Image eines neuen, weltoffenen, demokratisch gewandelten Deutschlands dienlich ist. Richtig schön zivilgesellschaftlich organisiert der vermeintliche Nachwuchs der deutschen Elite kreative, nette Aktiönchen, alles im Rahmen des Grundgesetzes. Mit Eurer Filmproduktion wisst Ihr selbst die Instinkte der BILD-Zeitungsleser zu bedienen. Dass Ihr dabei mithelft, ein Rollenbild zu zementieren, dass Frauen als Sexualobjekte begreift, interessiert Euch nicht.
Eure vermeintlich lustige Aktion hat vollends demonstriert wie weit Ihr von dem Bedürfnis nach Emanzipation von gesellschaftlichen Zwängen entfernt seid.
Wenn Ihr Euch, wie geschehen, kollektiv die Haare abschneidet und sie dann an die deutsche Industrie verkauft, um Euch als Opfer einer neoliberalen Bildungspolitik zu gerieren, verdeutlicht Ihr damit nur um so mehr, dass von historischem Bewusstsein bei Euch nicht die Rede sein kann. Dass unsere Großeltern den Juden, nachdem sie sie ins KZ gesteckt hatten und bevor sie sie ermordeten, die Haare ab rasierten und der Verwertung zuführten, interessiert Euch nicht.
Vielleicht könnt Ihr ja über Euren phantasievollen Geschichtsrevisionimus noch Eure Nützlichkeit für das deutsche Gemeinwesen unter Beweis stellen und so Eure Ressourcen sichern.
Dass die Universität kein Ort ist, an dem kritische Gedanken beheimatet sind, habt Ihr zur Genüge bewiesen. Dafür wird es Deutschland mit Euch noch weit bringen.
Nicht einmal die Politik-StudentInnen unter Euch haben begriffen, dass politische Entscheidungen die Ergebnisse von Kompromissen sind. Sonst würdet Ihr wohl kaum mit weniger als Minimalforderungen eine Aktion beginnen, die nicht einmal der DGB als Streik bezeichnen würden. Was von Euren Forderungen übrig bleibt ist jetzt schon absehbar: nämlich nichts.

Ein gutes Leben jenseits von Verwertungslogik und gesellschaftlichen Zwängen könnt Ihr Euch nicht einmal im Traum vorstellen, für eine Perspektive jenseits von Kapitalismus und Deutschland ist der Protest an den Unis nicht zu haben.

Wer aber jenseits aller Standortlogik das gute Leben fordert, also die Abschaffung von Prüfungen, Exmatrikulationen etc, der wird mit viel Glück und Rabatz die Einführung von Studiengebühren verhindern, mal ganz davon abgesehen, dass ein solcher Streik auch Solidarität verdient hätte.
Hört auf zu studieren, fangt an zu denken!

... zum Bulmahn Gespräch am 10. 02.04

...so Bulmahn im Gespräch, das Angebot gemacht 30 Mio. Euro bereitzustellen, ein Gesprächsangebot wurde aber von den CDU geführten Bundesländern abgelehnt. "Wir fordern ein vernünftiges Finanzierungskonzept zur Einführung der neuen, konsekutiven Studiengänge und sehen Bund und Länder gleichermaßen in der Pflicht das zu gewährleisten", sagt Benjamin Schulz, StuRa Sprecher.
Die Bundesministerin beklagte außerdem gegenüber den Studierenden, dass die Bundesländer erhöhte Bundeszuschüsse oftmals nur dazu nutzen, ihre eigenen Aufwendungen zu kürzen. Sie sicherte zu die Mittel zum Hochschulbau bei 900 Mio. Euro, also dem Stand von 2004, zu belassen. Die Länder müssen dementsprechend die gleiche Summe zur Verfügung stellen. Weiteres Thema des Gesprächs war die Debatte um Spitzenuniversitäten. Diese selektive Förderung dürfe auf keinen Fall zuungunsten der normalen Unis gehen, so die Forderung der studentischen VertreterInnen und Bulmahn sah das ähnlich.
Das Treffen war auf der Demonstration während der Klausurtagung der SPD-Fraktion am 8. Januar in Leipzig vereinbart worden, bei denen einige tausend protestierende Studierende verhindert hatten, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder zu einem offiziellen Termin zur Leipziger Olympiabewerbung teilnehmen konnte.
Torben Ibs, Referent für Öffentlichkeitsarbeit StuRa Universität Leipzig

Mimmi Strubbat (Incipito)

AntisemitInnen im Waldstraßenviertel wollen jüdisches Gemeindezentrum verhindern

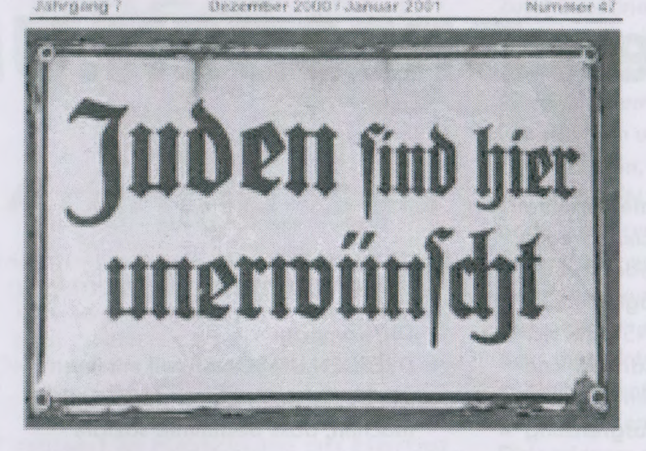
Leipzigs Zivilcouragierte werden wieder einmal auf die „Toleranzzerreißprobe“ gestellt. Derzeit laufen brave BürgerInnen Sturm gegen die Baugenehmigung eines jüdischen Gemeindezentrums im Waldstraßenviertel.

Das Waldstraßenviertel in Leipzig zählt zu den schönsten aber auch teuersten Wohngegenden in Leipzig. Aber seit einiger Zeit sehen die BewohnerInnen dieser Gegend die idyllischen Ruhe im Stadtbezirk bedroht. Sie fürchten, sich nicht mehr sicher fühlen zu können, wenn in ihrer Nachbarschaft der Umbau eines Hauses in das neue jüdische Gemeindezentrum verwirklicht wird. Vier von ihnen haben gegen die bereits von der Stadt erteilte Genehmigung zum Umbau eines ehemaligen Altheims geklagt. Sie sehen die Sicherheit des Viertels durch mögliche Angriffe auf das Zentrum gefährdet. Die Zurückweisung ihres Widerspruchs durch die Stadt Leipzig und das Regierungspräsidium führte zu den eingereichten Klagen, die jetzt öffentlich bekannt wurden. Wegen dieser Klagen und den vorangegangen Einsprüchen liegen die Arbeiten am Zentrum der israelitischen Gemeinde schon seit Oktober 2002 auf Eis. Für die Gemeinde wird die Situation damit langsam prekär. Beginnt der Bau nämlich nicht in diesem Jahr, verfallen die bereits zugesagten Fördermittel, so dass die Klagen allein durch die Verzögerung zu einer Verhinderung des Umbaues des Gemeindezentrums führen könnten.
Dabei zeigt das als Standort vorgesehene Ariowitsch-Haus, dass jüdisches Leben das Waldstraßenviertel einst maßgeblich prägte. Von den Nazis enteignet, ist das Haus nach seiner Rückübertragung wieder Eigentum der jüdischen Gemeinde. Es befand sich vor 1933 in einer Gegend, in der sehr viele jüdische BürgerInnen lebten. Heute erinnert dort allerdings nicht mehr viel daran.
Ein Umstand zu dem auch die Stadtverwaltung ihren Teil beigetragen hat. Der Stadt wurde im Jahr 2002 von dem Künstler G. Demnig angeboten, „Stolpersteine“ vor jenen Häusern in den Bürgersteig einzulassen, in denen deportierte jüdische Menschen einst lebten. Auf einer Messingplatte auf dem Kopf der Pflastersteine sollten die Namen und Orte der Ermordung eingraviert werden. Während Städte wie Berlin, Köln und Hamburg der Initiative, die auch privat gefördert werden kann, statt gaben, lehnte Leipzig wie auch München das Vorhaben ab. Die Stadtverwaltung sah sich durch das Konzept an den Sunsetboulevard in Hollywood erinnert, wo die Größen des Films ihre Sterne ebenfalls als Gehwegplatten verliehen bekommen. Warum dieser Vergleich, so abwegig er auf den ersten Blick auch erscheinen mag, überhaupt ein Grund ist, das Konzept abzulehnen, versteht Demnig bis heute nicht. So aber gibt es in Leipzig keine Erinnerungstätten, die den BürgerInnen Tag für Tag verdeutlichen, wie viele Menschen von den LeipzigerInnen aus ihrem Leben in der Stadt deportiert und anschließend ermordet wurden. Und so bleiben eben auch die alltägliche vor der Haustür liegenden Hinweise auf das einstige jüdische Leben im Waldstraßenviertel aus.

Der Verein Waldstraßenviertel veranstaltet am 9. März eine Diskussionsrunde: „Das neue jüdische Gemeindezentrum – Anlass zur Sorge oder neue Chance?“ Das bgr und andere Gruppen rufen zu einer Kundgebung vor der Veranstaltung auf.

Ob die Errichtung der „Stolpersteine“ allerdings die jetzt gegen das Gemeindezentrum Protestierenden von ihrem Protest abgehalten hätte, darf bezweifelt werden. Es hätte nur die Ungeheuerlichkeit ihres Ansinnens deutlicher hervorgehoben. Bisher hat sich zu dieser Ungeheuerlichkeit in Leipzig nur der Pfarrer der Thomaskirche Christian Wolff öffentlich geäußert, indem er die Einsprüche „in einer trüben Tradition des Antisemitismus“ verortete und die Klagenden aufforderte, sie zurückzunehmen. Wolff schrieb im Gemeindebrief der Thomasgemeinde: „Die Bürgerschaft Leipzigs hat die Verpflich-

tung, das Projekt zu unterstützen und ein Zeichen zu setzen. Schließlich trägt sie ja auch eine historische Verantwortung für die Zerstörung jüdischen Lebens in der Stadt." In einer Initiative mit BewohnerInnen des Waldstraßenviertels sollen jetzt Unterschriften für das jüdische Gemeindezentrum gesammelt werden.
Außerdem wird für den 9. März eine Veranstaltung von den BewohnerInnen des Viertels geplant, mit dem Titel „Das neue jüdische Gemeindezentrum – Anlass zur Sorge oder neue Chance?" Dort soll dann auch über die Möglichkeiten von Sicherheitsmaßnahmen gesprochen werden. Wer jedoch ernsthaft glaubt, dass das Begehren der Kläger mit einer Kameraaufstellung oder Polizeischutz zu befriedigen ist, verkennt absichtlich den Charakter der Klagen. Wie so oft wird mit dieser Veranstaltung nicht der Kern des „Problems" getroffen. Es ist nicht die Sorge um die Sicherheit des jüdischen Zentrums, welche die vier Kläger vor das Gericht treibt. Der Grund ihres Aufruhrs sind die Jüdinnen und Juden, mit denen sie zukünftig in ihrem Viertel zusammen leben müssen. Sie machen ein „Sicherheitsrisiko" dort aus, wo es Menschen gibt, die für das deutsche Volk „die Anderen" oder „die Fremden" sind. Klassisch wird argumentiert, dass Menschen, die sich von der deutschen Allgemeinheit unterscheiden, für die Angriffe verantwortlich zu machen sind, die gegen sie gerichtet werden. Diese ideologische Verdrehung von Ursache und Wirkung bei Angriffen auf jüdische Menschen, MigrantInnen und Andersdenkende wurde schon oft benutzt, um AsylbewerberInnenheime, linke Jugendzentren oder Synagogen zu verhindern. Wer wie die Klagenden das Sicherheitsrisiko in potentiell oder tatsächlich Angegriffenen sieht, sorgt sich nicht um deren Sicherheit und will auch nichts gegen mögliche Angriffe unternehmen. Die Klagenden wollen kein jüdisches Zentrum in ihrer Nachbarschaft. Die „Ruhe", in der sie gelassen werden wollen, lässt sich für sie nur durch das Prädikat „judenfrei" erreichen.
Weil sich die Argumentation der


Waldstraßenviertel
NACHRICHTEN
Jahrgang 7 Dezember 2000 / Januar 2001 Nummer 47

Liebe Bewohner
und Freunde

In diesem Heft

Einsprüche schwerlich in fürsorgliches Helfen umdeuten lässt, bezeichnet sie auch Sachsens Landesrabbiner Almekias-Siegel als Antisemitismus, der sich hinter dem Deckmantel vermeintlicher Sorgen um die Sicherheit im Viertel versteckt. Keiner der vier Kläger hat bisher bei ihm angerufen und ihm ins Gesicht sagen zu können, was seiner Meinung nach ein Sicherheitsrisiko darstellt.
Die am 9. März geplante Veranstaltung weist allein durch ihren Titel schon darauf hin, dass es ihr nicht darum geht, den Mantel zu lüften, um den sich offenbarenden Antisemitismus angreifen zu können und so tatsächlich die Sicherheit des künftigen Gemeindezentrums zu erhöhen. Vielmehr lädt sie dazu ein, das antisemitische Ressentiment möge sich doch in gemeinsamer Diskussion äußern. In alter Multikulti-Manier müssen die zu Fremden und den Anderen stilisierten Jüdinnen und Juden beweisen, welche Chance für BewohnerInnen des Waldstraßenviertels in ihrem Zuzug liegt. Doch was ist eigentlich, wenn eine solche Chance, die „gefühlte" Gefährdung der Kläger nicht aufzuwiegen vermag. Bleibt dann das Waldstraßenviertel „judenfrei"? Auch wenn es von der LVZ als eine Verschärfung der Debatte empfunden wurde, dass Christian Wolff den Antisemitismus beim Namen nannte, hat das *bgr* die Initiative ergriffen und ruft gemeinsam mit anderen Gruppen für den 9. März zu einer Kundgebung vor der angekündigten Veranstaltung auf, die auf das hinweist, was in der Veranstaltung verschwiegen werden soll. Die Ungeheuerlichkeit ist, dass antisemtisches Engagement heute versuchen kann, das im Nationalsozialismus durchgesetzte „judenfrei" aufrecht zu erhalten, ohne in aller Schärfe zurückgewiesen zu werden.

Für die einen ist es schwerer Hausfriedensbruch, für die anderen ist UMSONSTBaden die schönste Sache der Welt

Der Staatsschutz ermittelt gegen DRESDEN.UMSONST

Seit einigen Monaten ermittelt der Dresdner Staatsschutz wegen schweren Hausfriedensbruchs gegen die Kampagne DRESDEN.UMSONST, die sich mit künstlerischen Ausdrucks- und Interventionsformen gegen räumliche und soziale Ausgrenzung wendet. Am Morgen des 21. Januar 2004 wurden vier Beschuldigte von Polizeibeamten zuhause abgeholt und unter Zwang zur erkennungsdienstlichen Behandlung auf das Polizeipräsidium Schießgasse verbracht. Eine fünfte Person wurde nicht angetroffen[1]. Wörtlich wird den Beschuldigten vorgeworfen, dass sie „am 14.09.2003 gegen 14.30 Uhr gemeinsam mit weiteren Personen, insgesamt ca. 20, durch Übersteigen der Absperrungen unberechtigt Zutritt zum Georg-Arnhold-Bad verschaffte, um Flugblätter und Luftballons zu verteilen, mit welchen das Bad – wie beabsichtigt zumindest aber billigend in Kauf genommen – verschmutzt wurde. Die 20 Personen bezahlten, wie beabsichtigt, keinen Eintritt, sie gingen organisiert und abgestimmt in einer, die Ordnung und Ruhe des öffentlichen Badebetriebes störenden Art und Weise – wie sie wussten – vor, strafbar als schwerer Hausfriedensbruch gem. § 124 StGB."

[1] Darüber hinaus waren von dieser Polizeiaktion Personen betroffen, denen im Zusammenhang von Antifa-Aktivitäten u.a. Landfriedensbruch und Sachbeschädigung vorgeworfen wird.

Symbolische Aneignung – Kunst als Intervention

Die Kampagne DRESDEN.UMSONST will mit ihren symbolischen Aneignungen deutlich machen, dass bestimmte soziale und kulturelle Bedürfnisse zum Leben dazugehören und deshalb nicht zur Disposition gestellt werden dürfen. Damit erteilen wir der neoliberalen Sachzwanglogik „Es ist nicht genug für alle da" eine Abfuhr und stellen dem die Frage entgegen, wer denn darüber entscheidet, was gesellschaftlich finanziert werden kann und was der Marktlogik unterworfen werden muss. Der allgegenwärtigen Aufforderung „den Gürtel enger zu schnallen" widersprechen wir mit unserer Forderung nach einem „schönen Leben jetzt und für alle!". Wir haben ein Recht darauf und wir sind nicht mehr bereit zu warten.

DRESDEN.UMSONST erteilt der neoliberalen Sachzwanglogik „Es ist nicht genug für alle da" eine Abfuhr und stellt dem die Frage entgegen, wer denn darüber entscheidet, was gesellschaftlich finanziert werden kann und was der Marktlogik unterworfen werden muss.

DRESDEN.UMSONST will dabei neue Wege beschreiten, um politische Inhalte zu transportieren.

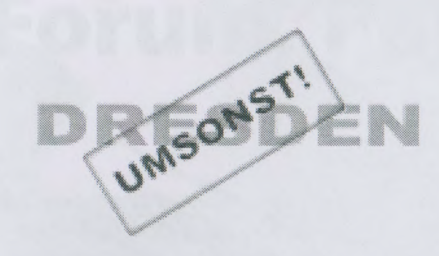
Mit Hilfe von kreativen und künstlerischen Ausdrucks- und Interventionsformen wollen wir das Mittel der Irritation stark machen, wir wollen uns temporär Leistungen oder Räume aneignen, von denen immer mehr Menschen ausgeschlossen werden. Die symbolischen Aneignungen sollen helfen, für einen Moment an der Alternativlosigkeit zu den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen zu zweifeln. Die im Zuge der Aneignungen notwendig werdenden Regelverstöße ermöglichen der eigenen Bedürfnislage eine kollektive Ausdrucksform. DRESDEN.UMSONST steht dabei selbst zur Aneignung offen und kann als Label für verschiedene Aktionen genutzt werden. So fand drei Tage nach der Staatsschutzaktion eine temporäre Hausbesetzung in Dresden statt, in deren Zusammenhang ausdrücklich „Alles für alle und zwar UMSONST!" gefordert wurde.

Brustschwimmen für alle – und zwar UMSONST!

Angefangen hatte alles mit einer Aktion im Frühjahr 2003 in der Altmarkt-Galerie, mit der untersucht werden sollte, inwieweit Handlungen, die im öffentlichen Raum früher selbstverständlich waren, wie Tanzen, Betteln, musizieren, Karten spielen, Auf-den-Boden-sitzen und das Trinken von Alkohol, in angeblich multifunktionalen Einkaufszentren noch möglich sind. Mit dieser Aktion sollte gegen die räumliche Ausgrenzung von „abweichenden" Verhaltensweisen protestiert werden.

Am 14. September gingen dann AktivistInnen der Kampagne DRESDEN.UMSONST im städtischen Arnhold-Bad schwimmen. UMSONST und ohne zu bezahlen. Sie waren ausgerüstet mit Luftballons, Handzetteln, Musik und badefertig bekleidet. Im Schwimmbad wurden Transparente befestigt „Heute FREIBADen" und an interessierte Badegäste die Handzettel verteilt. Die anfängliche Verwirrung - „Was heißt UMSONST? Kriege ich jetzt mein Eintrittsgeld zurück?" - konnte dafür genutzt werden, über steigende Eintrittspreise, den städtischen Kürzungshaushalt und die Notwendigkeit des freien Zugangs zu sozialen und kulturellen Einrichtungen zu diskutieren. Nach 15 Minuten waren alle wieder draußen; die Luftballons blieben als Spielball der Kinder zurück.

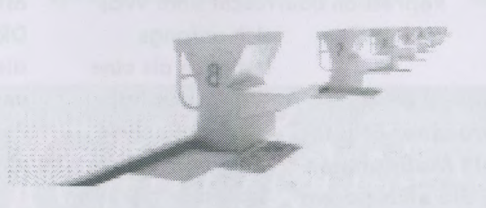
Ein paar Wochen später fand eine weitere Aktion statt: BUS UND BAHN FREI. Offen und in Gruppen wurde Straßenbahn gefahren. Nicht schwarz, sondern UMSONST. In den Bahnen wurde an überraschte Fahrgäste Luftballons mit Handzetteln verteilt, nachdem sie mit einem lauten: „Wir sind von DRESDEN.UMSONST und fordern BUS UND BAHN FREI!" begrüßt wurden. Die Alltäglichkeit wurde durchbrochen, die überall in den Bahnen befestigten Luftballons und der mittels Recorder abgespielte Jingle sorgten für einen Happening-Charakter. Die Reaktionen waren unterschiedlich. Teilweise wurden wir – unter Bezugnahme auf einen Artikel in der Sächsischen Zeitung – mit den Worten „Auf euch habe ich schon gewartet!" begrüßt. Andere bedauerten, dass sie nicht auch UMSONST fahren könnten, sie hätten schon eine Monatskarte. Teilweise wurden wir aber auch ignoriert nach dem Motto: Hat man selbst in der Straßenbahn keine Ruhe mehr!



Arnhold-Bad

Heute sind wir ins Arnhold-Bad gegangen. Zum Schwimmen. Ohne zu bezahlen. Und das aus gutem Grund. Ottendorf-Okrilla ist überfüllt. Pratzschwitz ebenso. Das Schwimmbad in Cotta geschlossen, das Freibad in Klotzsche ab Herbst zu. Freiberger Straße hat nur begrenzte Öffnungszeiten. Und fürs Arnhold-Bad sollen wir für 2 Stunden 2,40 – 4,50 € bezahlen. Für 4 Stunden 3,50 – 7 €. Nicht mit uns.

Brustschwimmen für alle und maximal UMSONST.



www.dresden-postplatz.de/dresdenumsonst
dresden.umsonst@gmx.net

Noch Stunden später wurden Bahnen gesehen, die mit Luftballons von DRESDEN.UMSONST durch die Stadt fuhren.

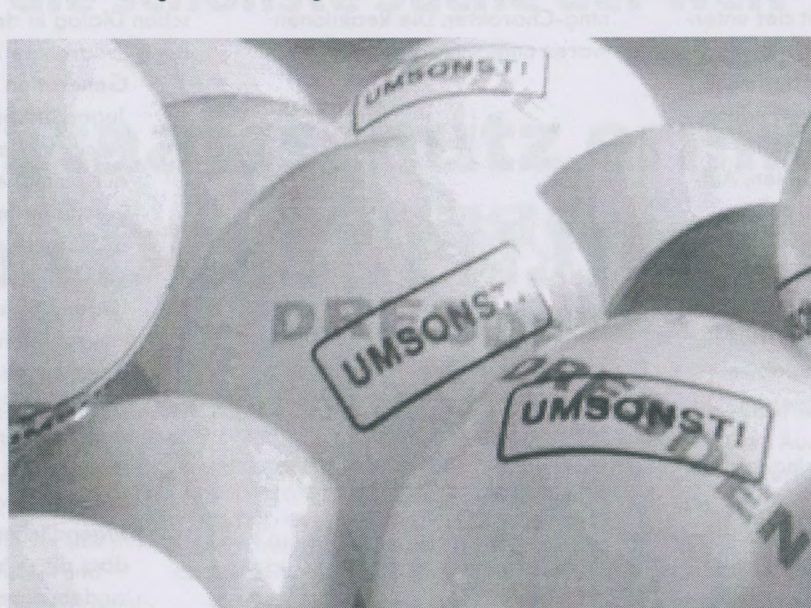
Im November führte DRESDEN.UMSONST einen szenischen Dialog in dem von Schließung bedrohten Theater Junge Generation vor ca. 350 Jugendlichen auf. Vor dem Stück Hamlet erhoben sich auf einmal einzelne ZuschauerInnen und fingen an, quer durchs Theater einen Dialog miteinander zu führen, in dem die Schließung von sozialen und kulturellen Einrichtungen, die Aktionen von DRESDEN.UMSONST und andere Interventionsformen thematisiert wurden. Erst in der Pause wurden die Jugendlichen aufgeklärt, dass diese Intervention nicht zu dem eigentlichen Stück gehörte. Es entstanden Diskussionen, auch mit den SchauspielerInnen. Bei dem nächsten Aktionstag gegen den kommunalen Sparhaushalt waren auch Mitglieder des TJG mit einem übergroßen Drachen vor dem Rathaus.

Der Staatsschutz schlägt zurück

Nach der 15 minütigen Aktion „Heute FREIBADen" wurden vier Personen von Polizeibeamten festgehalten, ihre Personalien aufgenommen und Fotomaterial beschlagnahmt. Was sich anfangs als polizeiliches Routinehandeln ausnahm, stellte sich im Nachhinein als Ermittlungsmaßnahme der Abteilung des Staatsschutzes der Dresdner Polizei dar. Und die wollen es ganz genau wissen. Inzwischen wird nicht nur gegen die vier Festgenommenen wegen schweren Hausfriedensbruchs ein Verfahren geführt, sondern auch gegen

MitarbeiterInnen und KünstlerInnen des Kunstprojektes DRESDENPostplatz ermittelt. Die Ermittlungsmaßnahmen erstrecken sich auf alle und alles, was mit DRESDEN.UMSONST in Verbindung gebracht werden kann. So wurde die Kuratorin des Kunstprojektes DRESDENPostplatz, die aus dem Schwimmbad als Journalistin berichtete, von Beamten des Staatsschutzes über drei Stunden lang verhört. Ebenso wurden an den Redakteur der Radiosendung, der über die Aktion berichtete, und den Lizenznehmer der Veranstaltungsfrequenz RadioStadt1 Zeugenvorladungen verschickt.

Aber auch die Umstände der „Zuführungen" zur Erkennungsdienstlichen Behandlung sprechen eine deutliche Sprache. So wurden bei einem Beschuldigten die Eltern unter Druck gesetzt, den Aufenthaltsort ihres Sohnes preiszugeben, obwohl sie dazu aufgrund des verwandtschaftlichen Verhältnisses nicht verpflichtet sind. Die Beschuldigten wurden teilweise mit Handfesseln abgeführt, obwohl sie deutlich gemacht hatten, dass sie der Aufforderung ohne Widerstand Folge leisten würden. Bei einer weiteren Beschuldigten wurde die Wohnung aufgebrochen, da niemand zu diesem Zeitpunkt dort anwesend war. Inzwischen erhalten die MitbewohnerInnen der am 21. Januar zur ED-Behandlung verbrachten Personen ebenfalls Vorladungen – ihre Personalien waren im Zuge der Polizeiaktion rechtswidrig erfasst wurden.



Wir sehen diese Ermittlungen des Dresdner Staatsschutzes als Maßnahmen gegen alle, die sich gegen den zunehmenden Sozialabbau wehren und weiterhin wehren wollen. Es geht um die Zukunft des sozialen Protestes und Widerstandes und möglichen Formen politischer Auseinandersetzung.

Alles für alle!

Wir müssen zugeben, dass wir über den Umfang der staatlichen Repression überrascht sind. Was sich anfangs lediglich als eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für tätigkeitslose StaatsschützerInnen darstellte, entpuppt sich als gezielte Kriminalisierung sozialen Protestes. Sie meinen es wirklich ernst. Das bedeutet aber auch, dass wir mit unseren Aktionen den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Der Umfang des Abbaus sozialer und kultureller Leistungen und der damit verbundene Ausschluss von Teilen der Bevölkerung macht sich nicht nur an der Gesundheitsreform, den Hartz- und Rürup-Gesetzen deutlich, sondern auch an dem geplanten Sparhaushalt der Stadt Dresden.

Wir sehen diese Ermittlungen des Dresdner Staatsschutzes nicht nur als Maßnahmen gegen DRESDEN.UMSONST, sondern gegen alle, die sich gegen den zunehmenden Sozialabbau wehren und weiterhin wehren wollen. Mit der Anfang des Jahres in Kraft getretenen AGENDA 2010 und den anstehenden Kürzungen im Kultur- und Sozialhaushalt der Stadt Dresden nehmen der Unmut und die Unzufriedenheit weiter zu. Welcher Ausdrucks- und Interventionsformen sich dabei bedient werden kann, ist noch offen. Es geht also nicht nur um DRESDEN.UMSONST, sondern um die Zukunft des sozialen Protestes und Widerstandes und möglichen Formen politischer Auseinandersetzung.

Niemand – auch nicht die Dresdner Staatsanwaltschaft – kann allen ernstes erwarten, dass die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und die Ökonomisierung der Lebensverhältnisse ohne Widerstand über die Bühne gehen.

Alles für alle. Und zwar UMSONST!

www.dresden-postplatz.de/dresden-umsonst
dresden.umsonst@gmx.net

Victoria Kendler, Peter Ullrich

Report Back: European Identity Forum, Paris 2003[1]

[1] Dieser Bericht wurde von Menschen geschrieben, die, wohl durch ihren Hang zum Absurden und ihren Blick für das Durchgeknallte und sicher auch durch etwas Pech auf dem ESF einen einseitig-schlechten Eindruck bekamen. Wir hoffen sehr, dass dieser Eindruck trügt. Bei allem kursiv Gesetzten handelt es sich um nachträgliche Zitate aus dem Gedächtnis.

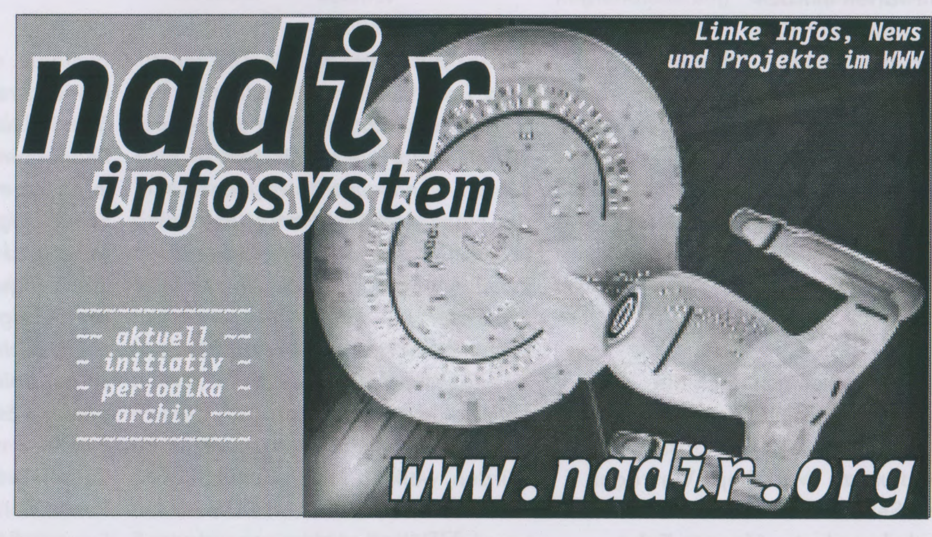
Markt der Möglichkeiten

Der unsterbliche Che allerorten, neben der roten Fahne ganz häufig die baskischen und katalanischen „National"fahnen, und v.a. das sog. Palituch, die arabische Kuffijah – als Schal oder Rock, zusammengerollt als Gürtel oder lässig um die Schultern gelegt, als Tischdecke, Kopftuch und Unterlage für die Isomatte – das zweite Europäische Sozialforum in Paris präsentiert sich auch als ein Jahrmarkt der Symbole, Identifikations-Logos, Wir-Gefühle, kurz: Identitäten. Die Frage: „Was wollen die Globalisierungskritiker?" löst sich auf, wird überflutet vom Angebot an verschiedenartigen Ideen und der Unvereinbarkeit ihrer Inhalte. Dicht nebeneinander marschieren auf der Demo AnarchistInnen und ParteianhängerInnen, Grüne und SozialistInnen, ChristInnen und MaterialistInnen. Ist das die durch die schreienden Ungerechtigkeiten dieser Welt noterzwungene Einheit der *Singularitäten* (A. Negri) angesichts des globalen Feindes, des *Empire*? Oder ist ein Bewegungstreffpunkt wie dieser doch mehr dazu da, persönliche Bedürfnisse zu stillen, wie das nach Geborgenheit und Heimat, nach Selbstinszenierung und Geltung, danach, endlich einmal klar zu machen, wer gut und wer böse ist. Und v.a. nach dem trügerischen Gefühl von Einheit mit ganz vielen anderen. Ein nicht unbedeutender Teil des ESF stellte sich leider genau so dar – als European Identity Forum.

Wer es nicht erlebt hat, wird nicht glauben, welche Euphorie die Ankündigung eines Redners, er werde katalanisch reden, hervorrufen kann.

Forum der Eitelkeiten

Die nach unserer Erfahrung typische ESF-Veranstaltung sieht etwa so aus: 10 Menschen sitzen auf einem Podium, geben in der entsprechend begrenzten Zeit recht knappe Statements ab. Elaborierte Analyse bekommen die ZuhörerInnen so leider nicht, aber wenigstens klare Aussagen. Zum Thema Lateinamerika z.B. von drei (!) verschiedenen Referenten hintereinander die gleiche Argumentationskette, die sich im Wesentlichen so anhört: *Das neoliberale Umbauprogramm liegt im Interesse der USA und der Konzerne, es hat katastrophale Folgen und in Lateinamerika regt sich Widerstand. Wenn wir nur*



viele werden, dann stoppen wir den gemeinsamen Feind. Aussagen so wahr wie banal. Welche/r Teilnehmer/in am ESf hat sich das nicht schon vorher so ähnlich gedacht?
Doch es empfiehlt sich nach einer solchen Enttäuschung des Intellekts nicht, gelangweilt die Segel zu streichen. Denn nach dem letzten Bühnenstatement wird der Ring für das Publikum geöffnet und fortan zu Selbsttherapierung für Bewegungen bzw. persönlichen Eitelkeiten genutzt. Innerhalb von Sekunden bildet sich eine Schlange von 50 Menschen. Die Kette von Aussagen und Forderungen nimmt kein Ende. Interessanterweise nimmt kaum jemand Bezug auf das im Podium Gesagte. Viele PublikumsrednerInnen antworten einfach nur etwas auf ihre VorrednerInnen. Andere erzählen, was sie eben gerade so machen oder für wichtig halten, ob es nun zum Thema passt oder nicht. Der Rahmen verbietet sowohl eine strategisch-perspektivische als auch eine inhaltliche Diskussion.

Markt der Zugehörigkeiten

Wir versuchen nun doch die geschwätzige, inhaltlose Veranstaltung zu wechseln. Die Gaststadt lockt uns zu Workshops Vorträgen und Seminaren in die vier kommunistisch regierten Vororte Saint-Denis, Bobibgny, la Villette und Ivry-sur-Seine, wo die Workshops und Seminare angeboten werden. Neben dem umfangreichen, 55-seitigen Programmwälzer, wecken unseren Respekt so auch die Pariser Entfernungen. Die Zeit rennt weg. Doch die immer wieder schöne Stadt kompensiert das – vielleicht mal wieder hierher fahren, wenn keine Bewegungen in der Nähe sind! Der Pariser Bekannte, arbeitslos, lädt die Autorin zum Essen ein: *Schließlich bin ich Franzose!*
Damit erinnert er wieder an die Veranstaltung „Cultural and national identities in Europe“, die wir eigentlich lieber vergessen würden, weil man sich plötzlich so verloren vorkommen kann. Dieser traurige Höhepunkt dessen, was der nicht fortschrittliche Teil des ESF aufzubieten hatte, präsentierte uns Vertreter von Volksgruppen, die endlich die nationale Unterdrückung beenden wollen. Doch wer saß da? Nicht etwa Sinti und Roma aus dem Kosovo oder palästinensische Flüchtlinge aus Syrien oder Israel, nicht Jüdinnen und Juden aus dem Iran, nicht Tschetschenen und nicht Kurden. Nein, da saßen z.B. ein Baske, ein Flame, ein Katalane und ein Schotte – wahrlich Vertreter der am schlimmsten diskriminierten und leidenden „Völker“ Europas. Doch damit nicht genug. Sie fordern so interessante Sachen wie *Bevölkerungsökologie*, die die Reinheit einer Nation propagiert. Fast zwei Stunden lang geben sich die Rednerinnen und Redner Mühe, mit ihren unbefriedigten nationalen Erweckungsträumen im Publikum Mitleid zu erregen und uns zu überzeugen, wie wichtig es doch ist, die *eigene Sprache* zu sprechen, *auch wenn ich sie leider nicht so gut beherrsche,* und einen *eigenen* Staat zu errichten. Voll Emotionen und Pathos flossen die Redebeiträge vom Podium ins Publikum herunter und ernten z.T. frenetischen Beifall, geschmückt mit den jeweils dazugehörigen Flag-

| **Angehöriger einer stark unterdrückten Volksgruppe Europas in traditioneller Widerstandskleidung beim Versuch, die Welt auf die ihm widerfahrende Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen und in der Gefahr schwebend, sich zu erkälten.**

gen. Wer es nicht erlebt hat, wird nicht glauben, welche Euphorie die Ankündigung eines Redners, er werde katalanisch reden, hervorrufen kann.
Die größte Performance bereitete aber der schottische Vertreter vor. Sein Auftreten ähnelte dem eines Fernsehpredigers, der im Angesicht des nahenden Weltgerichts trotzdem noch etwas Gnade zu verbreiten sucht. Im traditionellen schottischen Faschingskostüm spielt er auf der Flöte „Old Lang Syne". Zum Abschluss reicht er schottischen Whisky in einer Schüssel durchs Publikum. Der Jubel ist grenzenlos. Die Schüssel geht durch die Reihen. Der nicht im Mindesten verhohlene, stumpfsinnige Nationalismus wird mit Alkohol zur Botschaft der Völkerverständigung umgelogen. Die nationalistischen Redebeiträge ließen glücklicher-weise das Publikum nicht komplett gleichgültig. Nachdem im Podium nicht die Spur einer Reflexion der negativen Seiten dieser „imaginierten Gemeinschaft" Nation (B. Anderson) zu hören waren, meldeten sich nun auch einige KritkerInnen zu Wort, die darauf hinwiesen, dass mit der Definition eines Gruppen-eigenen auch immer der Ausschluss und schon zu oft die Unterdrückung des anderen verbunden war. Doch noch immer dominierten die Stimmen derjenigen, die sich tief ergriffen zeigen von so viel Volkstum, Gemeinschaft und Traditionsstubenflair. Die von jemandem vorgebrachte low-level-marxistische Anmerkung, *dass Arbeiter in der ganzen Welt mehr gemeinsam haben, nämlich den Interessensgegensatz zu den Besitzenden, als so unterschiedliche Menschen innerhalb einer Nation,* findet nur mäßigen Applaus. Wen wundert es da noch, dass anschließend jemand aufsteht und bekundet *Ich bin so froh und berührt hier sein zu dürfen und zu erleben, wie so viele Menschen sich einig sind und das gleiche wollen, für unsere gemeinsame Sache.* Wer angesichts der offenkundigen Differenz voll emotionaler Verzückung solche Einigkeit konstatiert, zeigt ungewollt den gefährlichen Kern seiner nationalen Ambitionen, zeigt, dass das Kollektiv keine Andersartigkeit verträgt, ja sie wohl nicht einmal wahrzunehmen in der Lage ist.

Auf immer Forum der Beliebigkeit?

Für diejenigen, für die Sozialforen mehr sind als Identitäts-supermärkte, bleibt die Frage, was sie bringen sollen. Eine der liebsten nachträglichen Äußerungen von Besuchern solcher Events scheint zu sein: *Ich bin beeindruckt!* Das kann sich auf zu Vieles beziehen. Wenn es als positive politische Gesamt-Einschätzung gemeint ist, kann es nicht stimmen. Zu gegensätzliches spielte sich in Paris ab als dass man es ohne ein Aber bewerten könnte.

Wollen wir weiter diese Sozialforen, auf denen es allen möglich ist, Ideen jeder Art, auch nationalistische zu propagieren, die zum Pflegen individueller Selbstdarstellungsbedürfnisse missbraucht werden?

Wollen wir weiter diese Sozialforen, auf denen es allen möglich ist, Ideen jeder Art, auch nationalistische zu propagieren, die zum Pflegen individueller Selbstdarstellungsbedürfnisse missbraucht werden? Entscheiden wird es sich daran, ob Veranstaltungen der beschriebenen Art langfristig die Sozialforen dominieren, oder ob sich in Zukunft die ebenso vorhandenen Versuche mehr als symbolische, selbstbeweihräuchernde Politik zu machen, durchsetzen. Auch solche Bestrebungen gab es beim ESF; positiv hervorzuheben sind die diversen Gründungen von europaweiten Netzwerken politischer Gruppierungen und die Initiativen zur Vernetzung von an spezifischen Themen Arbeitenden. Eine andere Möglichkeit, die Idee des Sozialforums fruchtbar zu machen, ist die konsequente Ausweitung auf die regionale und lokale Ebene. Denn erst hier kann ein Diskussionszusammenhang dieser immensen ideologischen Breite nachhaltige Wirkungen zeigen. Er könnte Diskussionen fruchtbar machen, weil der Prozess der inhaltlichen Auseinandersetzung institutionalisiert wird. Noch ist nichts entschieden.

Die AutorInnen:
Victoria Kendler, geb. 1974 in Russland, Dipl. Deutsch- und Russischlehrerin, zur Zeit Studium Anglistik/Volkswirtschaft/Romanistik in Marburg, aktiv bei der Hochschulpolitischen Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t. und der Initiative Solidarische Welt.

Peter Ullrich, geb. 1976, Soziologe, Mitglied des Bündnis gegen Krieg und der Gesellschaft für eine lustigere Gegenwart, promoviert im PHD-Studiengang „Transnationalisierung und Regionalisierung" am Zentrum für Höhere Studien der Uni Leipzig zum Thema „Politik und Identität. Zur Soziologie linker Identität in Deutschland"; verschiedene Veröffentlichungen zu sozialen Bewegungen sowie zum Nahostkonflikt und seiner Rezeption in Deutschland. Kontakt: ullrich@uni-leipzig.de

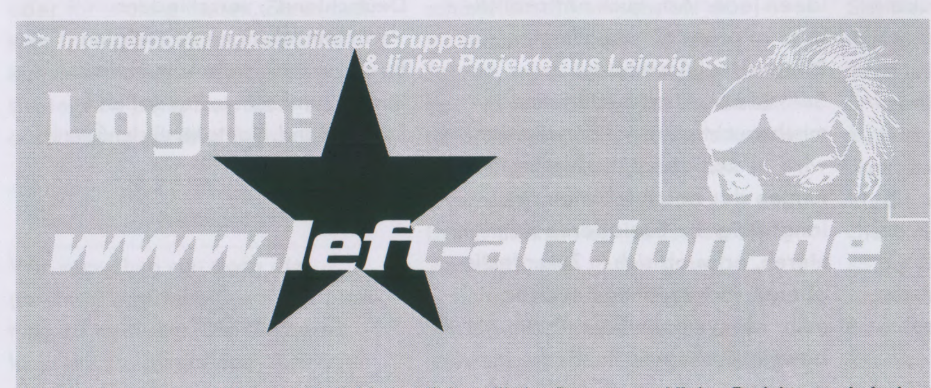
Unterhaltungstipp des monats:

Wie wär es denn mal mit hate-mails schreiben.eine. Für die, die entspannung vom gestressten alltag suchen, nichts wie ran an die rechner. Als adressat der woche gibt's so leckerbissen wie „technohardbeat.de".

Well, werden einige, wenn nicht sogar viele sagen, die die seite mit ihrem veranstaltungskalender [hauptsächlich zu „underground" elektronik veranstaltungen, antifademos...], gästebuch und den etlichen fotoserien von events, kennen.

Ach ja, die fotoserien von vergangenen events ... ich bin ja bestimmt nicht die einzige person die nach der letzten technoparty in der gieszer, im alten elastic oder sonstwo, ganz automatisch und fremdgelenkt, die frischgemachten fotos von ebendiesen wochenendbegnügungen auf technohardbeat.de durchforstet, bis ...ich ein bild von mir sehe, mich selbst mustere, mich für mein outfit, gestik, also wirken in der öffentlichkeit lobe, oder mich nachträglich ärgere wie „panne" ich doch ausgesehen haben muss an diesem abend ...Je nachdem wie ich mein auf standbild festgehaltenes wirken bewerte, freue ich mich, dass alle [szene-] welt mich auf den fotos wieder erkennt, oder eben hoffentlich nicht. Jawohl, ich mache mein selbstbewußtsein, meine selbstbestätigung, mein selbstwertgefühl von meiner äußeren erscheinung abhängig ...doch wie viele unter uns nutzen diese chance nicht, ihr selbstwertgefühl zu steigern [und wenn es dadurch erreicht wird, sich über die anderen auf den fotos lustigzumachen, weil die noch beschissener aussehen, oder, weil die noch mehr im lack waren], da sie noch nie irgendetwas von der seite vernommen haben.
Ein blick auf die seite sei empfohlen, damit auch den letzten ihr lächeln vergeht, wenn sie ihr selbiges dort in der rubrik „partypix" wiederentdecken.
Ein beispiel: Geben sich die macherinnen von „kampagne.conne-island.de" noch die anstrengende, stundeninkaufnehmende mühe, die gesichter von mitläuferinnen der „hände weg vom conne island"demos unkenntlich zu gestalten, genügt der wechsel der homepages und siehe da: die gesichter der demonstrierenden klar zu erkennen und keine rechtecke auf den hälsen.
Hätten das die photoshopbastler von der kampagnenseite mal eher gewusst, hätten diese ihre zeit anders totschlagen können.
Neben fotos der conne island soli demos und etlicher partys [im umfeld leipzig und halle] der letzten jahre, gibt's auch visuelle dokumente verschiedener antifademos.

Toll, dass es menschen gibt, die uns allen [und noch vielen mehr] zeigen, wer alles zur [comm-]unity gehört.

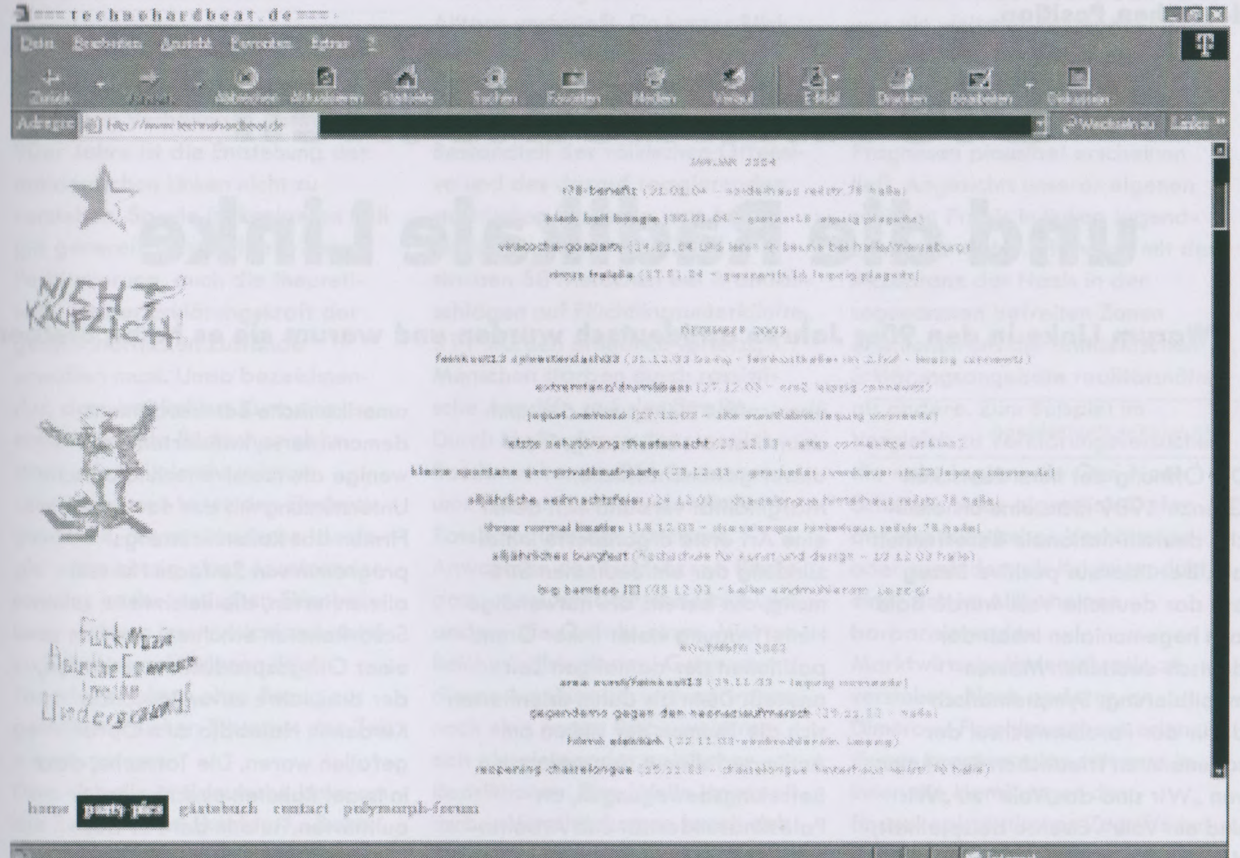


Toll, wenn sich menschen freuen, daß sie fotografiert werden und fotos von ihnen im netz oder/ und in diversen partypublications auftauchen.
Toll, dass sich menschen überhaupt noch freuen können.

Richtig, richtig, richtig, richtig toll ist aber, dass menschen fotografiert [und diese fotos veröffentlicht werden], die nicht ein bisschen bock haben, ihre person mit bestimmten veranstaltungen und/ oder örtlichkeiten für alle zugänglich in verbindung gebracht haben wollen.
Womöglich weil sie angst vor den konsequenzen haben, die das ganze mit sich bringt.
Unter ihnen sind menschen, die „illegal“ unterwegs sind, denen verwarnungen, bußgelder, strafanzeigen, inhaftierung, abschiebung drohen.
Die in ihrem kaff der glatzköpfigen und zu störkraft schunkelnden jugend bekannt sind [oder noch nicht]…
Mit dem hinweis auf die kontrollfunktion von kameras, nochmals einer auf die gesellschaft in der wir uns befinden: überwachungsgesellschaft. [permanente kontrolle der mitmenschen durch immer mehr kameras und die konsequente selbstzurichtung.] mit dem wissen stets beobachtet zu werden, nimmt die angst zu, das „falsche“ zu tun. Verpöhnte oder gar verbotene verhaltensweisen werden bewusst oder unbewusst unterdrückt.
…und es gibt übrigens auch menschen die „einfach kein“ bock haben, dass fotos von ihnen veröffentlicht werden.
Und da nützt die aussage von der machenden und das ganze [vor allem aber den appareil de photo] auslösenden person wenig, dass die leute ja bescheidsagen können, wenn sie nicht wollen, dass fotos von ihnen veröffentlicht werden, und diese dann eben nicht veröffentlicht werden.
Wenn's überhaupt so läuft, ist das ja schon mal [zumindest ein bisschen] was.
Aber wie viele menschen wissen nichts davon, dass sie fotografiert werden, wurden und bilder von ihnen im netz sind.

Also: hatemails schreiben, entweder zu händen „technohardbeat.de“ oder zu unseren händen und uns mitteilen, dass wir zu sensibel auf die paar fotos reagieren und sinnlos papier mit unserem geseire verschwenden.

Aci



| Ob Party-GängerIn, StaatsschützerIn oder Anti-Antifa-RechercheurIn: technohardbeat.de bietet jeder Zielgruppe das gewünschte Pic.

Dokumentation eines leicht überarbeiteten und redaktionell gekürztenVortrags, der am 31. Januar in Chemnitz von einem Vertreter der „Phase 2"-Redaktion Leipzig auf einer Diskussionsveranstaltung mit Robert Kurz gehalten wurde. Für die Chemnitzer Organisatoren war die Auseinandersetzung mit dem neuen Buch von Robert Kurz („Die antideutsche Ideologie") ein wichtiger Ausgangspunkt bei ihrer Veranstaltungsplanung. Vom Referenten der Leipziger „Phase 2"-Redaktion versprachen sie sich einen anderen Blickwinkel auf die Entstehung der antideutschen Position.

Die Antideutschen und die Radikale Linke

Warum Linke in den 90er Jahren antideutsch wurden und warum sie es heute bleiben

Nie wieder Deutschland

Die Öffnung der innerdeutschen Grenze 1989 löste eine unheimliche deutsch-nationale Besoffenheit aus. Der überaus positive Bezug auf das deutsche Volk wurde bald zum hegemonialen Inhalt der deutsch-deutschen Massenmobilisierung. Symptomatisch dafür der Parolenwechsel der sogenannten friedlichen Revolution von „Wir sind das Volk" zu „Wir sind ein Volk". Ebenso beispielhaft, dass ab Ende 89 die Leipziger Montagsdemonstrationen von einem nach Hunderten zählenden Naziblock angeführt werden. Überfälle auf Migranten, Punks, und andere ausgemachte Feinde der Deutschtümelei häufen sich. Auch die Kritik der Linken am Nationalismus der Wiedervereinigung blieb äußerst marginal. Im Zeichen des Traditionsmarxismus war die Kategorie „Volk" ein wenig hinterfragtes Essential. Aufgrund der strukturdeterministischen Orientierung sah man in den Volksmassen das revolutionären Subjekt vorbestimmt. So waren 20000 Teilnehmer auf der „Nie wieder Deutschland"-Demo 1990 in Frankfurt/M. schon der nicht besonders eindrucksvolle, jedoch auch nie übertroffne Höhepunkt der antideutschen Mobilisierung. Trotz dieser gesellschaftlichen Marginalität verband sich damit eine Art erste organisierte Initialzündung der antideutschen Strömung, die bereits die notwendige Hinterfragung vieler linker Grundpositionen der damaligen Zeit anstieß. Denn bis dahin orientierten sich die Themen der Linken am Antiimperialismus der nationalen Befreiungsbewegungen, an Palästinasolidarität und Arbeiteragitation. Auf der Konferenz der „Radikalen Linken" Ende 1990 lautete die Agenda schon anders: „Die Linke wird deutsch", „Rassismus und Antisemitismus – Nebenwidersprüche ?", „Linker Antifaschismus in der Krise?", „In Zukunft nur noch antiinstitutionell?", „Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland".

Bereits 1991 kam es zur ersten großen Spaltung in Folge der Diskussionen um den Zweiten Golfkrieg. Die USA/GB bombardierten den Irak, Deutschland unterstützte den Militäreinsatz finanziell und stellte Logistik zur Verfügung. Während eine Friedensbewegung mit Massenbeteiligung unter dem keinesfalls nur moralisch-pazifistischen Motto „Kein Blut für Öl" gegen das amerikanische Bombardement demonstrierte, kritisierten nur wenige die massive technologische Unterstützung mit der deutsche Firmen das Raketenrüstungsprogramm von Saddam Hussein alimentierten, die Reichweite seiner Scud-Raketen erhöhten, und ihm zu einer Giftgasproduktion verhalfen, der drei Jahre zuvor Tausende Kurden in Halabdja zum Opfer gefallen waren. Die Tatsache, dass in Israel Raketen einschlugen, quittierten viele in der Art des Grünen-Abgeordneten Ströbele, der darin eine verständliche Reaktion aufgrund der israelischen Nahost-Politik sah. Der Herausgeber der „konkret", dem publizistischen Flagschiff der antideutschen Linken jener Zeit, schrieb zum Angriff der USA, „dass hier einmal aus falschen Gründen und mit falschen Begründungen das Richtige getan zu werden" scheine, nämlich der Irak seiner Fähigkeit beraubt werden muss, Israel – wie von Saddam angekündigt – anzugreifen und zu liquidieren. Dies sei der „einzig vertretbare" Kriegsgrund. In dieser offensichtlich abwägenden Haltung, die sich auf gute Gründe beruft und zudem im Kontext eines völkischen Wiedervereinigungstaumels entstanden ist, sieht Robert Kurz

den ersten Beleg für eine typisch antideutsche Kriegsbegeisterung. Und schon hier wird ein Grundfehler seiner Argumentation deutlich. Fern von einer Analyse der gesellschaftlichen Situation der Zeit konstruiert Kurz eine Genealogie des antideutschen Irrtums.

Deutschland Anfang der 90er

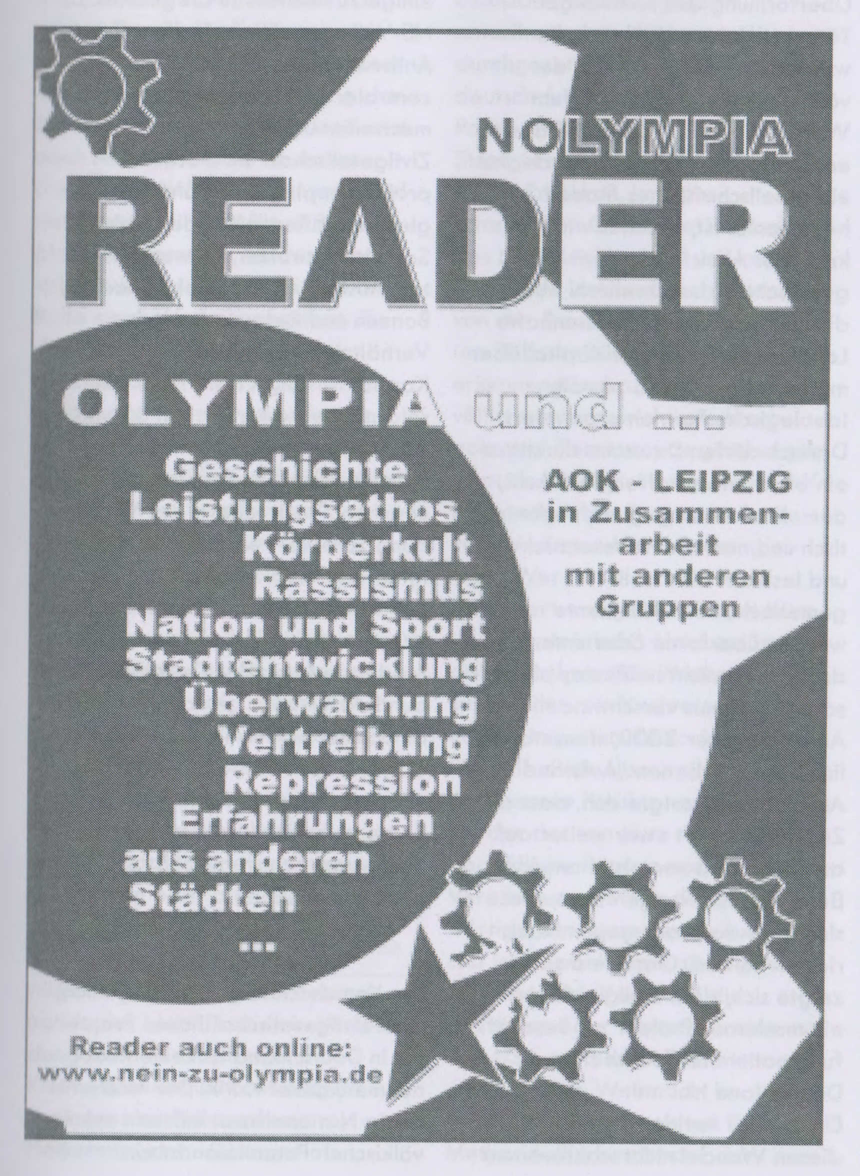
Ohne eine Beschreibung der deutschen Verhältnisse Anfang der 90er Jahre ist die Entstehung der antideutschen Linken nicht zu verstehen. So wie im konkreten Fall gilt generell, dass sich alle linke Positionierung, auch die theoretische, an der Erklärungskraft der gesellschaftlichen Zustände erweisen muss. Umso bezeichnender, dass bei Robert Kurz eine entsprechende Rückschau nicht stattfindet. Vielmehr müssen Leserinnen und Leser den Eindruck gewinnen, die antideutsche Ideologie wäre einzig einer Auseinandersetzung im theoretischen Elfenbeinturm – einem Interpretationskampf zwischen verschiedenen linken Theorieprojekten ohne Bezug zur gesellschaftlichen Situation der Zeit – entsprungen.
Dass sich die antideutsche Linke um die Zeitschriften „konkret", „Bahamas" und „17 Grad" stabilisierte und zu einem wichtigen Politisierungsfaktor der Antifa in den 90er Jahren wurde, lag vor allem daran, dass sie die deutschen Zustände adäquater als traditionelle linke Erklärungsversuche analysierte. So versuchte man die Pogromwelle, die Anfang der 90er Jahre ungeheure Ausmaße angenommen hatte, nicht als fehlgeleiteten sozialen Protest zu verklären. Noch bei den antifaschistischen Protesten gegen die Überfälle auf Flüchtlinge in Rostock-Lichtenhagen 1992 war die Parole „Ausländer sind die falsche Adresse, haut den Politikern auf die Fresse", eine Parole also, die eine richtige Motivation der Täter konzediert und diese zudem als Agitationsobjekt umwirbt, sehr beliebt. Dem entgegen rückten die Antideutschen die völkisch-nationalistischen und rassistischen Motivationen der Täter in den Vordergrund.
Die Entstehung der antideutschen Position war also wesentlich mit der Wahrnehmung des rassistischen Alltags verknüpft. Ein kurzer Blick in die Chronik von Überfällen deutet an, welches Ausmaß an Gewalt und Menschenverachtung Bestandteil der völkischen Offensive und des darauf reagierenden staatlichen Rassismus war. In der Zeitspanne von 1993-2001 starben 58 Menschen bei Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, 511 wurden erheblich verletzt, 11 Menschen starben durch rassistische Angriffe auf der Straße. Durch Maßnahmen des staatlichen Rassismus kamen 261 Menschen ums Leben. Nicht nur der tödliche Rassismus und das sichtbare Anwachsen der Nazi-Szene führte dazu, dass antideutsche Linke und andere die Gefahr eines „Vierten Reiches" diskutierten. Gegenstand dieser Auseinandersetzung waren noch eine ganze Reihe weiterer sich abzeichnender politischer Restriktionen. Eine Welle innenpolitischer Verschärfungen brach sich Bahn: Als deutsches Konsensprojekt war 1993 die de facto-Abschaffung des Asylrechts zu erleben. In Sachsen begann ein Jahr später eine Reihe von Durchsetzungen schärferer Länderpolizeigesetze. Mit ihnen wurde unter anderem der tödliche Schusswaffengebrauch für Beamte erleichtert – der Euphemismus für den staatlichen Mord nennt sich „finaler Rettungsschuss". Zudem wurde die bis dahin verfassungsmäßige Trennung von Ordnungsbehörden und Geheimdiensten – eine Konsequenz aus dem Nationalsozialismus – ausgehöhlt. In den besagten antideutschen Zeitschriften wurde nicht nur das mit Bezug auf die deutsche Vergangenheit diskutiert. Ebenso fanden hier Überlegungen über die erwartbaren gesellschaftlichen Reaktionen auf sich abzeichnende Tendenzen einer Wirtschaftskrise statt. Der in den Sphären der Politik immer deutlicher geäußerte Wille, das die ökonomische Macht Deutschlands auch politisch in der Welt an Einfluss gewinnt, Deutschland also wieder Weltmacht wird, war ein weiterer Bestandteil einer Wirklichkeit, die selbst die düstersten bewusst die Analogie zur Entwicklung des NS suchenden Prognosen plausibel erscheinen ließ. Angesichts unserer eigenen sozialen Praxis in linken Jugendzentren und der Erfahrung mit der Akzeptanz der Nazis in den sogenannten befreiten Zonen erschienen uns die antideutschen Erklärungsangebote realitätsnäher als andere. Zum Beispiel im Vergleich zu Verklärungsversuchen, die nahe legten, die Ossi-Nazi-Schläger seien eigentlich Opfer der kapitalistischen Verhältnisse oder zumindest als Krisenprodukt einer sich im Allgemeinen barbarisierenden Marktwirtschaftsdemokratie zu verstehen. Nach anderer, an Dimitrows Faschismusthese orientierter Interpretation sah man in ihnen die Handlanger des finanzkapitalistischen Zugriffs auf den Staat. Offensichtlich auch, warum wir uns zu diesem Zeitpunkt nicht den Analyseangeboten der Gruppe „Krisis" zuwendeten. Im Buch von Robert Kurz wird dies mehr oder weniger mit der theoriefeindlichen Dummheit der Antifa begründet. Ausschlaggebender war allerdings, dass wir uns mit gutem Grund Interpretationen verschlossen, welche die allgegenwärtigen „nationalistischen Parolen und Exzesse" als „Nachzucken der gesamtgesellschaftlich schon toten nationalistischen Gefühlswelt" entwirklichten und im Nazi-Terror „Provokationsspielchen gegen verknöcherte SED-Elternhäuser" (R. Kurz) sahen. Erklärungsbedürftig ist also weniger, warum die Antifa sich damals Gedankengängen von Kurz & Co. verschloss, sondern wie

damals solche Entschuldigungs- und Beruhigungstheoreme überhaupt entstehen konnten. Der rassistischen Alltag, der allgegenwärtigen Ruf nach der „selbstbewussten Nation", die deutlich vernehmbare Kritik an der deutschen Westbindung, erste Schritte der neuen deutschen Militarisierung und die sichtbaren Folgen aggressiver völkischer Außenpolitik in Jugoslawien mitsamt ihrer geschichtsrevisionistischen Stoßrichtung ließen sich weder mit dem Traditionsmarxismus noch mit Kurz erklären, geschweige denn kritisieren. Als realitätsfremde Entwarnung empfanden wir es, wenn uns entgegengehalten wurde, Deutschland sei ein „Geschichtsphantom", eine „historische Konstellation", die nicht wiederkehren könne (R. Kurz). Und anstatt davor zu warnen, müsse eine aufhebende Kritik des Westens betrieben werden. Uns erschienen diese Verständnisangebote schon deshalb unrelevant, weil sie keine Möglichkeit einer erfolgversprechenden konkreten Intervention enthielten. Mit solchen Tipps und Tricks, mit solch einer Einstellung waren antifaschistische und antirassistische Freiräume nicht zu erkämpfen.

Elemente der antinationalen/antideutschen Kritik

Zunächst bestand für einen Teil der antifaschistischen Linken ein Teil der Praxis in einer Art Notwehr, d.h. linke Freiräume mussten erhalten werden oder es wurde versucht, diese zu schaffen. Völlig unpassend, wenn Robert Kurz diesen Sachverhalt in seinem neuen Buch zum „Indianerspiel mit Nazis" infantilisiert.
Richtig hingegen ist, dass diese Praxis nicht immer mit dem Anspruch einer allumfassenden Gesellschaftskritik und -Analyse daherkam. Oft beinhaltete sie Bündnispolitik und mit ihr den Appell an demokratische Werte und gutmenschliche Standards. Unterm Strich waren das nicht selten hilflose und gescheiterte Versuche die Nazis als das Problem zu stigmatisieren, uns hingegen als Teil der Lösung vorzuschlagen. Auch deshalb radikalisierten sich die Positionen eines Teils der Antifa nicht unwesentlich. Es blieb nicht bei einer ausschließlichen Kritik des völkischen Wahns und der daraus hervorgehenden Gewalt. Zwar war die Agitation gegen die Blut- und Boden-Ideologie, gegen das wiedererwachende Herrenmenschentum und deren institutionalisiertem Ausdruck im deutschen Staatbürgerschaftsrecht zentral, man beschränkte sich allerdings nicht darauf. Mit Begriffen wie „rassistischer" oder „rechter Konsens" versuchten wir und dies meint eine Antifa, die sich mehr und mehr der antideutschen Begriffsbildung zuwandte, sichtbar zu machen, dass Rassismus und Nationalismus von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen wurden. Dass war keine besonders tiefgreifende Analyse, in einer Zeit in der den Absatzmärkten der deutschen Exportindustrie über Lichterketten demokratische Normalität signalisiert werden sollte und in der linke Agitatoren noch auf Massenansatz machten jedoch eine erst einmal durchzusetzende Beschreibung. Parallel dazu erfolgte die Aufnahme von antinationaler Theoriebildung. Auf dem 1994 in Dresden stattfindenden Konkret-Kongress „Links ist da, wo keine Heimat ist" hörten wir, manche zugegebenermaßen zum ersten mal, von der Nation als vorgestellter, gleichsam aber auch wirksamen Gemeinschaft. Entgegen den mythischen Genealogien – die Deutschen suchten gerade wieder in Sprache, Kultur, Geographie oder auch im Teuteburger Wald die Wurzeln ihres Daseins – dechiffrierte die Linke die Nation als spezifische Organisationsform des Kapitalismus, in dem dieser die Konkurrenzbeziehungen der Arbeitskraftbesitzer und Kapitalien juristisch einrahmt, absichert und vermittelt. Mit einem Theoriemix aus Neomarxismus und Postmodernen Ansätzen suchte man Antworten darauf, warum ein Mythos solch Wirksamkeit entfaltete und die Menschen über Heimatideologien zur Affirmation der Verhältnisse, zu freiwilligem Verzicht und begeistertem Gehorsam erzieht. Gerade angesichts der langen Geschichte nationalrevolutionärer und vaterländisch-sozialdemokratischer Nationenbezüge der Linken nun eine antinationale Orientierung zu entwickeln, das war das damals formulierte Programm und wir waren davon elektrisiert.
Es war also nicht nur eine assoziativ aufgeladen Abarbeitung am sogenannten deutschen Unwesen, die Antinationale damals umtrieb, wie Robert Kurz behauptet. Und ebenso wenig trifft der Vorwurf, antifaschistische Praxis war nichts anderes als eine Einpunktbewegung zur Modernisierung der bürgerlichen Demokratie wie er im Zuge der „Kritik der Politik"-Debatten pauschalisierend der Antifa entgegengehalten wurde. Dafür, dass sich die für uns neue kritische Auseinandersetzung mit der Nation schwerpunktmäßig zunehmend der deutschen Nationalgeschichte widmete, gab es gute Gründe in einer schlechten Realität. Immer unverschämter wurden die Versuche der Deutschen, sich über geschichtspolitische Debatten von den Beschränkungen der Vergangenheit zu lösen. Die Einweihung der Gedenkstätte „Neue Wache", 1993, symbolisierte das Verschwinden deutscher Schuld hinter der Erinnerung an alle Opfer von Gewaltherrschaft. Am 50-sten Jahrestag der Bombardierung von Dresden setzte sich die deutsche Opfergemeinschaft in Szene und forderte Regress. Ebenso am 8.Mai 1995, in dessen Umfeld in Politik und Gesellschaft darüber räsoniert wurde, ob man in Deutschland nun eigentlich endlich über die erlitte-

ne Niederlage im 2. Weltkrieg trauern dürfe. Die Wehrmachtsausstellung mobilisierte 1995 bis weit in die politische Mitte Empörung über die angebliche Hetze gegen die saubere Wehrmacht und eine der größten Nazi-Demonstrationen nach 1945 folgte.
Eine intensive Auseinandersetzung mit der Bedeutung der deutschen Verbrechengeschichte, eine Diskussion über ihre gesellschaftlichen Ursachen und über die Auslassungen der Linken auf diesem Gebiet war unumgänglich. Das war und ist bis heute eine Diskussion über individuelle Entscheidungsspielräume der deutschen Täter. Die Ansicht von ihrer Schuldhaftigkeit musste sich gegen auch in der Linken weitverbreitete Bilder von harmlosen, zum Mitmachen gezwungenen Deutschen durchsetzen. Dabei wurde – zumindest in der Debatte wie sie Mitte und Ende der 90er Jahre die antideutschen Zeitschriften prägte – nicht einfach nur ein mystisches deutsches Wesen konstruiert. Für uns drehte sich jedenfalls die Diskussion immer um die Pole der Gleichgültigkeit einer instrumentellen Vernunft im Kapitalismus und dem Hass der Deutschen, deren Wut gegen die Juden sich ohne zweckrationalen Nutzen vollzog. Es ging und geht, um die Erklärung des Verhältnisses von Kalkül und Wahn, wie es im NS seine singuläre Zuspitzung erfuhr. Hilberg und Hanna Arendt, Goldhagen und Adorno, Küntzel, Rens- und Ebermann, dass waren gängige Literaturangaben. Im antiantideutschen Kreuzzug von Robert Kurz erscheint diese Debatte als alleinig von den Autoren der ISF gekapert.



Zum Einfluss auf die Antifa

Bei Robert Kurz erscheint das Verhältnis von Antideutschen und Antifa als einzigste Katastrophengeschichte. Den ahnungslosen Nazigegnern kamen die Antideutschen gerade recht, um eine robuste Mitläuferidentität aufzubauen. Uns erscheint die Entwicklung wesentlich differenzierter, wobei wir hier angesichts der konfrontativen Großwetterlage eher auf der Kennzeichnung des freundlicheren Hochdruckeinflusses bestehen. Unser Urteil lautet also unter anderem so:
1.) Die antideutsche Strömung hat dafür gesorgt, dass für einen Teil der Radikalen Linken die Bestimmung ihrer Praxis nicht mehr strukturdeterministische Faktoren unterlag. Nicht aus der Klassenanalyse abgeleitete revolutionäre Subjekte – das Proletariat, oder andere unterdrückte Massen – wurden zum blind bevorzugtem Agitationsobjekt. Vielmehr wurde die Kenntnisnahme der realen Gesinnung der Menschen, der folgenreiche und wirksame Stand des Bewusstseins – konkret – wurden Antinationalismus und Antirassismus zu entscheidenden Kategorien bei der Bestimmung der Praxis. Das war ein Fortschritt. Beispielsweise gegenüber dem autonomen Autorinnenkollektiv, welches Anfang der 90er in den „Materialen für einen neuen Antiimperialismus" verkündete: „An der Konfrontation links gegen rechts kann uns nicht gelegen sein. In der Gewalt der Zukurzgekommenen sehen wir eine Form der proletarischen

Selbstfindung unter schlechten Emblemen".
2.) Die antideutsche Strömung beförderte die kritische Auseinandersetzung der antifaschistischen Linken mit der deutschen Geschichte, insbesondere auch mit der Geschichte der Linken in Deutschland.
3.) Änderte sich durch diese Orientierung nicht nur das Verhältnis eines Teils der Linken zur Nation sondern vor allem auch gegenüber Israel. Linker Antizionismus geriet in die Kritik, die Anerkennung des israelischen Existenzrechts und die Politik gegen den Antisemitismus waren ebenso positive Folgen.
4.) Öffneten sich die „historischen und theoretischen Hinterwäldler" (R. Kurz) der Antifa im Zuge der Versuche die Ursachen der NS-Verbrechen zu ergründen wieder der Kritischen Theorie zu. Dies hat einer generell wieder mehr theoriegeleiteten Gesellschaftsanalyse Vorschub geleistet.
Auch wir sehen negative Begleiterscheinungen innerhalb der antideutschen Strömung. Um nur ein Beispiel zu nennen, schier unerträglich ist die anmaßende Überidentifikationen mit dem Staat der Holocaust-Überlebenden. Aber in der Diskussion mit Robert Kurz gilt es den positiven Einfluss der Antideutschen auf die Linke stark zu machen.

Grenzen antideutscher Annahmen

Sicher, schon bald zeigten sich deutliche Grenzen verschiedener Positionen im antideutschen Spektrum. Auch hier gehen wir mit einigem konform, was Robert Kurz im Buch benennt. So drängte sich beispielsweise in der Diskussion über den Jugoslawienkrieg 1999 wirklich der Eindruck auf, ein Teil der Antideutschen denke, dass das Bombardement Belgrads durch amerikanischen F 16 auf eine Weisung aus dem Kanzleramt zurückzuführen sei. Nur ignoriert Robert Kurz dabei, dass es diesbezüglich durchaus selbstkritische Diskussionen im antideutschen Politiksegment gab. So war es mit Heiner Möller ein Bahamas-Autor der ersten Stunde, der eine Auseinandersetzung über „antideutsche Omnipotenzphantasien" auslöste.
Doch zurück zu anderen Grenzen der Wahrnehmung. Schon die Lichterketten und die Bestätigung des staatlichen Gewaltmonopols in der Flüchtlingspolitik machten klar, dass sich in der BRD der Staat und relevante Teile der Gesellschaft vom völkischen Mob nicht einfach die Butter vom Brot nehmen lassen. Aus der Einbindung Deutschlands in den Weltmarkt aber auch aufgrund einer demokratischen Überformung des ehemaligen Täterkollektivs existierten die wirksamsten Gegenkräfte der völkischen Offensive. Mit dem Wahlsieg von Rot-Grün 1998 wird endgültig klar, dass in Deutschland ein gesellschaftliches Modell hegemonial ist, welches wir in kritischer Absicht als „Zivilgesellschaft" beschreiben. Mit diesem Projekt wird massenhafte Loyalität zu Staat und Kapital über modernisiertere und plurale ideologische Formen organisiert. Danach dürfen Deutsche durchaus ein bisschen weltoffen, Multikulti, demokratisch engagiert, hedonistisch und nach dem Gesetz schwul und lesbisch sein. Volkgemeinschaftliche Elemente werden überformt oder unterdrückt, was nicht heißt das biologischer Rassismus verschwindet. Im Antifa-Sommer 2000, dem staatlich angeschobenen „Aufstand der Anständigen" zeigte sich, dass die Zivilgesellschaft zwar weiter auf autoritär, also von oben angestoßene Mobilisierungen setzt, diese sich aber durchaus gegen Nazis richten können. Gerade darin zeigte sich, dass Zivilgesellschaft ein modernes Projekt zur Beschaffung nationaler Identität in Deutschland ist.
Ein Teil der Antideutschen will diesen Wandel nicht wahrnehmen und beharrt auf der Analyse einer deutschen Volkgemeinschaft. Zwar taucht die Prognose eines bevorstehenden „Vierten Reiches" heute nicht mehr auf, und niemand behauptet die Existenz mit dem NS identischer Zustände, allerdings werden NS-Analogien stark gemacht, wenn beispielsweise in einer sich in „Phase 2" wiederfindenden Diskussion, davon gesprochen wird, dass es sich in Deutschland heute um eine „Gemeinschaft von vereinzelten Volksgenossen" handelt (Sven Weicher, Phase 2/09). Unsere Meinung nach lassen sich damit eine ganze Reihe von gesellschaftlichen Phänomenen nicht annähernd erklären. Um nur einige zu nennen: Im Gegensatz zur NS-Volksgemeinschaft dient der Antisemitismus nicht mehr als zentraler Beschuldigungsmechanismus. In der deutschen Zivilgesellschaft wird Schuldprojektion pluralisiert und trifft gleichermaßen, oft widersprüchlich Sozialschmarotzer, Gewerkschaften, Ausländer, die Globalisierung, Bonzen und Rentner. Auch das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital ist längst nicht mehr ein soldatisches wie zwischen 33 und 45, sondern wird zunehmend individualisiert und vertragsunsicher. Die Brüche in der Verbindung zum NS werden ebenso dann ignoriert, wenn Antideutsche die umstrittene aber aufrechterhaltene Westintegration, die Modernisierung der Gesellschaft durch Kritik im Zuge von 68 oder aktualisierte Techniken der Schuldabwehr, die Auschwitz weder wiederholen noch seine historische Existenz leugnen wollen, in ihr Volkgemeinschaftsmodell zu pressen versuchen.

Antideutsch auf der Höhe der Zeit

Die Kennzeichnung eines hegemonialen zivilgesellschaftlichen Projektes in Deutschland ist keine Rücknahme unserer Kritik. Der modernisierte Nationalstaat mitsamt seinen völkischen Potentialen ist ein

ständiges Ärgernis, welches abzuschaffen eines unserer Maximalziele bleibt. Im Gegensatz zu wertkritischen Gruppen widmen wir uns aber nicht von einem festen theoretischen Standpunkt aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Denn dies führt immer wieder dazu, und das Buch von Robert Kurz ist dafür ein erneutes Beispiel, dass eine widersprüchliche Realität mit aller Gewalt einem abstrakten Paradigma gleich gemacht wird. Bestimmte Aspekte der Wirklichkeit werden so zu Nebenwidersprüchen oder zu vernachlässigbaren Nachwirkungen angeblich vergangener Epochen erklärt.
Wir richten im Gegensatz dazu unsere Praxis der Kritik anhand der gesellschaftlichen Verhältnisse aus. Sowohl bei der Erklärung der Phänomene als auch bei der Suche nach Ansatzpunkten, an denen diese Kritik öffentlich gemacht und im besten Fall auch für andere plausibel gemacht werden kann, spielt kritische Theorie für uns die Rolle eines Werkzeugkastens. Zu den gegenwärtig durch die gesellschaftliche Entwicklung vorgegebenen zentralen Ansatzpunkten zählt das Projekt einer deutsch-europäischen Großmacht.
In den sich auswachsenden kerneuropäischen Ansprüchen, im globalen Maßstab Politik und Ökonomie zu beeinflussen und in der fortgesetzten Militarisierung der EU offenbart sich nach und nach das Destruktionspotential einer konkurrierenden kapitalistischen Großmacht. Die Versuche eine europäische Identität zu schaffen, wobei wahlweise Bezüge zu einer angeblich gemeinsamen Geschichte oder auf einen sozialeren Kapitalismus bemüht werden, machen nicht nur erneut eine allgemeine Kritik der Entstehung nationaler Identifikation in Verbindung mit einer radikalen Kapitalismuskritik notwendig. Im Ansinnen des Philosophen Habermas, den Holocaust als europäische Erfahrung zu pluralisieren, aber auch in der Tendenz geopolitische Mitteleuropakonzeptionen mit unschöner deutscher Tradition wieder fruchtbar zu machen, zeigt sich, dass die Kritik auch weiterhin deutsche Besonderheiten wahrnehmen muss. Ganz zu schweigen von antiamerikanischen und antizionistischen Versatzstücken, die in die Europaidentifikationen mit einfließen. Robert Kurz hält uns für Irre, weil wir in 50000 Mann europäischen Interventionstruppen, die gegen amerikanischen Widerstand durchgesetzt werden, weil wir in einem alternativen Satellitenrüstungsprogramm der Europäer, welches gegen amerikanischen Widerstand durchgesetzt wird; weil wir in der deutsch-französischen Nahost-Politik, in der Etablierung eines Strafgerichtshofs, im Streit um das Kyoto-Protokoll, im transatlantischen Geplänkel im Vorfeld des Irakkrieges, usw./ usf. keine freiwillige Unterordnung unter den von der Pax Americana angeführten Sicherheitsimperialismus erkennen können. So wie es ein völlig mindergewichtiges Machpotential Kerneuropas gibt, so gibt es auch die Bestrebung dieses auf allen möglichen Ebenen und mit verschiedenen Mitteln auszugleichen. Wer das nicht sehen will, analysiert – sagen wir es mit Kurz – „kontrafaktisch". Unlauter ist dabei übrigens die Methode, zu unterstellen wir fürchteten uns vor einem „Imperium Teutonicum". Die Flucht in diese Übertreibung soll wohl unsere Position veralbern. Weder der von Kurz selbst kreierte begriffliche Popanz noch die Veralberung treffen die gegenwärtige von Interessenkonkurrenz und Interessenkooperation gekennzeichnete Weltlage und die Ambitionen der Deutschen eine von den USA auf vielen Gebieten unabhängige Weltmacht zu werden. Die Ignoranz von Kurz hat Methode. Sie beruht auf der theoretisch abgeleiteten Prognose von der Angleichung der Welt im Stadium der finalen Krise. Zwanghaft wird nach diesem Paradigma alle nationalstaatliche Konkurrenz, das ökonomische, militärische und machtpolitische Aufholen europäischer und asiatischer Länder entweder geleugnet oder als vernachlässigenswertes Phänomen dem sicherheitsimperialistischen Gesamtinteresse der entwickelten Industriestaaten untergeordnet. Das ist nicht nur analytisch katastrophal.
In einer Zeit, in der die Anstrengungen ein europäisches Großmachtprojekt gegen die USA zu installieren, offensichtlich sind, widmet sich Kurz ausgerechnet der pauschalisierenden Abwatschung desjenigen Teils der Linken, aus dem hier und da noch kritische Interventionen gegen deutsche Machtprojektionen hervorgehen. Hingegen erscheinen die gesellschaftlich relevanten positiven Bezüge der globalisierungskritischen Bewegung auf ein sozialeres Europa, wahlweise auf ein Europa der volkstümelnden Regionen oder eines moderneren Verfassungspatriotismus, auf die Illusion eines wohlfahrtsstaatlich-keynesianisch organisierten Kapitalismus, auf Antizionismus und Antiamerikanismus als weniger handlungsleitendes Problem.
Für die „Phase 2"-Redaktion in Leipzig existieren gerade mit Blick auf die wiedererwachende Heimatversessenheit der Linken andere Prioritäten. Positive Nationenbezüge, Antiamerikanismus und Antisemitismus sind für uns der Grund, warum wir die Versuche in die gegenwärtig existierenden sozialen Bewegungen konstruktiv hineinzuwirken, abgebrochen haben und heute für eine deutliche Polarisierung plädieren. Womit schlussendlich eine von uns gewünschte Perspektive der Diskussion benannt ist.

Deutschland trauert

Dokumentation einer Dresdner Debatte im Vorfeld des 13.02.

Deutschland trau(er)t sich wieder.
von gruppe sabotage
Nach den Ereignissen um den diesjährigen 13. Februar (2003) ist es in unserer Gruppe Konsens, dass dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens im nächsten Jahr aus linksradikaler Sicht mehr entgegengesetzt werden muss, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. In den letzten Jahren fanden immer wieder mehr oder weniger große Debatten innerhalb der Dresdner linken Szene statt. Dabei waren zwei größere Fraktionen auszumachen: eine Seite wollte den Tag für Friedensarbeit nutzen, der Gegenpart lehnte das entschieden ab und wollte die allgemeine revisionistische Trauerarbeit angreifen. Ein entscheidender Streitpunkt war jedes Jahr, ob die Bombardierung als notwendige Kriegshandlung oder als sinnloses Töten einzuordnen sei. Das Ergebnis der Diskussionen war oft eine von schlecht geplanter Kleingruppenarbeit geprägte politische Praxis zu den jeweilig präferierten Aspekten des Jahrestages. Aus unserer Sicht sind nur wenige Aktionen herauszuheben. Es gab zum Einen die Aktion einer Leipziger Gruppe im Kulturpalast, als während einer Gedenkveranstaltung ein Transparent („no tears for krauts") entrollt wurde, zum Anderen die Aktion einer Dresdner Gruppe, bei der an allen Zugängen zum zentralen Trauerplatz vor der Frauenkirchen-Baustelle ein Film mit dem Titel „Lieber eine Bombe auf den Kopf, als nach Auschwitz", gezeigt wurde. Allen Aktionen erging es ähnlich, sie wurden kaum wahrgenommen.
Gerade wegen dieser Umstände haben wir uns zusammengefunden, um eine Arbeitsgrundlage für politisches Agieren um das Datum 13. Februar herzustellen. Wir möchten in die Arbeit zu dem Thema möglichst große Teile der Dresdner Linken einbeziehen oder zumindest ansprechen. Wir halten das Datum und dessen revisionistischen Charakter für so wichtig, dass sich zumindest in Dresden keine linke Gruppe von einer Positionierung ausnehmen kann. Das Ergebnis unserer Bewertung wollen wir möglichst früh transparent machen. Dabei soll auch der Background der Positionen der verschiedenen Fraktionen in der Dresdner Linken kritisch betrachtet werden.
In den letzten Jahren hat sich der Aufmarsch am 13. Februar zu einer festen Größe im Terminkalender für gut besuchte Zusammenkünfte der Nazis entwickelt. Das hat sich so weit herumgesprochen, dass an demselben Tag anderswo in Deutschland kleinere Aktionen in Bezug auf die Bombardierung Dresdens durchgeführt wurden. Die Dresdner Bevölkerung hingegen verschließt sich samt ihrer Presse fast vollständig der stattfindenden Demonstration von Rechtsradikalen, die an jenem Tag - nicht zufällig - unter zumindest ähnlichen Losungen wie die der eigenen Trauer stattfinden. Das ist sehr erstaunlich in einer Zeit, in der nahezu jede deutsche Kleinstadt zum „Widerstand" gegen Nazidemos aufruft. Selbst in Dresden ist das bei ähnlich großen Nazidemos Usus, warum aber nicht an diesem Tag? Erstaunlicherweise wird das Stören der Trauer von allen Beteiligten als solches wahrgenommen, verurteilt und sogar dagegen handgreiflich vorgegangen. Die in räumlicher Nähe befindlichen rechtsradikalen Bestandteile der deutschen Gesellschaft, welche gewöhnlich eine gewisse Ächtung erfahren, spielen bei derartigen aggressiven Auswüchsen der Trauerarbeit keine Rolle. Als Krönung des Ganzen gab es in den letzten 2 Jahren eine parallel zur Nazidemo stattfindende Antikriegsdemo, deren Transparente große inhaltliche Gemeinsamkeiten mit den Parolen auf den Transparenten der Nazis aufwiesen; es bestand und besteht weitgehende Einigkeit bezüglich der Ablehnung „des Krieges" der USA.
Als Grundlage unserer Analyse haben wir eine Einteilung aller an dem Tag agierenden Gruppierungen vorgenommen, welche sich in drei Blöcke einteilen lassen. Sie besitzen fließende Übergänge und sind als heterogen zu betrachten. Die Unterschiede in der Motivation, das Datum zu bearbeiten, sind jedoch unübersehbar. Die Trennung in drei Blöcke dient nur der Differenzierung der zu kritisierenden Gruppen. Sie agieren trotz und aufgrund ihrer unterschiedlichen Historie zunehmend gemeinsam.

„Trauernde DresdnerInnen"

Tausende Menschen, ein Querschnitt der EinwohnerInnen Dresdens, treffen sich zum gemeinsamen Gedenken „ihrer" Opfer und der Zerstörungen ihrer schönen Stadt durch alliierte Bombardements. Bei genauerer Verortung der Volksmeinung wird eine Quasi-Rechtsnachfolgerschaft für die damals Gestorbenen angetreten, dies aber nur bezüglich des erfahrenen Leides und somit Anklage geführt gegen damalige TäterInnen. Hier wird am deutschen Opfermythos gemeinschaftlich weitergesponnen. Unter dem Deckmantel der Trauer werden jährlich geschichtsrevisionistische Thesen formuliert. Kein Wort wird in diesem Zusammenhang an den deutschen Angriffskrieg, den

Vernichtungskrieg im Osten Europas und die Shoa verloren. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem einhergehenden Prozess der Wiedervereinigung entledigt man sich Schritt für Schritt vormaliger Tabus und kreiert sich eine Legitimation für ein wieder erstarkendes neues deutsches Selbstbewusstsein.

Friedensbewegte und Kirchenkreise

Der Wunsch nach Frieden, in welcher Form auch immer, treibt diese Kreise ebenfalls alljährlich auf die Straße. Die Ursprünge ihres Engagements sind teils in der Hippiebewegung/ Kirchenkreise der DDR zu finden, die Mitte der 80iger den 13. Februar erstmals nach mehreren Jahrzehnten als Massenevent neu belebten. Dies geschah im Umfeld der pazifistischen Friedensbewegung („Schwerter zu Pflugscharen"), für die sich der 13. Februar als vermeintlich guter Anknüpfungspunkt für ihre Forderungen anbot. Den anderen Teil stellen Menschen, denen die vielen Kriege in letzter Zeit als Bedrohung für ihre eigene Existenz erscheinen. Die Pro-Friedens-position erfährt eine gewisse Affinität in Dresdner Linkskreisen. Auch hier wird Anklage geführt gegen die Enkel der Alliierten, meist gegen die USA, die noch immer der Lust an „Massenvernichtung" anhängen würden und in ihrem imperialistischen Expansionswillen ständig auf der Suche nach neuen Zielen seien, weswegen es auch vor Ihnen zu warnen und gegen sie zu protestieren gelte, was dann auch ausgiebig getan wird. Dass es bei der Kriegspolitik der eigenen Regierung in Jugoslawien nicht zu annähernd so großen Demonstrationen wie zum Irakkrieg kam, macht die Antikriegsposition nicht sehr glaubwürdig. Auch hier wird, beabsichtigt oder nicht, die deutsche Politik der Reinwaschung der Nation unterstützt, indem die Einzigartigkeit der deutschen Verbrechen nivelliert wird, nach dem Motto: Krieg ist Krieg, werden alle Kriege in eine Reihe gesetzt. So wird der deutsche Vernichtungskrieg im Osten vermeintlich das Gleiche wie der Krieg der Alliierten gegen das nationalsozialistische Deutschland, alle sind irgendwie Opfer und so reicht der Schulterschluss von Dresden über Coventry, Hiroshima, Bagdad bis zu den Opfern der Anschläge vom 11. September.

Nazis und Vertriebenenverbände

Dieser Block präsentiert sich seit einigen Jahren als eigenständige Demonstration und versucht zudem in das Territorium der anderen Blöcke räumlich und ideologisch einzudringen. Die Demonstration der Nazis wächst jedes Jahr mehr an und hat sich zu einem Highlight der nationalen und internationalen Naziszene entwickelt. Im Gegensatz zu den beiden anderen Blöcken werden sie erstaunlicherweise fast nicht erwähnt. Sie bilden die immer weniger radikale Ausformung der nationalen Idee des selbstbewussten Deutschlands, das Deutschland, in dessen Bewusstsein immer wieder das selbst erlittene Leid und Opfertum die Rezeption von Geschichte prägt. Die an diesem Tag in Dresden präsentierten Meinungen sind kaum von denen der anderen Blöcke zu unterscheiden. Das ist kein taktischer Versuch, sich der Position der Bevölkerung anzunähern, sondern stellt schlicht ihre Meinung dar. Was in den letzten Jahren noch als Gegensatz (Trauer über Opfer, Antikriegspositionen, Nazidemo) diskutiert wurde, sollte als ein Zusammenhang gedacht und thematisiert werden. Da vor allem die Nichtnutzung der Möglichkeiten von Abgrenzung aller Beteiligten nicht wahrnehmbar ist, kann sie auch nicht als entschuldbare Nachlässigkeit zur Debatte stehen. Wir können in diesem Zusammenhang von einem gemeinsamen Motiv ausgehen, dessen (wenig) differenzierte Zurschaustellung lediglich umfassendere Spektren in der Öffentlichkeit erreicht. Ob gewollt oder nicht - die Interessenlage mag durchaus unterschiedlich sein, die gemeinsame Entfaltung im Gesamtbild des öffentlichen Raums in Dresden an jenem Tag findet statt und unterstützt denselben revisionistischen Diskurs. Dieser Diskurs hat das Ziel, das Projekt deutsche Nation, welches spätestens nach 1945 jegliche Legitimität verloren hatte, neu zu beleben. Die neue deutsche Großmachtpolitik, die deutsche Interessen weltweit offensiv vertritt, soll nicht mehr mit dem Makel des Nationalsozialismus behaftet sein. Deshalb wird die Geschichte fatal umgedeutet oder, wenn sich der Makel nicht verleugnen lässt, zu einer geschichtlichen Erfahrung verfälscht, deren Bewältigung Deutschland in die Lage versetzt, ja geradezu prädestiniert, nun weltweit Demokratie und Menschenrechte herbeizubomben. Der Nachkriegskonsens, dass von deutschem Boden, gerade wegen Auschwitz, nie wieder Krieg ausgehen darf, wurde spätestens mit dem hauptsächlich von Deutschland vorbereiteten und durchgeführten Angriffskrieg auf Jugoslawien endgültig in sein Gegenteil verkehrt. Das neue Motto lautet, dass Deutschland gerade mit der Erfahrung Auschwitz weltweit Krieg führen muss. Bei dieser Neukonstruktion der Geschichte spielt die jährliche Zelebrierung deutscher Opfer in Dresden eine bedeutende Rolle. Die ideologische Klammer offenbaren die Nazis, die schon immer Revisionismus pflegen und die USA angreifen wollen. Damit die Seelenverwandtschaft nicht allzu theoretisch bleibt, begeben sich alle drei Blöcke in das Zentrum einer einzigen Stadt und tun ihren Willen kund. Man ist sich sogar über die Nichtexistenz einer politischen Diskrepanz so einig, dass man sich gegenseitig nicht erwähnt.

An jedem 13. Februar wird in Dresden einem Opfermythos nachgehangen, in den letzten Jahren wurde diese Tendenz immer stärker sichtbar. Allein schon der Gedanke an Versöhnung („Brücken bauen - Versöhnung suchen") - ein Gedanke, der zuletzt häufig als Motiv für die Trauer- und Gedenkarbeit benannt wurde - verdeutlicht den absurden Standpunkt, an dem sich das Trauerkollektiv wähnt. Versöhnung würde ursächlich eine Entzweiung, einen Konflikt voraussetzen, den es zu beenden gilt. Der Konflikt, in diesem Fall der zweite Weltkrieg, entstand allerdings nicht im luftleeren Raum, sondern hat klare Ursachen in der deutschen TäterInnenschaft bei der Führung von Angriffskriegen, im nationalsozialistischen Terror, mit dem die Deutschen Europa überzogen und in der Ermordung von 6 Millionen Juden/Jüdinnen. Versöhnung setzt eine Auseinandersetzung und Reflexion über die deutschen TäterInnenschaft voraus. Der 13. Februar, ein Symbol für den herbeihalluzinierten Opferstatus der Deutschen, dürfte das wohl unpassendste Datum sein, diese Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zu demonstrieren. Statt den Alliierten für die Zerschlagung Nazideutschlands zu danken und sich mit der deutschen TäterInnenrolle auseinander zu setzen, sieht man sich als Opfer, das sich in großzügiger Weise zur Suche nach Versöhnung durchgerungen hat. Aus dieser Umkehrung der Täter - Opferrolle heraus wird keine Trauer begangen, sondern der Ruf nach Rache und Vergeltung postuliert. Die Gleichmachung aller Opfer setzt sich in der aktuellen Auseinandersetzung um ein „Zentrum gegen Vertreibung" in Berlin fort.

Wir möchten diese Grundlage vertiefen und unsere Position in der Öffentlichkeit und in der Linken möglichst massiv darstellen.

Anregungen, anderweitige Gedanken und Kritik sind erwünscht.



Dresden13.02.04

Deutschland traut sich schon seit zehn Jahren

von Freitag der Dreizehnte

Es ist erfreulich, dass mit dem Text „Deutschland trau(er)t sich wieder" früher als in vergangenen Jahren die Diskussion um eine linke Position zu dem revisionistischen Volksspektakel „13. Februar in Dresden" eingeleitet wurde.

Deshalb soll er nicht zu lange auf Kritik warten.

Als Analyse vergangener Aktionen nur festzustellen, sie wären kaum wahrgenommen worden ist verkürzt und führt nicht weiter. Eine öffentliche Wahrnehmung kam an der Kritik des Gedenkens nicht mehr ganz vorbei. So konnten Störungen an der Frauenkirche erreichen, dass die KerzenträgerInnen ihre aufgesetzte andächtige Haltung vergaßen und durch ihre aggressive Reaktion auf KritikerInnen zu erkennen gaben, dass sie die Kritik durchaus verstanden. Die vermehrt auftretenden Gegenaktivitäten, sowohl an der Frauenkirche als auch am (Neo-) Naziaufmarsch erforderten eine größere Polizeipräsenz, die der angestrebten getragenen Stimmung nicht zuträglich war und unter den BürgerInnen zu Verstimmungen führte. Auch wer unter öffentlicher Wahrnehmung nur das versteht, was in der Presse zu finden ist, wird zunehmend fündig. So blieb der Sächsischen Zeitung nur übrig, mit Floskeln wie „pubertär provozierende Autonome" die Positionen der KritikerInnen abzuwerten. (vgl. z.B. „Gedenk-Gezerre", SZ vom 15.02.02). Eine größer angelegte Aktion wäre vielleicht in der Lage, dem entgegenzuwirken, wobei auch gezielte Kleingruppenaktionen wie die Kommunikationsguerilla-Aktion 2001 (Bomber-Harris-Denkmal) durchaus Wirkung entfalten konnten.

Wer etwas besser machen will als bisher, muss die Versuche und Fehler der Vergangenheit detaillierter betrachten. Es gab in der Vergangenheit unterschiedliche Ansatzpunkte für Interventionen, die verschiedene Reaktionen hervorgerufen haben. So haben die Revisionisten auf die Konfrontation mit der Shoa durch die Aufführung eines Videos bei den Zugängen zur Frauenkirche - sofern sie sie nicht ignorieren konnten - sich ebenso betroffen geben können wie anschließend vor der Frauenkirche. So wurde diese Aktion relativierend vereinnahmt.

Eine umfassende Auswertung der bisherigen Aktionen zum 13. Februar kann in diesem Kritikpapier nicht erfolgen, wird aber für die Vorbereitungen für 2004 nötig sein.

Im Folgenden noch einige weitere, konkret auf den Text bezogene Anmerkungen:

Das Verhalten der DresdnerInnen am 13. Februar ist keine Trauer sondern ein revisionistisches politisches Statement. Dies stellt der Text fest, ist aber „wie auch ältere Veröffentlichungen" darin

nicht konsequent, sondern bezieht den Begriff der Trauer in Teilen der Analyse wieder mit ein.
Die Erkenntnis, dass die verschiedenen Akteure des 13. Februar im Zusammenhang gedacht werden müssen, ist nicht neu. Trotzdem hat ein Großaufmarsch von (Neo-) Nazis auch an diesem Tag eine eigenständige Bedeutung. Welche Aktionsformen dem Gesamtgeschehen wie auch den verschiedenen Varianten entgegengesetzt werden können, ist bisher weder ausreichend diskutiert worden, noch äußert sich der Text dazu. Das Zusammendenken der verschiedenen Positionen kann nicht bedeuten, die Unterschiede zu negieren. So ist es nicht richtig, dass der Mainstream aus der „Versöhnung" Rache und Vergeltung ableitet, vielmehr Anklage. Die Forderung nach Rache bleibt den (Neo-) Nazis vorbehalten.
Schade ist, dass in dem Text unklar bleibt, was die „Vorbereitungsgruppe 13. Februar 2004" selbst will. Sowohl hinsichtlich der Aktionsform als auch der inhaltlichen Ausrichtung werden keine Aussagen getroffen. Es drängt sich der Eindruck auf, die Gruppe wolle sich ohne wirkliche eigene Position auf eine Rolle der Diskussionsmoderation zurückziehen um es sich offen zu lassen, ein möglichst breites Bündnis „auch unter Einschluss der im ersten Absatz als Fraktion der Friedensarbeiter bezeichneten Gruppen" zu ermöglichen.
Vielleicht sollten gerade die in Dresden seit Jahren geführten Diskussionen zu dem Schluss führen, Bündnispartner eher in überregionalen Gruppen zu sehen, die sich mit Geschichtsrevisionismus auseinandersetzen.

Reaktion auf das Statement der Gruppe „Freitag der Dreizehnte"

von gruppe sabotage

Wir freuen uns ebenfalls über die konstruktive Antwort, die uns so schnell erreicht hat. Um es gleich vorweg zu nehmen: unser Statement war als erste Annäherung geplant. Das war unserem Text so nicht zu entnehmen und hat zu einigen Missverständnissen geführt. Eine ausführliche Analyse linker Aktionen war nicht Bestandteil des Textes, ebenso war die Formulierung unserer politischen Praxis nicht vorgesehen.
Zur öffentlichen Wahrnehmung: Trotz der von euch angeführten Argumente bleiben wir weiterhin bei der Einschätzung, dass eine öffentliche Wahrnehmung kaum erfolgte. Die von euch beschriebenen Aktionen und die Wahrnehmung darauf entziehen sich nicht unserer Kenntnis, wir können jedoch keine nachhaltige/große Wirkung ausmachen, weder auf den öffentlichen Diskurs noch auf die Praxis der politischen Linken. Zumindest kann es immer ein mehr an Wahrnehmungen geben und es ist sicherlich Konsens, genau das erreichen zu wollen, über das Ausmaß lässt sich bestimmt streiten.
Wir konnten ebenfalls nicht erkennen, in welchem Teil wir die Begrifflichkeit Trauer nicht als Mittel zur Beschreibung genutzt haben, sondern sie in eine Analyse eingeordnet hätten und bitten darum, eure Kritik etwas genauer zu formulieren. Der vollständige Verzicht auf das Wort Trauer hätte unnötig umständlichere Formulierungen mit sich gebracht; nach unserer Analyse begreifen wir das Wort Trauer als Deckmantel einer geschichtsrevisionistischen Haltung. Es erfolgt unsererseits nirgendwo ein Positivbezug auf Trauer.
Welche Bedeutung ein Naziaufmarsch, unabhängig von der Wirkung in die Naziszene hinein, entfaltet, bleibt zu diskutieren. Sicher haben alle an dem Tag agierenden Gruppen eine eigenständige Wirkung, Wahrnehmung etc., doch in welcher Weise ragen die Nazis am 13. Februar außerordentlich heraus? Sie ergänzen den revisionistischen Charakter der Aktivitäten, die diesen Tag bestimmen. Wir konnten nur einen Mainstream ausmachen, der sich positiv darauf bezog, dass „den Amis mal was heimgezahlt wird". Dieser Umstand ist nicht nur mit dem Begriff Anklage zu bezeichnen, er führt weiter über Zustimmung zu vermeintlicher Vergeltung bis hin zur Forderung nach Rache. Ist eine Bewegung, wie die Friedensbewegung, die sich zu großem Teil einem reinem Antiamerikanismus verschrieben hat, nicht innerhalb des von euch gemeinten Mainstreams? Hier sehen wir Kopplungen innerhalb der Blöcke, welche für uns Tangierung eines Mainstream-Begriffes bedeutet und unter anderem herleiten lässt, dass der Ruf nach Rache und Vergeltung nicht allein den Nazis vorbehalten bleibt.
Im Zusammenhang mit der von uns getroffenen Analyse den Eindruck zu formulieren, wir wollten unter Einschluss der FriedensarbeiterInnen ein Bündnis schaffen, halten wir für äußerst unangemessen. Wir kritisieren sie, daraus eventuell entstehende Diskussionen werden wir nicht von Vornherein ausschließen. Zu den anderen in dem Abschnitt getroffenen Vermutungen und Fragen verweisen wir auf den ersten Abschnitt unserer Reaktion.
Unsere genaueren Vorstellungen bezüglich Praxis und Ausrichtung werden wir noch veröffentlichen und zur Diskussion stellen.
Wir hoffen darauf, eine vernünftige Basis für Diskussionen/Dispute finden zu können. Belehrende Formulierungen halten wir dabei für abträglich. Es haben sich einige Anknüpfungspunkte für Meinungsaustausch gefunden und es wird das Beste sein, anhand der Konkretisierung eurer und unserer Vorstellungen zum 13. Februar weiter zu debattieren.
www.gruppe-sabotage.tk; gruppe-sabotage@firemail.de

Aufruf der „Gruppe Freitag der 13te" zur Demonstration am 13. Februar 2004 unter http://venceremos.antifa.net/13februar/2004/demonstration.html

Aus alt mach neu.

Die „neue" deutsche Erinnerungskultur

Redebeitrag des Antifaschistischen Arbeitskreises (AfA) Halle zur Demonstration „Den deutschen Opfermythos im Visier" am 13. Februar 2004 in Dresden

„Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären." (Theodor W. Adorno)
Am 13. Februar 2000 versuchte das AntifaRechercheTeam Dresden kritisch in das Gedenken an die Bombardierung Dresdens zu intervenieren. An den Zugängen zur Frauenkirche wurden Leinwände aufgebaut, auf denen ein Film über Auschwitz gezeigt wurde. Der erhoffte Effekt blieb aus: Die Aktion wurde von den Passant/innen weniger als Provokation empfunden, der Film wurde vor allem als Bereicherung des Gedenkereignisses „13. Februar" wahrgenommen.
Diese Reaktion steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Veränderung der deutschen Erinnerungskultur. Während Auschwitz lange Zeit verschwiegen und der Hinweis auf die deutschen Verbrechen als Kampfansage an die deutschen Verhältnisse begriffen wurde, gehört der Verweis auf die Vernichtungslager mittlerweile zum erinnerungspolitischen Mainstream.
Der Grund dieser Wandlung ist u. a. im Austausch der Trägergruppen der Erinnerungspolitik zu suchen. Bis in die 90er Jahre hinein waren in diesem Bereich Rechtskonservative wie Helmut Kohl tonangebend. Die jetzige Trägerschicht der Erinnerungskultur hat hingegen eine linke oder linksliberale Vergangenheit. Diese ehemaligen Linken und Linksliberalen haben sich zwar in vielerlei Hinsicht verändert. Im Bereich Erinnerungspolitik sind sie sich allerdings nicht wirklich untreu geworden. Jürgen Habermas, Stichwortgeber der rotgrünen Regierung, gab bereits vor 18 Jahren vor, was heute offizielle Regierungspolitik ist: „Nach Auschwitz", so erklärte er 1986 im Historikerstreit gegen den Geschichtsrevisionismus Ernst Noltes gerichtet, „können wir nationales Selbstbewusstsein allein aus den besseren Traditionen unserer nicht unbesehen, sondern kritisch angeeigneten Geschichte schöpfen [...] Wir müssen also zu unseren Traditionen stehen, wenn wir uns nicht selbst verleugnen wollen." Habermas brachte hiermit zum Ausdruck, was in seinem Umfeld, in linken und linksliberalen Kreisen, bereits seit den 70er Jahren diskutiert wurde. So wurde der Internationalismus großer Teile der deutschen Linken und Linksliberalen seit dieser Zeit oft weniger mit dem Unrecht in anderen Ländern begründet. Man rechtfertigte sein Engage-



Dresden, 13.02.04

ment häufig nicht zuletzt damit, dass man *deutsche/r* Linke/r oder Linksliberale/r ist. „Aufgrund der deutschen Vergangenheit", so war in der Taz und anderen linken Publikationen in den 80er Jahren insbesondere im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt sinngemäß zu lesen, „müssen *gerade wir* gegen Unrecht vorgehen, sind *gerade wir* besonders gegenüber Unrecht sensibilisiert." Aus der deutschen Vergangenheit, aus Auschwitz, wurde insofern ein besonderes deutsches Geltungsbedürfnis gezogen.

Dieses Geltungsbedürfnis *wegen* Auschwitz wurde spätestens mit dem Einzug der früheren Linken und Linksliberalen in Regierungsämter zur dominanten Form der Erinnerungspolitik. Es ist zugleich der zentrale Unterschied zwischen der „alten" und der „neuen" deutschen Erinnerungskultur. Wenn die Vertreter/innen der „alten" und der „neuen" Erinnerungspolitik am 13. Februar nach ihren eigenen Gedenkveranstaltungen zu einer Schweigeminute an der Frauenkirche zusammentreffen, wird jedoch deutlich, dass trotz dieser Unterschiede auch Gemeinsamkeiten bestehen. So wollen die Protagonist/innen der „neuen" deutschen Erinnerungskultur zwar aus der *nicht relativierten* Vergangenheit nationales Selbstbewusstsein ziehen. Dabei stehen sie allerdings vor dem gleichen Problem wie ihre rechtskonservativen Vorgänger: Aus der deutschen Geschichte, wie sie war, lässt sich auch beim besten Willen kein nationales Selbstbewusstsein entwickeln. Um nach Auschwitz nationales Selbstbewusstsein bilden zu können, muss die Shoah notwendigerweise verharmlost werden. Das heißt: Diejenigen, die sich die deutsche Geschichte wie Habermas „aneignen" wollen und fordern, die Vergangenheit nicht zu verharmlosen, sind selbst auf Verharmlosung angewiesen.

So basiert etwa die so genannte Zwangsarbeiterentschädigung nicht auf einer kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte. Sie suggeriert vielmehr, dass die Zwangsarbeiterpolitik des „Dritten Reiches" eine Bagatelle war, die mit der einmaligen Zahlung eines Hungerlohnes abgeglichen werden kann. Auch die Erklärung, ein Auschwitz im Kosovo verhindern zu wollen, ist kein kritischer Bezug auf die deutsche Tat Auschwitz. Sie ist, wie Holocaust-Überlebende in einem offenen Brief richtig feststellten, vielmehr eine „neue Form der Auschwitz-Lüge".

Am Ende der derzeitigen Entwicklung wird also vermutlich nicht die willkürliche Einsetzbarkeit von Auschwitz als außenpolitische Spielmarke stehen. Die dominante Tendenz der zeitgenössischen Erinnerungskultur ist vielmehr die vollständige Befreiung der Nation von Auschwitz. Wird jedes mittelschwere Verbrechen mit der Shoah gleichgesetzt, verliert Auschwitz auf Dauer seinen spezifischen Schrecken. Damit geht ihm gleichzeitig seine Verwendungsfähigkeit als Legitimationsgrundlage für die deutsche Außenpolitik verloren. „Auschwitz," so ist, zugespitzt formuliert, möglicherweise in einigen Jahren zu hören, „das war doch so etwas wie im Kosovo. Nicht sehr schön, aber es gibt Schlimmeres."

Es bleibt festzuhalten: Die Vertreter der „alten" und die Protagonisten der „neuen" Erinnerungspolitik teilen die Sehnsucht nach einer selbstbewussten Nation. Dieser selbstbewussten Nation steht, wie vermutlich nicht weiter erwähnt werden muss, Auschwitz im Weg. Auf dem Weg zum parteiübergreifend ersehnten nationalen Selbstbewusstsein muss die Nation also von Auschwitz befreit werden. Diese „Befreiung von Auschwitz" war die Tendenz im Umgang der Rechtskonservativen mit der Vergangenheit, und sie ist die Tendenz der „neuen" deutschen Erinnerungspolitik. Spätestens wenn Peter Glotz mit Erika Steinbach ein Vertriebenenzentrum bauen will und SPD-, PDS- und Bündnis-90-Anhänger in Dresden vor der Frauenkirche gemeinsam mit Neonazis um die Opfer des alliierten Bombenangriffs trauern, wird noch einmal deutlich: Die neuerdings auch amtlicherseits betriebene Thematisierung der deutschen Verbrechen ist derzeit die Grundlage für eine noch unverschämtere Selbstpräsentation der Deutschen als Opfer.

Besitzen und Kontrollieren

In Leipzig startet eine neue Kampagne gegen Videoüberwachung

Gern sonnt sich die Stadt Leipzig im Ruhm, Ausgangsort der „friedlichen Revolution“ gegen einen Unterdrückungs- und Überwachungsapparat zu sein. Unter ÜberwachungskritikerInnen ist sie jedoch, scheinbar ganz gegensätzlich, als eine der führenden Städte in Sachen Videoüberwachung - neben Mannheim, Stuttgart, Heilbronn - bekannt. Dieser zweifelhafte Ruhm gründet im Pilotprojekt der polizeilichen Videokontrolle des öffentlichen Raums, dessen Ausgangsort 1996 die Richard-Wagner-Straße am Leipziger Innenstadtring wurde. Dieses Projekt hat mit der erneuten Installation einer Kamera am Connewitzer Kreuz im Frühjahr 2003 eine Erweiterung und Aktualisierung gefunden. Diese Entwicklung wird flankiert von einem immer weiter um sich greifenden Kameraboom in Läden, in öffentlichen Einrichtungen, an Klingeln und Geldautomaten
Im Gegensatz dazu sind kritische Stimmen gegenüber Video- und anderer Überwachung seit der Kampagne der AG Öffentliche Räume (2000) in Leipzig ziemlich verstummt. Diesen Missstand nahmen wir zum Anlass, überwachungsablehnende und – kritische Stimmen wieder öffentlich zu machen.

„Ich habe ja nichts zu verbergen“

Kritik an Videoüberwachung gibt es aus vielen Richtungen. Zum einen gibt es keine Erkenntnisse, dass Kameras ihr vorgebliches Ziel, nämlich Verbrechen zu vermeiden, erfüllen. Sie verdrängen es lediglich in nicht überwachte Bereiche. Diese Analyse bietet zwei Auswege an: entweder lückenlose Überwachung oder die Lösung der Probleme, die hinter den „Verbrechen“ stehen. Meist handelt es sich bei diesen um Armut, Migration, Drogenkonsum oder einfach anderes Aussehen. Entscheiden Sie selbst…
Ein weiteres Argument gegen Videoüberwachung ist die Gefährdung der Grundrechte, die den Bürgern ein gewisses Maß an Freiheit gegenüber dem Staat gewähren sollen. Zu diesen gehört beispielsweise das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die generelle Unschuldsvermutung. Doch so etwas kennt die Videotechnik nicht. Im Blickfeld einer ständig installierten Kamera ist prinzipiell jedeR verdächtig. Mit ihrer Hilfe werden nicht nur straffällig Gewordene verfolgt, sondern ein Klima der Kontrolle erzeugt, dass zur Normierung des Verhaltens führt. Zum Verbotenen zählen für gewöhnlich langes Herumsitzen ohne zu konsumieren (Herumlungern, „nichtbestimmungsgemäßes Verweilen“), Betteln, Rollschuhfahren, fliegender Handel, Alkoholkonsum, Verteilen von Handzetteln (Ausübung von Meinungsfreiheit!) u.v.m.
Mag sich heute noch jemand trösten, dass den Datenberg, den Kameras anhäufen, niemand überblicken kann, die Überwachung also ihre Schlupflöcher hat, dann sei er/sie gewarnt vor der nächsten Generation. Sind die meisten Kameras heute schon 360° schwenkbar, farbig und hoch auflösend, teilweise mit Restlichtverstärkern und Bewegungsmeldern ausgestattet, gehört die Zukunft „Thinking Cameras“ und „Algorythmic Surveillance“. Hier erlaubt es die Kombination aus Software, Biometrik und Videotechnik, aus großen Menschmengen bestimmte Personen bzw. verdächtiges Verhalten herauszufiltern und aufzuzeichnen. Schon heute können in britischen Städten Menschen lückenlos durch das ganze Stadtgebiet verfolgt werden.
Der Urgrund der Überwachung und die Legitimierung für die weitaus meisten Kameras ist die gesellschaftliche Verteilung des Eigentums. Wer über Eigentum verfügt, hat das Bedürfnis dieses vor dem Zugriff durch dritte zu schützen und den Gebrauch zu regulieren. Eigentum an und Kontrolle von Raum bedeutet Kontrolle über das gesellschaftliche Leben, Kontrolle der Menschen, die diese Räume nutzen. Videoüberwachung ist ein Symptom für die Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft – wer nichts hat oder sich nicht genehm verhält, wird kontrolliert und normiert.

Der Videokamera-Stadtplan

Die Grundlage unserer Arbeit sollte ein möglichst genaues Bild der Videoüberwachung vor Ort sein, weshalb wir uns entschlossen, - in guter alter Tradition der NYC Surveillance Camera Players - einen Kamerastadtplan der Leipziger Innenstadt zu erstellen. Die so erhaltenen Zahlen übertreffen selbst unsere schlimmen Erwartungen: 194 Kameras überwachen allein Straßen, Passagen u.a. öffentliche oder halböffentliche Plätze.
Exzessive Ausmaße nimmt die Videoüberwachung in Innenbereichen an, die eine quasi-öffentliche Nutzung erfahren. So kommen allein im Bahnhof nochmals 106 Kameras in den verschieden Verkaufsräumen dazu. Insgesamt zählten wir 408 Kameras in Innenbereichen von Kaufhäusern, Supermärkten, Läden und Banken. Mit ziemlich großer Sicherheit gehen wir davon aus, dass das nicht die vollständigen Zahlen sind. Mensch denke z.B. an

die vielen verspiegelten Flächen in den Konsumzonen oder an die immer öfter als Bewegungsmelder und Lampe verkleideten Kameras. Einen Überblick über die Kameras in den Straßenbahnen der LVB, konnten wir uns noch nicht verschaffen. Die Kameras, die an Bankautomaten jedeN NutzerIn registrieren wurde gar nicht erst gezählt. In unserem Ansatz unterscheiden wir uns von manchen anderen Initiativen gegen Videoüberwachung. Aus gewichtigen Gründen thematisieren wir nicht nur Kameras, die den öffentlichen Raum scannen, denn:

Alle Kameras haben normierenden Einfluss auf das Verhalten der Personen im überwachten Raum. Alle Kameras können personenbezogene Daten sammeln, die der Kontrolle der überwachten Person entzogen sind – was der informationelle Selbstbestimmung zuwiderläuft. Die Polizei kann bei Ermittlungen auf Daten privater Überwachungssysteme zurückgreifen. Die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Raum sind diffus. Der Hauptbahnhof bspw. ist Privatgelände mit öffentlicher Bestimmung, die Peterhofspassage ist privat. Die Privatisierung öffentlicher Räume erweist sich geradezu als Strategie, immer schärfere Kontrollmaßnahmen durchzusetzen. Die relativ kostengünstige Kameratechnik ermöglicht auch exzessive Überwachung von Orten für die Wachpersonal z.B. zu teuer oder überflüssig wäre – und damit eine immense Zunahme an Kontrolle. Nicht zuletzt, das zeigen unsere Zahlen, ist private Videoüberwachung gerade ein Bereich, der sich der öffentlichen Kontrolle (Datenschutz) auf besondere Weise entzieht.

Das alles heißt jedoch nicht, das es keine immensen Unterschiede zwischen den verschiedenen Kameras gibt, etwa zwischen einer Kamera, die den Zugang zu einem Mietshaus kontrolliert, und einer Polizeikamera, mittels derer ganze Plätze kontrolliert werden. Aus diesem Grund achteten wir auf eine hohe Differenzierung bei der Kartographie der Kameras.

Aktionen

Nun wollen wir durch verschiedene Aktionen Aufmerksamkeit auf die zunehmende Überwachung lenken. Am 7. Oktober gingen wir mit der grotesken Verleihung des „1. Leipziger Erich-Mielke-Gedächtnis-Preises“ an die Öffentlichkeit. Der Gewinner in der Kategorie „Ironie der Geschichte“ ist das Stasi-Museum „In der runden Ecke“, wo im Eingangsbereich des Hauses die vier neuen Kameras die beiden alten Stasi-Kameras flankieren. Der Leipziger Hauptbahnhof erhielt die Auszeichnung in der Sparte „Planübererfüllung“ für die konkurrenzlose Anzahl von 186 Kameras. Als Sieger in der Kategorie „Wissenschaftlich-Technischer Fortschritt“ bekam die Leipziger Polizei den Preis für die modernste Kameratechnik mit der besten Flächendeckung.

Seit Januar werden an vielen öffentlichen Orten die Kamerapläne der Leipziger Innenstadt aufgehängt. So sollen sich möglichst viele ein Bild davon machen können, wo überall man sich auf den Glasaugenblick einstellen muss. Die nächsten anvisierten Projekte sind Stadtführungen, die nie das Blickfeld einer Kamera verlassen – auf dass man sich mal so richtig sicher fühlen kann. Informationen zu all diesen Themen und v.a. der Kameraplan selbst, finden sich im Internet unter http://leipziger-kamera.cjb.net



Stalingrad- Veranstaltung in Halle/Saale gestört

Im Rahmen der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht; Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944" die am 11. Januar in Halle endete, fand am Freitag, dem 09. Januar, die Lesung einer Künstlergruppe „Stalingrad - Erzählungen aus dem Kessel" statt, die von ca. 20 Antifas gestört wurde.

Regisseur Volker Mayer- Delbisch, von welchem die Lesung inszeniert wurde und zuletzt vor fünf Zuschauern in Peenemünde stattfand, ließ es sich schon im Vorfeld der Veranstaltung nicht nehmen, wiederholt darauf hinzuweisen, dass es ihm nicht um Täter oder Opfer ginge, sondern um das gemeinsam erfahrene Leid; sei es das der Deutschen oder das der von ihnen überfallenen Russen. Demnach sollten in der Lesung Niederschriften von Wehrmachtsoldaten, russischen Zivilisten und Angehörigen der Roten Armee vorgetragen werden. Dass jedoch die Deutschen nach Russland zogen, um Europa in Schutt und Asche zu legen und im Rücken der Front Auschwitz betrieben, spielt in den, künstlerisch verpackten, vorgelesenen Wehklagen der Nazi- Mörder natürlich kaum eine Rolle. Auch dass die Schlacht um Stalingrad der entscheidende Wendepunkt war, dem deutschen Vernichtungswahn ein Ende zu bereiten, interessiert Regisseur Volker Mayer- Delbisch ebenso wenig, wie die für das Rahmenprogramm der Wehrmachtsausstellung in Halle Verantwortlichen.

„Alle sind Opfer", so die Devise des neuen deutschen Diskurses in dem die Deutschen neben den Bombenangriffen der Alliierten auch unter Hitler gelitten hätten oder gar „verführt" worden seien.

„Alle sind Opfer", so die Devise des neuen deutschen Diskurses in dem die Deutschen neben den Bombenangriffen der Alliierten auch unter Hitler gelitten hätten oder gar „verführt" worden seien.

Durch die Stilisierung dieses Opfermythos kann sich die Täternation - mit dem Verweis aus Auschwitz gelernt zu haben - geläutert präsentieren und sich selbst die scheinbare Legitimität ausstellen, über die Richtigkeit von Krieg und Frieden besonders gut urteilen zu können.

Schon die Ansetzung dieser Veranstaltung innerhalb des Rahmenprogramms der sogenannten Wehrmachtsausstellung verhöhnt die Opfer derer, die in der Ausstellung zu Recht als Täter gezeigt werden. So taugt die Lesung, die eben jene Wehrmachtssoldaten symbolisch zu Wort kommen lassen soll, die wenige Meter weiter als ausführender Teil des deutschen Täterkollektivs dargestellt werden, eher als Gegenveranstaltung als eine Begleitung, und das trotz der entschärften und deshalb zu kritisierenden Form, zu der die Ausstellung aus rechtskonservativen bis neonazistischen Kreisen nach einigen wenigen falschen Bildunterschriften im November 1999 genötigt worden war.

Die Lesung wurde u.a. in der örtlichen Presse (Mitteldeutsche Zeitung, MZ) beworben, die im Verlauf der Wehrmachtsaustellung mehrfach den Diskurs um die deutsche Opferrolle mit vorantrieb. Trotz dieser Ankündigung fanden sich nur etwa 25-30 Zuhörer ein. Vor dem Tschernyschewskij - Haus, in dem sich die Wehrmachtausstellung bis zum Sonntag befand und die Lesung stattfinden sollte, wurden Flyer verteilt, auf denen u.a. der Text vom Leipziger „Bündnis 13. Januar 1943" „Stalingrad - der Anfang vom Ende der Barbarei" zu lesen war. Mayer- Delbisch versicherte den

Flyerverteilern daraufhin nochmals im Gespräch, dass es ihm nicht um Täter und Opfer ginge, sondern um die Gräuel des Krieges usw. - auch anhand des Irak- Krieges.
Kurz vor Beginn der Veranstaltung drangen einige Personen durch die geöffnete Tür in das Tschernyschewskij- Haus ein und verbarrikadierten die Tür mit einem Balken. Draußen wurde ein Transparent „Dank der Roten Armee für die Zerschlagung Nazideutschlands!" ausgerollt. Dem Regisseur sowie den ca. 25 Besuchern wurde der Eintritt somit unmöglich gemacht. Drinnen verschwand währenddessen die Beleuchtung; die Tür blieb trotz des wütenden Regisseurs weiter verbarrikadiert. Selbiger forderte die ca. 20 Protestierenden auf, die Tür zu öffnen oder zumindest die ebenso drinnen wartenden drei Schauspieler freizulassen, da es sich um Freiheitsberaubung handele. Da den Protestierenden an einer Geiselnahme nicht gelegen war und ohnehin Polizei eintraf, wurde die Verbarrikadierung der Tür aufgehoben und die drei Schauspieler herausgelassen. Der Eingang blieb durch die mit dem Transparent vor der Tür Stehenden jedoch weiterhin versperrt. Der Veranstalter entschied sich, um weitere Konfrontationen zu vermeiden, die Lesung in einen anderen Raum zu verlegen, der über einen anderen Eingang zu erreichen war. Da nun mittlerweile ca. 10 Streifenwagen am Ort des Geschehens in der Halleschen City eingetroffen waren, wurde entschieden, die Aktion damit zu beenden. Mit einer Verspätung von etwa einer halben Stunde fand die Lesung - in Abwesenheit ihrer Kritiker - dann doch noch statt.

Deutsche Täter sind keine Opfer!

Halle, 12. Januar 2004

Merit Schambachs Gründertagebuch[1]

[1]komplett auf http://www.teamarbeit-fuer-deutschland.de/servlet/PB/menu/1004831/index.html

Merit Schambach hat sich mit dem „SenfSalon Schambach" selbstständig gemacht und TeamArbeit für Deutschland begleitet die Gründerin während der ersten Monate ihrer Selbstständigkeit.
Die ungewöhnliche Gründungsidee kam der TeamArbeiterin Merit Schambach beim Fernsehen, als „Die Sendung mit der Maus" über die Herstellung von Senf berichtete. Die 32-Jährige stellt verschiedene Senfsorten in allen (un)möglichen und ausgefallenen Geschmackskombinationen her und vertreibt sie in ihrem Laden, auf Märkten und über das Internet.
Lesen Sie im Online-Tagebuch von Merit Schambach über Hochs und Tiefs, die positiven Erfahrungen ebenso wie über Rückschläge, Freuden und Leiden aus dem Ich-AG-Leben.

Freitag, der 14. November 2003

Ich kann es immer noch nicht fassen - ein geradezu unglaublicher Vorfall: Die Chutney-Gläser sind eingetroffen!!! Und die Senfgläser gleich mit! Das heißt, wir können endlich wieder Chutney produzieren. Leider stehen davor fünf Paletten Gläser, und zwar auf dem Hof (kann man ja gar nicht oft genug erwähnen). Die Paletten passen - *Mist verdammter* - nicht durch unsere Türen (wir ahnten´s schon beim Einzug) und sie kämen ansonsten auch nicht die Treppenstufen zu uns ins Souterrain heil hinunter. Dafür reichen die Gläser hoffentlich eine Zeit lang. Wir haben uns schon etwas Raffiniertes ausgedacht: Wenn wir sparsam damit umgehen und den Kunden erklären, dass sie sich beim Kaufen bittschön etwas zurückhalten müssen, reichen sie vielleicht noch länger!
Wir werden uns in unserer Nähe wohl nach einer alten Garage oder anderen Lagermöglichkeit umsehen, wo man einige Paletten ebenerdig unterstellen kann, die wir uns bei Bedarf eben holen gehen.
Unsere Telefonbuchse haben wir letztendlich mehr oder weniger selbst verlegt. Jetzt funktioniert das Telefonieren im Ladenraum einwandfrei. So einfach geht das und man kann sich´s doch nicht merken. Ob allerdings Fax und Modem funktionieren, bleibt offen und behält seinen Reiz des Geheimnisvollen.

Donnerstag, der 20. November 2003

Auweia, Terminverzug - habe es gestern einfach nicht geschafft, am Gründertagebuch weiterzuschreiben. Die neuen Etiketten mussten für den Druck fertig gemacht werden, vorher noch die Restbestände durchzählen und dann abschätzen, wie viel neue wir wovon brauchen. Das zog sich hin. Oje, und Weihnachten rückt auch immer näher und damit die Adventszeit und damit für uns die Weihnachtsmärkte. Wir haben uns ziemlich viel vorgenommen und uns bei einigen schönen Märkten angemeldet. Allerdings ballt es sich natürlich an den Wochenenden; hoffentlich haben wir genug Leute, um alles abzudecken.
Diesen Samstag ist für uns noch einmal die Ruhe vor dem Sturm. Wir wollen mit Nachbarn Adventsplätzchen backen und fein kochen (hmm - Zunge in Rotweinsauce!). Nur das elende Geschmadder mit dem Plätzchenteig nervt immer ein wenig. Naja, das können ja dann die Kinder machen, ist ja sowieso ihre Passion...
Wenn ich mir unser Lager im Hinblick auf Weihnachten ansehe, befällt mich neuerdings eine leichte Panik. Hoffentlich reicht das oder eigentlich - hoffentlich nicht. Heute haben wir noch „schnell" Herbe Preiselbeere-Senf produziert. Bin mal gespannt, wenn wir morgen zählen, wie viele es geworden sind. Wir tippen immer, ich habe diesmal gesagt: 655.

Freitag, der 21. November 2003

Juhu, der SenfSalon ist jetzt als Marke eingetragen!!! Hat ja auch lang genug gedauert!
Die meisten Gläser stehen immer noch auf dem Hof, aber Ruben, unser Helfer in allen Lebenslagen, hat wieder mal gezaubert und eine Art Rutsche gebaut. Und zwar vierspurig! So haben die Gläser sogar noch ein kurzes Vergnügen, ehe sie im Keller verschwinden.
Für unseren Versand haben wir endlich eine annehmbare Lösung gefunden und uns auch gleich mit neuen Kartons eingedeckt. (An alle Bauhäuser: Nein, nun ist es vorbei, ich komm´ jetzt nicht mehr und frage nach abgelegten Kartonagen!) Das Problem war, eine Einheitsgröße herauszufinden, die für einen Grossteil unserer Bestellungen passig ist. Die kleinen Kartons, die wir vorher hatten, waren zwar gut, aber eben nur für kleine Bestellungen zu gebrauchen. Und ist der Karton zu groß, polstert man sich halb tot. Aber da müssen wir durch, wir wollen ja unsere Produkte nicht nur in „Sechserpacks" an unsere Kunden

abgeben, nur weil es der Karton vorgibt und die Sachen dann bequemer zu verpacken sind. Eigentlich wollten wir wie im letzten Jahr wieder einen Weihnachtssenf produzieren, aber das werden wir wohl dieses Jahr nicht schaffen. Schade, denn er kam gut an, schmeckte richtig nach Weihnachten. Beim Verkaufen auf dem Markt war das immer putzig, weil die Leute uns fragten, wonach der Weihnachtssenf denn schmecke und wir ihnen sagten „Na, eben nach Weihnachten." Und dann haben sie verwundert gefragt: „Wie soll denn 'Weihnachten' schmecken??" Aber als sie gekostet hatten, konnten sie es nur bestätigen. Oder machen wir ihn doch? Ach, nicht so einfach, man braucht ja Etiketten und verzetteln wollen wir uns auch nicht.

Mittwoch, der 26. November 2003

Die hauptstädtische Presse hat uns entdeckt und einen kleinen Artikel über den SenfSalon gebracht: Geschenkideen für Weihnachten! Nach und nach kommen immer mehr Laufkunden vorbei, dem Tagesspiegel und vor allem Weihnachten sei Dank!
Der Holunderblüten-Sirup wurde so hervorgehoben, dass ihn plötzlich alle dringend kaufen müssen. Und ich habe ein Problem am Hals: Reicht der Vorrat für die Weihnachtsmärkte oder nicht??? Wenn nicht, müsste ich Flaschen bestellen. Das hieße aber: Eine Palette. Kostet.
Dummerweise haben wir uns an Marktstandgebühren relativ verausgabt. (Die Rechnungen, die uns seit ein paar ähem.. Tagen mit ihrem Anblick quälen, dazu das schlechte Gewissen, die moralische Erniedrigung und die daraus sich ergebende gesellschaftliche Missachtung - den Inhabern dieser Rechnungen sei gesagt: Es macht uns schwer zu schaffen, aber die Rechnung, ja IHRE Rechnung, ist potenziell eigentlich gar nicht unbezahlt!).

Jaja, ich schreib's ja hinein: Es ging doch letztens um die Anzahl produzierter Gläser „Herbe Preiselbeere-Senf"... Die Wette ging natürlich nicht an mich, sondern an meinen Götter-Gatten, der jetzt natürlich darauf besteht, dass der Fakt knallhart publiziert wird. Na und - ich habe dafür einen hervorragenden 2. Platz belegt, während er nur Vorletzter wurde!!!
Ob wir dieses Jahr nun den Weihnachtssenf produzieren, steht immer noch in den Sternen. Ich würde ja schon gern... Etiketten sind vorsichtshalber bestellt. Vielleicht machen wir ja eine Nacht-und-Nebel-Aktion, müsste aber günstigerweise diese Woche sein. Na, das seh' ich aber noch nicht!

Freitag, der 28. November 2003

Langsam wird die Zeit knapp! Morgen geht es schon los mit dem Lucia-Weihnachtsmarkt in der Kulturbrauerei. Dann stehen wir jeden Advents-Samstag in der Lichtenrader Bahnhofstraße und jeden Sonntag im Advent auf dem Winterfeldtplatz. Endlich wieder unter Leuten sein ;-) Denn sonst stehe ich ja vor allem im Laden, besser gesagt im Lager: packen, packen, packen...
Packen für die Internet-Bestellungen, packen für die Weihnachtsmärkte, dazwischen freundliche Kunden bedienen und beraten („Was würden Sie denn empfehlen?" - „?? - Naja, mindestens eine von 22 Sorten Senf... Wäre dieser hier etwas für Sie?"), dann telefonieren, keinen erreichen und wieder telefonieren, Lager überprüfen, Bestellungen aufgeben, Einkaufszettel schreiben, profanes privates Einkaufen erledigen (es nervt), Vorsteuer machen (oh, ist ja bald wieder dran!), SenfSalon-Banner für die Weihnachtsmärkte nähen (ganz bestimmt endlich morgen), Kindergeburtstag vorbereiten (oh je, vorher ist ja noch Nikolaus), wir müssen tanken!, Kabel für die Marktlampen vom Baumarkt holen!, Post!, Winterstiefel für den Markt (wo gab's die noch mal??) - Wo sind denn bloß diese Unterlagen? - Heute???!!! War der Termin nicht Montag??



Boah ey, fast 1000 Gläser RoKno!!! (*interne Bezeichnung für „Roten Knoblauch Senf"*) - Kocht das „Pflaumen-Zimt"(Chutney) schon? - Haste grad gerührt oder soll ich? - Mist, ich finde diesen Zettel nicht!!! - Hm, riecht aber schon sehr lecker! - Wir müssen mal die letzten 2 Paletten Gläser in den Keller bringen! - Sind die Kabel an den Marktlampen schon dran? - Ja, ich glaube Ihnen ja, dass es äußerst günstig und speziell auf uns zugeschnitten ist, aber dieses Angebot werden wir eher nicht annehmen. Danke tschüss - Oh, da werden die Aufkleber für unsere Straßenaufsteller gebracht! - Ach, das Auto wollte ich doch mal vermessen, wegen der Beschriftung! - Tschüss, ich muss los! - Fährt der nu mal oder was?! Warte doch, bis wieder Rot wird! - Klar, unsere Kinder sind die letzten, haben es aber trotzdem nicht eilig...
Uff, zu Hause - Weihnachtspäckchen für den Kindergarten - Piepende Katze füttern - Was essen wir denn heute? - Nein, ich glaube eher nicht, dass der Weihnachtsmann eine Barbie-Bank bringt - Ja, den Wunschzettel legst du auf den Balkon und die Eule bringt ihn zum Weihnachtsmann. Wo der wohnt, weiß keiner so genau... Du hast Recht, im Himmel sind ja Flugzeuge... Vielleicht auf einer fernen Insel und.. Nein, die Eule kann nicht so weit fliegen, aber sie gibt es einer anderen Eule und so. Und eigentlich sollte jeder nur einen Wunschzettel malen und nicht 33. - So, nun aber husch ins Bett, Papi kommt ja bald nach Hause! Morgen fällt dein Wackelzahn bestimmt raus oder soll ich jetzt...? Gute Nacht und träumt süss! - So, ob der Drucker nun mal das ausspuckt, was er soll? - Oh, neue Bestellungen! - Mails beantworten - Weihnachtsgeschenke bei ebay suchen - Weihnachtsmarkttermine auf die Internetseite - Ach, mit der Presse-Seite komme ich auch nicht aus dem Knick - Ach, ich kann nicht mehr - Gute Nacht und Auf Wiederhör´n!

Mittwoch, der 3. Dezember 2003

Der Verkauf auf dem Weihnachtsmarkt in Gatow hat wieder einmal großen Spaß gemacht! Die Atmosphäre war schon sehr weihnachtlich und die Leute vom Gutshof hatten alles wunderschön geschmückt und dekoriert. Hier hat ja eigentlich alles begonnen: Im letzten Jahr auf dem Herbstmarkt und das war unser aller erster Markt überhaupt. Zum Teil hatten die Gläser noch selbstgedruckte Etiketten, die ich mit der Nagelschere ausgeschnitten hatte (ja, oval sollten sie schon immer sein!), weil sich auf die Schnelle keine vorgestanzten bekommen ließen. Und alle Gläser waren noch mit dem Teelöffel abgefüllt!!!
Danach haben wir uns von unserem letzten Geld für 179,- EUR eine Handpumpe gekauft (so eine Art Ketchup- bzw. Senfspender, kennt man ja von IKEA). Haben damals ziemlich lange hin- und herüberlegt und diskutiert, ob wir uns das leisten können und ob sich das überhaupt lohnen würde und ob überhaupt die Nachfrage nach unserem Senf da ist (naja, das haben wir ja auf dem Markt gesehen, aber eben nur auf diesem einen) oder ob wir größenwahnsinnigerweise gleich eine Abfüllmaschine...???
Jedenfalls stieg mit der Anschaffung der Handpumpe die Produktion der einzelnen Sorten von je ca. 10 auf unglaubliche 50 bis 100 Stück! Irgendwann hat auch das nicht mehr gereicht - „aber das ist eine andere Geschichte".

Freitag, der 5. Dezember 2003

Dieses Wochenende sind wir auf dem Truthahnhof in Heiligensee und auch das Krongut in Potsdam hat uns huldvoll aufgenommen - darauf freuen wir uns schon besonders. Wird bestimmt sehr schön, in dieser Umgebung und dann auf dem Weihnachtsmarkt! Hoffentlich wird es nicht so kalt wir letztes Jahr auf dem Winterfeldtplatz: fast -20° (oder kam´s mir nur so vor??). Jedenfalls sind wir dieses Jahr gewappnet und haben uns schon

beheizbare Einlegesohlen besorgt. Ein Traum, was die Menschheit so alles erfindet! Hoffentlich wird es auch richtig kalt, denn ausprobieren muss ich sie unbedingt (Stufe 4 allerdings nicht zu lange! - könnte zu verdammt heißen Füßen führen, warnt die Gebrauchsanweisung). Die Weihnachtsmarktbesucher haben bestimmt wieder gute „Probierlaune“. Kann sich ja niemand so richtig vorstellen, wie Senf mit Zimt oder Kakao schmeckt. Deshalb lassen wir an unseren Ständen immer verkosten. Zwei ganze Gläser „Roter Knoblauch“ wurden letztens weggeputzt! Aber das ist ja auch unser „Bestseller“, neben dem Himbeersenf und dem Toskanischen. Und, seitdem er lobend im „Tagesspiegel“ erwähnt wurde, wird auch der Orientalische Senf (mit Zimt) gut gekauft. Jedenfalls haben wir die Woche über ein wenig nachproduziert. Nicht, dass ein Senf-Engpass eintritt!!

Mittwoch, der 10. Dezember 2003

Wahnsinn - die Bestellungen!!! Gedacht hab ich mir ja schon, dass es vor Weihnachten zunimmt - aber das hat mich wirklich umgehauen! Offenbar ist die TeamArbeit für Deutschland-Anzeige in verschiedenen Zeitungen im Südwesten und Westen erschienen und jetzt ist eine Verschwörung im Gange, um unsere Kapazitäten auszutesten... Ca. 300 neue Besucher am Tag auf unserer Internetseite.
Bin fast froh, dass nicht alle auch bestellen!! Bin nur noch am Packen und habe gerade mal einen Teil der Bestellungen vom 3.12. abschicken können. Dazu kam noch der Wechsel zu DPD, die einen supernetten Paketboten haben: Kam und wollte abholen und ich war noch nicht fertig und kam noch mal wieder und ich war immer noch zugange. Hoffentlich schmeckt ihm der „Versöhnungssenf“.
Mein armer Mann macht inzwischen Nachtschichten in der Produktion und war Montag erst um 4.00 Uhr morgens zu Hause. Das arme kleine grosse Kind, das gestern 6 wurde, hat auch nicht viel von uns gehabt. Na gut, in der Kita gab es Eis und Kuchen und Gänsebraten (!) - und zu Hause: einen armseligen Nudelauflauf (ein Gänsekeulchen wär mir auch lieber gewesen!). Hätte ich mal ein bisschen „Roten Knoblauch“ rangemacht, aber wir haben ja kaum noch Senf im Haus. Traue mich schon gar nicht mehr, ein Gläschen mitzunehmen, ist ja alles für die Kunden!
Dafür ist heute Kindergeburtstagsfeier und für uns endlich einmal so etwas wie ein „Sonntag“ (die letzten Wochenenden haben wir ja auf den Märkten verbracht). Na gut, so einige kleine Erledigungen stehen trotzdem an, aber die Produktion und der Ladenverkauf und der Versand ruhen - nur unser schlechtes Gewissen darob nicht.

Freitag, der 12. Dezember 2003

Das Wochenende steht vor der Tür und das heißt für uns: Märkte. Letzten Samstag in Heiligensee war es sehr schön - klein und fast familiär. Nur der Sturm hat uns fast weggeblasen. Dafür war Sonntag auf dem Krongut Bornstedt in Potsdam richtig schönes Marktwetter. Sonnenschein, aber lausig kalt. Bei mir haben die Heizsohlen gewirkt, glaube ich, auf jeden Fall hatte ich warme Füsse. Mein Mann offenbar nicht, weshalb er mir vorwarf, die Akkus nicht geladen zu haben. Aber ich hab´s gemacht und deshalb können wir nun nicht mit Bestimmtheit sagen, ob es funktioniert. Ist vielleicht geschlechterabhängig.
Ansonsten verging die Woche mit Pakete-Packen, Vertreter von-was-auch-immer freundlichst in ihrem Redefluss unterbrechen, Packen für die Märkte, Inventur der Rohstoffe, Inventur des Lagers, Produktionsauftragsliste erstellen (hört sich gut an, oder? - gibt sicher auch ein noch cooleres englisches Wort dafür), Panikattacken über fehlende Senfsorten, Mittagessen hineinschlingen, naja, und so weiter eben.

Donnerstag, der 18. Dezember 2003

So, mittlerweile habe ich mich zu den Bestellungen vom 14.12. vorgearbeitet, der Rest muss auch zu schaffen sein, so dass bis Weihnachten noch alles ankommt. Vom Packen habe ich dann aber erst mal genug - und dann noch Weihnachtsgeschenke einpacken... Aber seit wir mit DPD versenden, muss ich nicht mehr kiloweise Pakete zur Post schleppen, sondern es wird abgeholt.
Am Wochenende ist Endspurt für die Weihnachtsmärkte. Unsere Helfer werden wir vielleicht mit dem Nachschlagewerk „Wer ist wer“ beschenken, damit es nicht noch einmal passiert, dass Fernsehkoch Zacherl nichterkennenderweise gefragt wird, ob er gerne kochen würde. Hoffe, er hat sich wenigstens annähernd so amüsiert wie wir.

Mittwoch, der 24. Dezember 2003

Das Weihnachtsgeschäft war nicht schlecht, aber das ist ja leider kein Maßstab für´s ganze Jahr. Im Januar geht es zum ersten Mal auf die „Grüne Woche“, was uns nicht ganz ruhig lässt. Auf jeden Fall müssen wir sehr viel vorproduzieren, obwohl ich nicht abschätzen kann, ob man dort überdurchschnittlich verkauft oder ob es doch mehr auf eine Präsentation hinausläuft. Die einen sagen so und die anderen wieder ganz anders. Naja, müssen wir wohl selbst herausfinden. Auf jeden Fall erhoffen wir uns einige Geschäftskontakte.
Über die Weihnachtsfeiertage haben wir vielleicht endlich Zeit, die neuen Sorten zu entwickeln und geschmacklich richtig auszufeilen. Na Hauptsache, wir haben schon die Etiketten... Bin ja gespannt, was das neue Jahr bringt; wenn ich ein Jahr zurückdenke und mit heute vergleiche - das hätte sich wohl keiner träumen lassen.

NEU IM INCIPITO-SHOP:

CONNEKREUZ-CLOTHING



Rucksack 14,95 €

arte-Jacke 36,95 €

Verkaufsstellen

AJZ Döbeln • B12 • Conne Island • Connstanze • Culton • el libro Giesserstr. 16 • Infoladen • Kif Kif • libelle • LiWi • Mellory • Mrs. Hippie • Plaque • Reilstr. 77 (Halle) • Shahia • Similde • Uni-Imbiss • Weltladen Stockartstrasse • Zeitungsladen am Augustusplatz

Post

incipito
Bornaische Str. 3d
04277 Leipzig

Internet

www.left-action.de/incipito
incipito-kontakt@left-action.de